



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf MigrantInnen in Spanien – „Weil der Mensch zählt“

Verfasser

Feichtinger Daniel

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreut von:

Univ.Prof. Alejandro Cuñat, PhD

Danksagung:

Ich möchte den Rahmen meiner Diplomarbeit auch nützen, um Danke zu sagen. Ein großes Dankeschön gilt meiner Familie, vor allem meinen Eltern, Sabine und Manfred, für ihre unglaubliche Unterstützung während meiner Studienzeit. Ein ganz besonderes Dankeschön möchte ich auch meiner Freundin Jacy aussprechen, für die moralische Unterstützung, vor allem auch während des Verfassens meiner Diplomarbeit.

Ein Dankeschön auch an sämtliche ProfessorInnen der Internationalen Entwicklung, die mich durch das Studium begleitet haben, allen voran mein Betreuer Alejandro Cunat. Des Weiteren möchte ich mich bei der „guten Fee“ der IE, Frau Christiansen bedanken, die meiner Tollpatschigkeit bezüglich den bürokratischen Anforderungen stets mit einem Augenzwinkern begegnet ist und viel Geduld bewiesen hat.

Zusammenfassung:

Die Wirtschaftskrise scheint seit ein paar Jahren allgegenwärtig. Es geht in meiner Diplomarbeit darum, einen umfassenden Blick zu werfen, auf die Auswirkungen die sich durch die wirtschaftliche Krisensituation für MigrantInnen ergeben. Es geht um konkrete Auswirkungen für Betroffene, zum einen innerhalb der EU, sowie konkreter am Länderfallbeispiel Spanien, für die MigrantInnen in Spanien. An den Rand der Gesellschaft gedrängt und unter prekären Verhältnissen lebend, sind die MigrantInnen von der Krise gewissermaßen doppelt betroffen. Steigende Arbeitslosigkeit, soziale Spannungen und verstärkt zu Tage tretende rassistische sowie nationalistische Tendenzen, gepaart mit restriktiven staatlichen Bestimmungen erhöhen den Druck auf die MigrantInnen zunehmend. Es geht auch in diesem Sinne um eine Wechselwirkung zwischen Wirtschaftskrise(n) und Migrationspolitik, also gewissermaßen um eine Auseinandersetzung zwischen aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen und deren Folgewirkungen. Die Krise als geeigneter Vorwand, um die Abschottung der Festung „EUropa“ weiter voranzutreiben, wobei gerade das Vorgehen staatlicher Sicherheitskräfte gegen, sowie der Umgang mit illegalen MigrantInnen an die faschistischen Diskurse der 1930er Jahre erinnert. Die Wahrung der Menschenrechte ist auch im „Europa der Menschenrechte“ keine Selbstverständlichkeit.

Es geht darum durch statistische Daten und Erfahrungsberichte Migration als Prozess innerhalb der europäischen Union und konkreter innerhalb Spaniens zu erfassen. Diese statistischen Daten sollen kombiniert mit Erfahrungsberichten von MigrantInnen, die entweder noch in Spanien sind bzw. wieder zurück oder weitergezogen sind, konkrete Aussagen über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ermöglichen. Es geht auch darum einen historischen Überblick zu Spaniens Wandel von einem traditionellen Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland und die Beiträge der Millionen ArbeitsmigrantInnen für den Aufschwung in Spanien zu geben. Die Gründe für das gesteigerte Migrationsaufkommen liegen sowohl in Spanien selbst als auch in den sozioökonomischen Entwicklungen außerhalb begründet. Durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hat sich allerdings die Situation der MigrantInnen dramatisch geändert und über den Mechanismus der Rücküberweisungen bekommen das auch die Familien in der Heimat sowie die Herkunftsstaaten teilweise stark zu spüren.

Summary:

The economic crisis seems ubiquitous for a few years. It's in my thesis about taking a comprehensive look on the effects due to the economic crisis situation for migrants. It's about a real impact for those affected, first, within the EU, as well as on specific country case as Spain, for the migrants in Spain. Pushed to the margins of society and live under precarious conditions, the migrants are in a sense doubly affected by the crisis. Rising unemployment, social tension and increasingly to light passing racist and nationalist tendencies, coupled with restrictive government regulations increase the pressure on the increasingly migrants. It is in this sense an interaction between economic crisis and migration policy, to a conflict between the current political and economic events and their consequences. The crisis as a convenient excuse to further promote the partitioning of the fortress "EUropa" where just the actions of state security forces , as well as dealing with illegal migrants to the fascist discourses of the 1930s recalls. Respect for human rights is in the "Europe of human rights" not self-evident.

It comes through statistical data and information on migration as a process within the European Union and more specifically to detect within Spain. These statistical data are combined with field reports of migrants who are either still in Spain or are back again, or moved on, allow concrete statements about the impact of the economic crisis. It's also about a historical overview of Spain's transformation from a traditionally emigration to a country of immigration and the contributions of millions of migrant workers to provide for recovery in Spain. The reasons for the increased migration volumes are rooted both in Spain and in the socio-economic developments outside. Due to the impact of the economic crisis, however, the situation of migrants has dramatically changed and get on the mechanism of remittances partially strongly felt the families at home as well as the countries of origin.

Inhaltsverzeichnis:

1. Einführung	8
1.1. Einleitung	8
1.2. Persönliches Erkenntnisinteresse	10
1.3. Methoden	13
1.3.1. Forschungsgegenstand	13
1.4. Begriffsdefinitionen	15
1.4.1. Migration	15
1.4.2. Wirtschaftskrise	17
2. Theoretischer Teil	20
2.1. Wirtschaftstheorien	20
2.1.1. Ursachen und Verlauf der Wirtschaftskrise(n)	20
2.1.2. Neoliberaler Erklärungsnotstand	23
2.1.3. Ausschau nach Alternativen	25
2.2. Migrationstheorien	28
2.2.1. Historischer Rückblick	28
2.2.2. Transnationale Konzepte	29
2.2.3. Migrationskontrolle in Europa	31
2.3. Übergreifende Zusammenhänge	34
2.3.1. Verbindungen zwischen Wirtschafts- und Migrationstheorien	34
2.3.2. Krise als Chance	36
2.3.3. Die Auswirkungen der Krise(n) auf migrationspolitische Steuerungsinstrumente	38
2.4. Differenzierte Betrachtungsweisen	40
2.4.1. Migration und Gender	40
2.4.2. Sektor- und Typenspezifische Auswirkungen	43
2.5. Rücküberweisungen	46
2.5.1. Die Bedeutung von Rücküberweisungen für die Herkunftsländer	46

2.5.2. Geschlechtsspezifische Unterschiede	48
2.6. Politische Antworten auf die Wirtschafts- und Finanzkrise	50
2.6.1. Autoritäre Wende in Europa?	50
2.6.2. Reaktionen der Zivilbevölkerung	51
2.6.3. Politische Antworten in Spanien	52
2.7. Vorläufiges Fazit und Ausblick	54
3. Empirischer Teil	56
3.1. Hinführung zum Länderfallbeispiel Spanien	56
3.1.1. Statistische Zahlen und demographische Daten zu Spanien	56
3.1.2. Demographischer Wandel	58
3.1.3. Steigende Arbeitslosenquoten	60
3.2. Migrationsprofil und institutionelle Strukturen	62
3.2.1. Spaniens Bedarf an (illegalen) ArbeitsmigrantInnen	63
3.2.2. Flexible Einwanderungsgesetzgebung	64
3.2.3. Geographische Lage	66
3.2.4. Spanische Migrations- und Flüchtlingspolitik	68
3.3. Auswirkungen der Krise(n) auf Spanien und Reaktionen der Regierung	70
3.3.1. Die spanische Immobilienblase	70
3.3.2. Die Antikrisenmaßnahmen der spanischen Regierung	71
3.3.3. Politischer Wandel in Spanien	73
3.4. Remigration und Remittances	76
3.4.1. Remigration als Antwort auf die Krise	76
3.4.2. Remigration und Geschlecht	77
3.4.3. Aktuelle Entwicklungen von Remittances	79
3.4.4. Auswirkungen für die Empfängerländer von Remittances	80
3.5. Bewältigungsstrategien und Unterstützungsstrukturen	83
3.5.1. Bloß nicht scheitern	83
3.5.2. Erfahrungsberichte	84

3.5.2.1. Verloren in der Stadt der Oliven	84
3.5.2.2. Schlecht leben können wir auch zu Hause	84
3.5.2.3. Zusammenhalt äußerst wichtig	86
3.5.3. Lösungsansätze und Krisenbewältigungsstrategien	86
3.5.4. Unterstützungsstrategien	88
3.6. Soziale Stabilität	90
3.6.1. Die Geschichte der Integration in Spanien	90
3.6.2. Soziale Spannungen und zunehmende rassistische Tendenzen	92
3.6.3. Präventive Maßnahmen gegen Rassismus und Intoleranz	95
3.7. Schlussfolgerung	97
3.7.1. Weiterführende Hypothesen	99
Literaturverzeichnis	101
Lebenslauf	106

1. Teil: Einführung:

1.1. Einleitung:

Meine Diplomarbeit trägt den Titel, „Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf MigrantInnen in Spanien.“ Mit dem Zusatz, der mir ein ganz besonderes Anliegen ist: „Weil der Mensch zählt!“ Bevor ich nun näher auf die Einteilung und Strukturierung meiner Arbeit eingehe, möchte ich noch kurz den Zusatz zum Titel, „Weil der Mensch zählt!“, erläutern. Der Zusatz zum Titel ist dem gleichnamigen Song des österreichischen Kabarettisten Alf Poier entnommen, mit dem er 2003 für Österreich am „Grand Prix Eurovision de la Chanson“ teilgenommen hat und den sensationellen sechsten Platz erreicht hat. Der Song thematisiert das Verhältnis zwischen Mensch und Natur und beleuchtet zudem in sehr ironischer Weise den Entwicklungsgedanken, wenn es heißt, *„Der Unterschied zwischen Menschen, zwischen Affen und Primaten; Der is net vü größer wie bei Nudl und Fritatten.“* (Poier 2003). Es geht in dem Song vor allem darum, dass der moderne Mensch versucht sich die Natur zu unterwerfen. Wobei Herr Poier darauf abzielt, dass sich der Mensch selbst mehr wert ist, als seine Umgebung. Mir erscheint die Phrase „Weil der Mensch zählt“ sehr passend um darauf hinzuweisen, dass es in den gegenwärtigen dominierenden Diskussionen um Banken- und Finanzkrise oder aber auch der EU-bezogenen Debatte um Migration, Tendenzen gibt, die genau jene Aussage ausblenden und so Elemente von Zwang und unerträglichen Zuständen (für die Betroffenen), wie eben den Status als „Illegaler“ – Stigmatisierter nach sich ziehen. Ich möchte die Aussage, „Weil der Mensch zählt!“ aber auch als idealistischen Appell an all jene richten, die sich in den Schlüsselpositionen befinden – Unternehmen, PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, aber auch Zivilpersonen, mich selbst natürlich eingeschlossen, sich hier der Empathie zu bedienen, die es bedarf, sich in das Schicksal scheinbar „ärmerer“ und „schwächerer“ Menschen hineinzusetzen. Nur so kann es meiner Meinung nach möglich sein eine gesamtgesellschaftliche, erstrebenswerte, Kursänderung hin zu einem solidarischen Miteinander zu erreichen, und so Möglichkeiten zu schaffen, dass alle Menschen ihren Teil vom Kuchen abbekommen, der ihnen ausnahmslos zu steht.

Die Diplomarbeit selbst wird sich im Wesentlichen in drei Teile aufgliedern. Im ersten, einführenden Teil der Arbeit wird es darum gehen, Rahmenbedingungen wie das

persönliche Erkenntnisinteresse, den methodischen Zugang oder aber auch etwaige Begriffsdefinitionen abzuklären. Im zweiten, so genannten theoretischen Teil der Arbeit wird es darum gehen, die zwei großen theoretischen Blöcke mit denen ich mich im Laufe dieser Diplomarbeit befassen möchte, zu erörtern, dabei wird es zum einen um Migrationstheorien gehen und zum anderen um Wirtschaftstheorien. Es ist mir aber auch ein persönliches Anliegen hier möglicherweise übergreifenden Zusammenhängen auf den Grund zu gehen und auch politische Antworten zur Wirtschafts- und Finanzkrise oder aber auch zum „EUropäischen“ Umgang mit MigrantInnen miteinzubeziehen und kritisch zu hinterfragen. Im dritten, empirischen Teil der Arbeit wird es schließlich darum gehen, die Ergebnisse aus dem theoretischen Teil zu konkretisieren, wobei hierfür das EU-Mitgliedsland Spanien sehr geeignet scheint, da sich Auswirkungen und Verlauf der Krise besser verdeutlichen lassen, als das in Bezug auf Österreich der Fall wäre.

Der erste Teil der Arbeit dient, wie schon erwähnt der Hinführung zum Thema. Es geht darum, dass persönliche Erkenntnisinteresse hervorzuheben, die methodische Herangehensweise vorzustellen und eventuell Definitionen anzubringen, in Bezug auf möglicherweise eher heikle Begriffe, wie etwa MigrantInnen, Migrationshintergrund oder aber auch Wirtschaftskrise.

Der nachfolgende Teil der Arbeit dient dazu, einen theoretischen Input zu geben, wobei es ein erhebliches Anliegen ist, übergreifende Zusammenhänge herauszuarbeiten und des Weiteren auch auf eine differenzierte Betrachtungsweise hinzuweisen, wenn es darum geht die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu erforschen.

Die Ansprüche an den empirischen Teil der Arbeit wurden weiter oben schon erwähnt, nochmals betonen möchte ich, den Versuch, den ich in dieser Diplomarbeit unternehmen möchte, die Formulierung von Hypothesen nicht an den Beginn, sondern an das Ende der Forschung zu stellen. Es gilt darüber hinaus auch die Theorien, die in Abschnitt 2 erörtert wurden, auf Bestand zu prüfen und eben mittels Erfahrungsberichten, statistischen und demographischen Daten konkrete Hypothesen zu formulieren. Des Weiteren wird es darum gehen, Alternativen zum gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzsystem in den Blick zu nehmen und zu diskutieren.

1.2. Persönliches Erkenntnisinteresse:

Im nun folgenden Kapitel möchte ich auf mein persönliches Erkenntnisinteresse, in Bezug auf diese Arbeit, eingehen sowie meine persönlichen Zielsetzungen erörtern. Darüber hinaus möchte ich auch auf, für diese Arbeit relevante, Fragestellungen eingehen.

Im Zentrum der Arbeit soll eine Auseinandersetzung stattfinden, zwischen aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen. Es geht auch darum, gegenwärtige Theorien zu Wirtschaft und Gesellschaft genauer unter die Lupe zu nehmen, das wären zum einen Neoliberalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, zum anderen aber auch Migrationstheorien. Es wird aber auch von besonderer Bedeutung sein, hier punktuell Literatur einfließen zu lassen, die vor allem in der jüngeren Vergangenheit in Bezug auf die wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahre, entstanden ist, um auch eine Art Bestandsaufnahme der neoliberalen Wirtschaftssysteme zu erhalten. Im Zuge einer Kritik an den bestehenden Theorien und Systemen, möchte ich näher auf die Wechselwirkung zwischen Wirtschaftskrise(n) und Migrationspolitik eingehen.

„Sowohl der Diskurs internationaler politischer Akteure als auch von Migrationsexperten nimmt überwiegend die kurzfristigen negativen Effekte der Krise in den Blick. Unter Migrationsforschern und politischen Akteuren herrscht die Befürchtung vor, dass Migranten zum Spielball der Weltkonjunktur und zu Verlierern der globalisierten Wirtschaftskrise werden, und dass Regierungen protektionistische Maßnahmen zur Einschränkung der Migration und zur Rückkehrförderung einsetzen könnten“ (Schmelz 2010: 23).

Die Wirtschaftskrise scheint ja in den vergangenen Jahren allgegenwärtig, meines Erachtens nach stellt sich die Frage, inwiefern hier ein Zusammenhang bzw. eine Beeinflussung besteht, zwischen dem Gespenst der Wirtschaftskrise und der Umsetzung von Migrationspolitik. Das Hauptaugenmerk wird hier auf die Migrationspolitiken der Europäischen Union insgesamt und im konkreten Fall auf die Migrationspolitiken Spaniens gelegt. Es gilt also gewissermaßen auch Zusammenhänge zu hinterfragen und zu verdeutlichen, die hier bestehen, zwischen der Wirtschaftskrise und der realen Situation von MigrantInnen innerhalb Europas, bzw. innerhalb Spaniens. Es wird hier beispielsweise von Bedeutung sein, heraus zu

arbeiten, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrise auf Rücküberweisungen hat. Dieser Punkt darf keinesfalls unterschätzt werden, da ja Rücküberweisungen von MigrantInnen in ihre Herkunftsländer zum Teil eine wesentlich höhere Summe darstellen, als staatliche oder nichtstaatliche Entwicklungshilfe (vgl. Schmelz 2010: 35f). Es geht in diesem Zusammenhang auch darum, Rücküberweisungen von MigrantInnen als Mittel von Selbstermächtigung, eine Art Selbsthilfe zur Selbsthilfe zu verstehen. Die Frage stellt sich hier auch in Bezug auf den zyklischen bzw. antizyklischen Charakter von Rücküberweisungen, vor allem in so genannten Krisensituationen. Es wird aber auch von erheblicher Relevanz sein, das tatsächliche „Wesen“ der Wirtschaftskrise genauer zu ergründen, vor allem hinsichtlich subjektiver Eindrücke von Betroffenen. Der Zugang zum Thema ergibt sich aus persönlichen Anliegen, zum einen gilt es die viel zitierte Wirtschaftskrise nach ihren tatsächlichen Ausprägungen hin zu untersuchen, also etwa das Gerede über Wirtschaftskrise(n) als Ausprägung von Macht und Herrschaft. Wer bestimmt? Es gilt auch, aus eigenem Interesse, nach Alternativen zum gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftssystem Ausschau zu halten. Hier möchte ich Eingehen auf Formen solidarischer Ökonomie. Darüber hinaus stellt es ein persönliches Anliegen dar, subjektive Eindrücke und konkrete Auswirkungen für Betroffene zu untersuchen sowie rassistische und diskriminierende Tendenzen in den Blick zu nehmen, die ja in „Krisenzeiten“ immer wieder Hochkonjunktur haben und meist noch verstärkt hervortreten, sowie die menschenunwürdigen und unerträglichen Zustände an den Rändern der „Festung Europa“ kritisch zu hinterfragen.

Es soll also, um auch dem Studium gerecht zu werden, im Zuge dessen diese Diplomarbeit entsteht und auch verstanden werden soll, eine umfassende Auseinandersetzung mit Entwicklung auf sämtlichen Ebenen stattfinden. Ich möchte hier keine transdisziplinäre Perspektive propagieren, wohl aber anmerken, dass transdisziplinäre Studien eher der Gefahr entgehen, durch einen starren disziplinären Blick wichtige Zusammenhänge einfach zu übersehen bzw. sie erst gar nicht zu sehen. Es gilt also den Aspekt von Entwicklung auf verschiedenen Ebenen zu beleuchten. Diese wären da Beispielsweise wirtschaftliche, politische, gesamtgesellschaftliche aber auch individuelle Entwicklungen.

Es soll also eine umfassende Auseinandersetzung mit Entwicklung auf sämtlichen Ebenen stattfinden, zum einen in Bezug auf weltwirtschaftliche Themen, in Bezug auf

die europäische Gesellschaft(en), sowie spezifischer der spanischen Gesellschaft. Letztendlich wird es aber auch darum gehen, subjektive Empfindungen von AkteurInnen mit einfließen zu lassen. Es ist auch ein persönliches Anliegen, durch diese Diplomarbeit einen Beitrag zu leisten, zur Entwicklungsforschung zum einen in Bezug auf die persönliche Entwicklung von Individuen, in erster Linie, von Menschen in benachteiligten Positionen und Randgruppen. Zum anderen möchte ich auch einen Beitrag leisten zur Forschung von internationaler Entwicklung, dadurch, dass hier Migration im Fokus der Arbeit steht und vor allem auch der Mechanismus der Rücküberweisungen thematisiert wird, welcher meiner Meinung nach unter anderem charakterisiert werden kann, als „Selbsthilfe zur Selbsthilfe“.

1.3. Methoden:

Wie bereits erwähnt, soll der erste Teil der Arbeit als Hinführung zum Thema dienen. In Bezug auf den zweiten Teil der Arbeit ist ein Vergleich von bereits vorhandener, ausgewählter Literatur vorgesehen, zum einen, um auf Wirtschaftssysteme der Moderne und Postmoderne näher einzugehen und ihre Krisenhaften Ausprägungen in den Blick zu nehmen, zum anderen in Bezug auf Migration und MigrantInnen, vor allem auch um das Migrationsregime der Europäischen Union näher zu beleuchten.

Im nachfolgenden, empirischen Teil der Arbeit soll unter anderem eine Analyse von bereits vorhandenen Daten erfolgen, zum einen statistische Daten in Bezug auf Rücküberweisungen, zum anderen demographische Daten, um hier Migration als Phänomen innerhalb der europäischen Union und genauer innerhalb Spaniens, halbwegs fassen zu können. Diese Daten sollen kombiniert werden mit Erfahrungsberichten von MigrantInnen, die entweder noch in Spanien sind bzw. wieder zurück oder weiter gezogen sind.

Im dritten Teil der Arbeit soll zudem, wie bereits erwähnt eine Gegenüberstellung von bereits vorhandenen, und in den ersten beiden Teilen der Diplomarbeit näher beleuchteten Theorien und den, im empirischen Teil, gewonnenen Erkenntnissen erfolgen. Im dritten Teil wird es schlussendlich auch darum gehen Hypothesen zu formulieren um mögliche Entwicklungsszenarien zu beleuchten. Die Formulierung von Hypothesen bildet in Bezug auf meine Forschung nicht wie oftmals üblich den Ausgangspunkt sondern eher den Schlusspunkt.

1.3.1. Forschungsgegenstand:

Forschungsgegenstand wird zum einen die wirtschaftliche Ebene innerhalb der EU sein, zum anderen der reale Lebensalltag von MigrantInnen in Spanien und über den Mechanismus der Rücküberweisungen auch ihre Familien in den Herkunftsländern. Das Hauptaugenmerk soll so auf den Auswirkungen die sich möglicherweise durch die Wirtschaftskrise für MigrantInnen ergeben, liegen. Es gilt aber auch der Frage nachzugehen, ob so ein Konstrukt wie die Europäische Union überhaupt zeitgerecht und sinnvoll ist, oder ob nicht Europa, nach Jahren der Abschottung, der „Festung Europa“ schon längst ins Hintertreffen geraten ist und bald mit gegenteiligen Entwicklungen konfrontiert sein wird. So hat die spanische Regierung beispielsweise auch schon versucht Anreize zu setzen, damit es für MigrantInnen lukrativer wird,

wieder in ihr jeweiliges Herkunftsland zurückzugehen. Auf der Basis, der so gewonnen Erkenntnisse soll abschließend eine umfassende und weltoffene Perspektive konstruiert werden, die darauf abzielt, dass Probleme, wie etwa die Weltwirtschaftskrise nur gelöst werden können, durch ein solidarisches Miteinander. Es gibt in der jüngeren Vergangenheit auch immer wieder WissenschaftlerInnen, die gerade in diesen Krisenhaften Umständen eine Chance auf einen Neustart sehen, wie etwa Kopeinig/Petritsch in „Die Europäische Chance“ erörtern:

„Europa – und das ist eine erste Lehre aus der Krise – wird, um weiter bestehen und seine Lebensqualität aufrechterhalten zu können, rascher und entschlossener auf die neuen Gegebenheiten reagieren müssen. Der Blick über den europäischen Tellerrand hinaus, die Einsicht, den kritischen Zustand der Welt als Aufgabe, die es zu bewältigen gilt, zu begreifen, ist mehr denn je notwendig. Diese Herausforderung anzunehmen und geeint zu handeln – darin sehen wir die europäische Chance“ (Kopeinig/Petritsch 2010: 8).

Auf den durchaus sinnvollen Aspekt, Krise als Chance zu begreifen werde ich im nachfolgenden Kapitel zu Begriffsdefinitionen näher eingehen.

1.4. Begriffsdefinitionen:

Im folgenden Kapitel gilt es nun noch einige wichtige Begrifflichkeiten zu beleuchten und sich mit Definitionen zu Migration und Wirtschaft auseinander zu setzen. Diese Begriffsdefinitionen erheben keinen universellen Anspruch, als allgemein gültige Definitionen, es scheint aber durchaus notwendig, Einvernehmen über die Bedeutung der verwendeten Begriffe zu erlangen und sich damit auseinanderzusetzen.

1.4.1. Migration:

Frank Düvell berichtet darüber, dass verschiedenste Definitionen von Migration, der Komplexität und Flüchtigkeit des Feldes nicht standhalten können und anstatt einer Definition, existieren viele verschiedene Definitionen. Wobei laut Düvell nicht wenige Autoren mittlerweile, auf Grund der Schwierigkeiten, darauf verzichten, dass worüber sie schreiben auch zu definieren. Laut Düvell erscheint Migration nur in Berücksichtigung verschiedener Dimensionen fassbar, was wiederum eine Auseinandersetzung mit „den Abgründen“ der Migrationssoziologie nach sich zieht. Die verschiedenen Dimensionen, die hier angesprochen werden sind die Dimensionen der Zeit, der Entfernung, die politische Dimension, die Dimension des Charakters der Entscheidung, die Dimension des Zweckes sowie die Dimensionen des Akteurs. Je nach der berücksichtigten Dimension, geht es entweder um Zeiteinheiten, Wegentfernungen, Grenzüberschreitungen (in gewisser Weise auch um Verwaltungseinheiten), der Charakter der Entscheidung bezieht sich auf den Umstand der Freiwilligkeit, die letzten beiden Dimensionen beziehen sich auf die Absichten der MigrantInnen und ihrer Familien (vgl. Düvell 2006: 6ff). Anschließend geht Düvell noch auf die Typologien von Migrationsbewegungen ein:

„Zur Bestimmung der Typologie von Migrationsbewegungen können Wohnsitz und Aufenthaltsort, der Ort der ökonomischen Aktivität sowie der Reproduktion, und die Dauer und Häufigkeit als differenzierende Charakteristika herangezogen werden. Bei der Emigration beispielsweise werden der Wohnsitz und der Aufenthaltsort dauerhaft verlagert. Bei der transnationalen Migration verbleibt der Mittelpunkt der Reproduktion in einem Land, der Mittelpunkt der ökonomischen Tätigkeit wird ausgelagert, während Wohn- und Aufenthaltsort auf zwei Länder aufgeteilt werden. Im Fall der Pendelmigration verbleibt der Mittelpunkt der Reproduktion, der

Mittelpunkt der ökonomischen Tätigkeiten sowie der Wohnort in einem Land, nur vorübergehend werden der Ort der ökonomischen Tätigkeit und der Aufenthaltsort verlagert“ (Düvell 2006: 10).

Insbesondere auf das Konzept der transnationalen Migration werde ich zu einem späteren Zeitpunkt, im Rahmen verschiedener Theorien zu Migration noch genauer eingehen, da die neuen Formen der Mobilität und des transnationalen Verhaltens viel besser in eine transnationale Logik passen, als den Migrationsregeln folgen, welche an staatlichen Grenzen orientiert sind (Castels 2005: 18). Eine weitere Form der Migration, die im Rahmen dieser Diplomarbeit von Bedeutung sein wird, sind Formen der sogenannten „illegalen Migration“, als Folge bzw. Produkt der modernen, globalisierten Gesellschaft:

„Illegale, ungesetzliche, illegalisierte oder kriminalisierte Migration, also ausländer- und einwanderungsrechtlich illegale Migration, auch irregular migration, undocumented migration, unauthorised migration genannt. Die Migranten nennen sich häufig selbst sans papiers/ sin papeles/ Papierlose, also Menschen ohne die gesetzlich notwendigen Aufenthaltsdokumente oder Visa“ (Düvell 2006: 26).

Es gibt verschiedene Kategorien bzw. Formen der illegalen Migration, wie beispielsweise Fluchtmigration, Ausprägungen unfreiwilliger Migration, aber auch Formen der Arbeitsmigration, wie teilweise Saisonmigration. Abschließend sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass „illegale MigrantInnen“ zwar auf Grund der eigenen ökonomischen Rahmenbedingungen Entscheidungen zu Migration treffen, diese illegale Form der Migration auch für Nationalstaaten und Konzerne von erheblicher, ökonomischer Bedeutung ist, in Form eines „Arbeitskräftereservoirs“. Darüber hinaus erachte ich es als meine Pflicht darauf hinzuweisen, dass die weiter oben angeführte Bezeichnung „illegaler MigrantInnen“ schlichtweg falsch ist, da Menschen niemals illegal sein können und sich die Bezeichnung „illegal“ auf die Aufenthaltstitel bzw. die Form des Grenzübertritts bezieht. Darüber hinaus gilt es in weiterer Folge auch stets Aspekte von Macht und Herrschaft in Bezug auf die Terminologie der Illegalität im Zusammenhang mit Migration kritisch zu beleuchten und zu reflektieren.

1.4.2. Wirtschaftskrise:

Um den Begriff der „Wirtschaftskrise“ näher zu charakterisieren scheint zunächst eine Beleuchtung des Wortes „Krise“ naheliegend:

„Alltagssprachlich ist mit dem Wort 'Krise' eine gefährliche Entwicklung, Zuspitzung oder Verschärfung, bzw. Entscheidungs- oder Ausnahmesituation gemeint, im gesellschaftlichen oder individuellen Kontext. [...] Der altgriechische Begriff 'crisis' bezeichnet einen „Wendepunkt zu Gesundheit oder Tod.“ In der Medizin bezeichnet der Terminus 'Krise' den entscheidenden Moment im Verlauf einer Erkrankung, in dem es zu einer beginnenden Heilung oder zu einer radikalen Verschlechterung im Zustand des Patienten kommt. Der chinesische Begriff für Krise setzt sich zusammen aus zwei Schriftzeichen, wobei eins dem Doppelzeichen für 'Gefahr' und das andere dem Doppelzeichen für 'Chance' entstammt. In vielen Kulturen, Epochen und Kontexten wurde demnach (auch) auf die in der Krise potentiell vorhandenen „Veränderungsenergie“ hingewiesen. Insofern kann der Begriff Krise auch positiv konnotiert werden, als „eine Herausforderung, deren erfolgreiche Bewältigung mit einem gestärkten Selbstbewusstsein verbunden ist“ (Burgess & Baldwin 1981 zitiert in D´Amelio 2010: 1).

In Bezug auf das eben angeführte Zitat zu „Krise“ erscheint es mir notwendig nochmals zwei Charakteristika hervorzuheben, zum einen den gefährlichen Charakter des Begriffs, zum anderen den Aspekt der Herausforderung, also Krise als Chance zu verstehen, um positive Veränderungen zu erreichen bzw. werden diese eventuell erst durch Krisen ermöglicht.

In Bezug auf die gegenwärtigen Krisen der jüngeren Vergangenheit, erscheint die Chance darin zu bestehen eine wirtschaftliche „Neuordnung“ zu erlangen, also gewissermaßen, den „systemischen Charakter“ in Bezug auf die gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrisen zu begreifen, die dominierende Erscheinungsformen des „Finanzkapitalismus“ mit sich bringen. Die wichtigsten Komponenten dabei sind, neoliberale Wirtschaftstheorien, Vorrang für den Geldwert, Finanzmarktliberalisierung, Regulierung der Wirtschaftspolitik sowie eine Teilprivatisierung des Rentensystems, um nur einige zu nennen. Das „selbstzerstörende“ Motto des Finanzkapitalismus „Lassen Sie Ihr Geld arbeiten!“, hat durch unterschiedliche, miteinander verbundene Prozesse jenes Potential

aufgestaut, welches sich nun in der Krise entlädt. Eine „wirtschaftliche Neuordnung“ scheint unumgänglich, begünstigt womöglich auch dadurch, dass sich Lebens- und Überlebensbedingungen für einen Großteil der Weltbevölkerung über Jahre hinweg verschlechtern (vgl. Schulmeister 2009: 1).

Gegenwärtig muss auch darüber nachgedacht werden, dass Krisen offenbar zum Leben dazu gehören und sich der Glaube als Illusion erweist, wonach wirtschaftliche Ungleichgewichte die Ausnahme, Gleichgewichte aber die Regel sind. Nach der zweiten Krise innerhalb weniger Jahre muss die „Figur-Grund-Wahrnehmung“ geändert werden. Nicht das Gleichgewicht ist der Normalfall, die Krise und stetige Wiederholung selbst ist die Regel. Stabilität ist in diesem Fall nur der Zwischenraum zwischen zwei Krisen. Rainer Hank plädiert daher auch für eine Theorie der Krise als zyklischer Dauerzustand und permanenter Wiederholungsfall (vgl. Hank 2012: 11f).

„Denn Wirtschaftskrisen zählen zu den wiederkehrenden, prägenden Ereignissen der Geschichte; ihre Bedeutung war und ist häufig so groß, dass sie weit über das wirtschaftliche Geschehen hinaus ausstrahlen und ernsthafte politische und soziale Probleme auslösen. Wirtschaftskrisen sind auch keine neue Erfahrung. [...] Auch wenn man die Staatsbankrotte nicht unbedingt zu den Wirtschaftskrisen im engeren Sinn rechnen möchte, da ihre Ursachen in der Regel politischer und nicht ökonomischer Art sind, entfalten sie gleichwohl eine ungeheure Krisendynamik, wie 2009 und 2010 die Schwierigkeiten des griechischen Staates gezeigt haben. Nimmt man alles zusammen, sind Krisen offensichtlich normaler Bestandteil des ökonomischen Geschehens“ (Plumpe 2010: 7f).

Plumpe verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Ungenauigkeit in Bezug auf die Verwendung des Begriffs „Wirtschaftskrise“, wobei auch die gegenwärtigen ökonomischen Theorien auf die Verwendung eines Krisenbegriffs eher verzichten und stattdessen Begriffe wie Rezession, Abschwung oder Depression gebrauchen. Auch die entscheidenden Faktoren im Krisengeschehen orientieren sich am gesellschaftlichen Wandel. Waren diese früher eher Klima- und Wetterbezogen, so sind es in der modernen Gesellschaft eher wirtschaftliche und politische Faktoren, die das Krisengeschehen beeinflussen. Plumpe unternimmt aber dennoch den Versuch, den Begriff „Wirtschaftskrise“ im Sinne gesamtwirtschaftlicher Störungen etwas näher zu charakterisieren (Plumpe 2010: 8ff):

„Er soll einerseits den Umschlagpunkt von einer Aufschwungphase oder zumindest einer Phase stabiler wirtschaftlicher Entwicklung in Stagnation und Abschwung, andererseits aber auch die Abschwungs- und Depressionsphase selbst bezeichnen. Ganz ähnlich wird der Rezessionsbegriff verwendet, der Phasen stagnierender bzw. sinkender wirtschaftlicher Gesamtleistung markiert“ (Plumpe 2010:9).

Ziel dieser Ausführungen ist es nicht sich in Details zu verlieren, es ist nur ein Anliegen meinerseits, grundlegende, historische wie aktuelle Erkenntnisse zu berücksichtigen und dabei auch auf unterschiedliche Ausprägungen wie Verwendungsweisen hinzuweisen. Finanzkrise, Schuldenkrise, Spekulationskrise, Bankenkrise sind meines Erachtens im Wesentlichen Bezeichnungen für wirtschaftlich geprägte Krisen. In Bezug auf ein grundlegendes Verständnis für den Begriff erachte ich die Definition bzw. Charakterisierung von Plumpe als völlig ausreichend, aber wie gesagt es ist keineswegs ein Anliegen sich hier in wirtschaftswissenschaftlichen Details zu verlieren, sondern lediglich, ein Bewusstsein zu schaffen, auch aus historischer Perspektive und so zu einer Sensibilisierung beizutragen im Sinn von Krise als Normalfall und sich nicht in der falschen Hoffnung zu wiegen, „Irgendwann wird wieder alles gut...“.

2. Theoretischer Teil:

In diesem Teil der Diplomarbeit wird es darum gehen die für die Arbeit und das Thema relevanten Theorien näher zu erörtern. Dies werden zum einen Wirtschaftstheorien, zum anderen Migrationstheorien sein. In weiterer Folge wird es auch darum gehen, übergreifende Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Migrationstheorien hervorzuheben, um so auch spezifischen Erscheinungsformen, beziehungsweise Ausprägungen und Möglichkeiten, die durch die globale Wirtschaftskrise zu Tage treten und teilweise auch unumgänglich erscheinen, hervorzuheben. Es soll auch verdeutlicht werden, dass neue, alternative Wege gefunden werden müssen, da die gegenwärtigen, neoliberalen Mainstreamtheorien in akuter Erklärungsnot stecken(vgl.Schuberth 2012: 21).

2.1.Wirtschaftstheorien:

Einen der wesentlichen theoretischen Blöcke dieser Diplomarbeit stellen Wirtschaftstheorien dar, etwas präziser die schon lange vor der Krise zum Mainstream zählenden neoliberalen Wirtschaftstheorien. Bevor ich nun näher auf einzelne theoretische Aspekte eingehen werde, möchte ich noch ein paar Fakten erläutern, um einen allgemeinen Überblick über die Mechanismen der globalen Wirtschaftskrise zu geben bzw. die Erklärungsnot des Neoliberalismus genauer zu erläutern. Darüber hinaus wird es meines Erachtens nach auch notwendig sein, Neoliberalismus, als Gesellschaftstheorie zu verstehen, da vorherrschende Wirtschaftstheorien in sämtliche Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens eingedrungen sind und mittlerweile in sämtlichen Bereichen maßgeblich nicht nur die Handlungsweisen von Staaten und Unternehmen, sondern auch von Individuen und Gruppen prägen. Aus diesem Blickwinkel gilt es auch zu hinterfragen welche Position und Funktion hierbei MigrantInnen zugeschrieben wird.

2.1.1. Ursachen und Verlauf der Wirtschaftskrise(n):

Stephan Schulmeister verweist auf den Umstand, dass sich das Potential für die gegenwärtigen, großen Krisen bereits langfristig aufgestaut hat. Die großen Krisen sind demnach ein Endprodukt des Wandels von realkapitalistischen zu finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen, welcher sich seit den 1970er Jahren, Schrittweise vollzog. Schulmeister führt in seinem Werk „Mitten in der großen Krise“ eine detaillierte Auflistung an, wie sich das Krisenpotential seit den 1970ern

zunehmend aufgestaut und sich der angesprochene Wandel der kapitalistischen Rahmenbedingungen vollzogen hat (vgl. Schulmeister 2010: 24ff). 1982 setzte ein fast 20 Jahre dauernder Aktienboom ein, welcher die Spekulationsfreude in einem hohen Maß stimulierte. In der Folge kam es immer wieder zu erheblichen Schwankungen bzw. Destabilisierungen von Wechsel- und Aktienkursen sowie von Rohstoffpreisen (vgl. Schulmeister 2010: 25, Abb.1; 35, Abb. 3; 48, Abb.6; 52, Abb.7). In Folge zunehmender Unsicherheiten bei realwirtschaftlichen Transaktionen und steigenden Gewinnchancen bei Finanztransaktionen verlagerten die Unternehmen ihre Aktivitäten zunehmend von Real- zu Finanzinvestitionen, was wiederum das Wirtschaftswachstum nachhaltig sinken, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung zunehmen ließ. Durch den Aktienboom vergrößerte sich auch der Unterschied zwischen Börsenwert und dem tatsächlichen Wert der Unternehmen. Nach einem kurzen Einbruch gelang es schließlich von 2003 bis 2007 nochmal einen kurzen Aktienboom zu entfachen. Gefördert wurde dieser Boom in Europa durch Anreize zu kapitalgedeckter Altersfürsorge, in den USA durch die sogenannte „Immobilienblase“, es sollten also gewissermaßen auch „NormalbürgerInnen“ ihr „Geld arbeiten lassen“. Als schließlich die Immobilienpreise zu fallen begannen, stürzten sich die SpekulantInnen auf Rohstoffderivate, worauf es zu einem drastischen Anstieg der Preise von Rohöl, Weizen, Mais und anderen Rohstoffen kam. Ab Mitte 2008 setzte schließlich ein rapider Verfall von Immobilienpreisen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen ein. Dieser Entwertungsprozess sowie der Verfall der Immobilienpreise ließ große Teile des Vermögens von Haushalten, Unternehmen und Banken geradezu wegschmelzen, wobei als größter Katalysator dieses Entwertungsprozesses die Spekulation auf fallende Aktienkurse und Rohstoffpreise zu benennen wäre (vgl. Schulmeister 2010: 26ff). Am 10. Oktober 2008 fallen die Aktienkurse weltweit um ca. 20 Prozent, damit kommt es zu einem noch größeren Kurssturz als 1929. Auf einem Treffen der G-7 Finanzminister und des IWF in Washington, einen Tag später, geht ein Fünf-Punkte Plan hervor, welcher das globale Bankensystem mit Steuergeldern stützen, so die Liquidität gewährleisten und den Kreditfluss wieder in Gang setzen soll (Michaelis 2012: 29).

„Nach der Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 ist die Staatsschuldenkrise der Jahre 2011/12 die zweite große Erschütterung, die die Welt in unmittelbarer Folge erlebt. [...] Waren es in der Finanzkrise die Staaten, die als Retter in der Not herhalten mussten, so gehen in der darauffolgenden Fiskalkrise die vermeintlich starken

Staaten selbst in die Knie, verweigern den Schuldendienst angesichts steigender Schuldzinsen – und kein „Erlöser“ ist mehr nahe. Die Krise des Euro ist in Wahrheit eine veritable Staatsschuldenkrise“ (Hank 2012: 10).

Hank gibt auch zu bedenken, dass die Umwandlung privater Schulden in öffentliche Schulden in einigen europäischen Staaten, wie Irland und Spanien, die Staatsschuldenkrise zwar noch verschärft hat, aber keinesfalls der Auslöser für diese sei. Hank sieht außerdem die Finanzindustrie nicht als Verursacher der Krise, will aber auch nicht leugnen, dass diese beide Male, sowohl bei der Finanzkrise wie auch bei der Staatsschuldenkrise kräftig verdient und diese nahezu katalysiert hat. Die darauffolgende Eurokrise sieht Hank nicht als Krise des Marktes, er nimmt viel mehr die Staaten in die Pflicht und sieht den Ursprung darin begründet, dass bei den europäischen Wohlfahrtsstaaten in den vergangenen Jahrzehnten die Ausgaben schneller wuchsen als die Einnahmen und die sozialen Ansprüche stets größer waren als das notwendige finanzielle Potenzial (vgl. Hank 2012: 15f). Demgegenüber sieht Schulmeister den Leitsatz des Finanzkapitalismus: „Lassen sie ihr Geld für sich arbeiten!“, als „systemische“ Krisenursache an. Bei der herkömmlichen Vorgehensweise konzentrierte sich das Profitstreben auf die Realkapitalbildung, bei der die Gesamtproduktion stetig wächst und sich so ein Positiv-Summenspiel entwickelt. Die vormals typische Tauschsequenz lautete dabei, Geld für Ware für Geld für Ware usw. Bei einem solchen Prozess wird dem Finanzsektor eine wesentliche Vermittlerrolle zugeschrieben. Wird nun aber versucht Geld selbstreferenziell zu vermehren, so ergibt sich die Tauschsequenz Geld für Geld für Geld usw., Geld wird also gewissermaßen Mittel zum Selbstzweck. Eine selbstreferenzielle Arbeitsweise von Geld bedeutete ein Nullsummenspiel, wobei es außerdem wahrscheinlich scheint, dass das „ökonomische Gesamtsystem“ auf Dauer nicht nur stagniert, sondern, getrieben durch Spekulationen bedingten Preisverfall wichtiger Preise (Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse), langfristig sogar noch verlieren wird (vgl. Schulmeister 2010: 34ff). Fraglich erscheint jedoch, meines Erachtens nach, ob es denn überhaupt möglich ist, wie von Schulmeister angesprochen, dass die Gesamtproduktion für alle Zeiten stetig wächst, oder ob so oder so, von der Debatte um Real- vs. Finanzkapitalismus abgesehen, eine Rezession bzw. krisenhafte Einbrüche des wirtschaftlichen Apparates unumgänglich, ja geradezu notwendig sind.

2.1.2. Neoliberaler Erklärungsnotstand:

Ein weiterer, nicht unwesentlicher Aspekt ist der, weiter oben bereits erwähnte, Erklärungsnotstand des Neoliberalismus in Bezug auf die gegenwärtige Krise. So stellte Bereits Queen Elisabeth nach Krisenausbruch an der „Londoner School of Economics“ die Frage, warum niemand etwas bemerkt hatte? Die Antworten waren allerdings keineswegs zufriedenstellend sondern eher erschütternd, da man glaubte bis zum Schluss das Richtige zu tun. Diese Blauäugigkeit gepaart mit einer omnipräsenten Effizienzmarkthypothese, die ein Bild des effizienten Kapitalmarktes entworfen haben scheinen die wesentlichen Triebfedern der Wirtschaftskrise zu sein (vgl. Schuberth 2012:21).

Elmar Altvater weist in seinem aktuellsten Werk, „Der große Krach“, auf den schwachen, europäischen Staat und kaum vorhandene Solidarität hin.

„[...]Das ist eine Konsequenz der neoliberalen Marktvergötzungen, der Dominanz der Finanzmärkte, die ja „die Politik ins Schlepptau“ genommen haben, und einer Schwächung öffentlicher Institutionen nach drei Jahrzehnten der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienste und einst öffentlicher Räume. Obendrein sind den Nationalstaaten mit dem von diesen selbst zu verantwortenden Lissabon-Vertrag die Hände gebunden. Denn die Regierungen dürfen sich nicht wechselseitig in akuten Krisen stützen. Das Gebot heißt: no bail-out! Innerhalb der Europäischen Union. Für zwischenstaatliche europäische Solidarität ist da kein Spielraum“ (Altvater 2010: 93f).

Die Handlungsspielräume und Aktionsradien des Staates werden aber nicht nur durch wirtschaftliche Mechanismen determiniert, sondern wie in dem Zitat erwähnt auch durch die Vorgehensweisen und Bestimmungen der Europäischen Union, also gewissermaßen den europäischen Staaten selbst, stark beschnitten. Die Rolle des Staates wird von den liberalen Strömungen unterschiedlich gesehen, grundlegend hat er aber eine eher kleine Rolle, wobei auch immer betont wird, dass nur ein liberaler Staat ein starker Staat sein kann. Die Wirtschaft stabilisiert sich selbst, Staatliche Stabilisierungspolitik erscheint aus dieser Perspektive sinnlos und überflüssig. Der Staat muss lediglich einen Rahmen, eine Wettbewerbsordnung schaffen, in erster Linie, um monopolistische Tendenzen zu verhindern. Zusätzlich wird gefordert, der Staat möge öffentliche Güter bereitstellen. Im Verständnis der liberalen Strömungen wird auch Sozialpolitik eher abgelehnt. Sozialpolitische

Eingriffe von staatlicher Seite würden die Freiheiten der Individuen beschränken und werden daher aus paternalistischen Gründen abgelehnt (vgl. Karrass 2009: 38). Die eben angesprochene Passivität des Staates ist aber mit Sicherheit nicht alleine ausschlaggebend für die derzeitigen krisenhaften Zustände und Fehlentwicklungen. Zwar hätten die Staaten, sofern sie entsprechende Expertisen besäßen, früher eingreifen können, ob sie die Krise abgefangen hätten, bleibt allerdings stark zu bezweifeln, da meines Erachtens andere Umstände viel drastischer wiegen, als etwaiges Nichteingreifen der Staaten, nämlich Korruption und Fehlspekulationen von Seiten wirtschaftlicher Apparate sowie politischer Akteure, die auf eine fragwürdige beziehungsweise nicht vorhandene Ethik der wirtschaftlichen und politischen Akteure schließen lässt. Immer wieder sind auch namhafte Konzerne in irgendeinen Korruptionsskandal verstrickt, wo auch verdeutlicht wird, wie wirtschaftliche und politische Akteure verbandelt sind, daher auch wenig verwunderlich, dass immer wieder namhafte PolitikerInnen nach ihrer aktiven Zeit in die Privatwirtschaft wechseln. Nur um ein Beispiel zu nennen:

„Bis Mitte April 2008 beliefen sich die von deutschen Korruptionsfahndern berechneten Bestechungssummen des Elektrokonzern Siemens auf € 1 300 000 000. Sie flossen in die Taschen von Ministern, Agenten, Einkaufschefs, Politikern, Konzernvorständen und Direktoren in mehr als hundert Staaten“ (Woltron 2009: 46).

Es wurde zwar schon vor geraumer Zeit erkannt, dass dringend Handlungsbedarf besteht im Bereich der Wirtschaftsethik, in den USA wurde 1970 der erste Lehrstuhl eingerichtet. Seit den 1980ern gibt es auch in Europa Lehrstühle für Wirtschaftsethik. Es gab auch immer wieder Erklärungen von Seiten des wirtschaftlichen Apparates, wo Sitte und Anstand gelobt wurde, beispielsweise das „Davoser Manifest“ aus dem Jahr 1973 oder die Erklärung zum Weltethos in Chicago 1993. 2000 etwa entstand das Projekt „Global Compact“ zum Aufbau einer nachhaltigen, globalen Wirtschaft. Parallel zur Debatte um ethische Grundsätze und Richtlinien in Wirtschaft und Politik, erleben wir aber auch das glatte Gegenteil, nach dem Motto „Catch-as-catch-can“ und dem Griff der „unsichtbaren Hand“ in fremde Taschen, ohne das ihr Jemand Einhalt gebietet (vgl. Woltron 2009: 47ff). Klein spricht im Zusammenhang dieser „Verbandelung“ politischer und wirtschaftlicher Akteure nicht von Neoliberalismus oder Kapitalismus sondern von Neokorporatismus und weist auf den Umstand hin zu welchem Zweck Gesellschaft wie organisiert wird:

„Eine genauere Bezeichnung für ein System, das die Grenzen zwischen der hohen Politik und dem großen Geschäft verwischt, ist nicht Liberalismus, Konservatismus oder Kapitalismus, sondern Korporatismus beziehungsweise Neokorporatismus. Seine Hauptkennzeichen sind die massive Umverteilung von öffentlichen Besitz in Privathände – die oft von einer explodierenden Verschuldung begleitet ist -, eine sich ständig vergrößernde Kluft zwischen den Superreichen und den disponiblen Armen sowie ein aggressiver Nationalismus, der unbegrenzte Verteidigungsausgaben rechtfertigt. Für die, die in der von einem solchen Arrangement geschaffenen Blase extremen Reichtums leben, kann es keine profitablere Art und Weise geben, eine Gesellschaft zu organisieren“ (Klein 2007: 29f).

Dieses Zitat weist auch auf einen weiteren Missstand hin, der bezeichnend für unsere von „Hyperkapitalismus“ durchdrungene Gesellschaft scheint, nämlich den Umstand, dass die Gewinne der großen Konzerne weiter steigen, während gegen Arbeitslosigkeit fast nichts unternommen wird, resultierend aus einem „Investitionsstreik“ der UnternehmerInnenschaft, wird so lange nicht investiert, bis die Löhne derart stark gesunken sind und sich Investitionen wieder lohnen (vgl. Vockel 2003: 46). Kapitalismuskritik alleine wird aber auch nur bedingt zu einem Erkenntnisgewinn führen, generell sei aber festgehalten, dass die Zukunft auch für Wirtschafts- und Finanzmärkte unsicher und unkalkulierbar ist (vgl. Hank 2012:12ff). Ich möchte an dieser Stelle aber nochmals auf die weiter oben, in Kapitel 1 erwähnte Theorie der Krise, als zyklischer Dauerzustand und permanenter Wiederholungsfall hinweisen, welche teilweise auch gezielt gesteuert wird und dazu führt, dass Regierungen noch mehr auf radikale Ratschläge von VertreterInnen der neoliberalen Wirtschaftstheorien hören müssen. Man kann auch soweit gehen zu behaupten, Krisen sind ein fester Bestandteil der Chicagoer Modelle (Klein 2007: 224). Zu den einflussreichsten Destabilisierungsfaktoren zählt hierbei die Schnelligkeit mit der das Kapital seine Zelte an einem Ort abbricht und sie gleich an einem anderen Ort wieder aufschlägt. Mit dieser Vorgehensweise ist oftmals ein Preisverfall der Grundbedarfsartikeln verbunden und im schlimmsten Fall die Vernichtung ganzer wirtschaftlicher Sektoren (vgl. Klein 2007: 641).

2.1.3. Ausschau nach Alternativen:

Ein Blick über die Grenzen Europas, in einen anderen Erdteil kann möglicherweise notwendige und hilfreiche Erkenntnisse mit sich bringen, welche anderen Wege

möglich wären. So haben die südamerikanischen Staaten, allen voran Brasilien und Argentinien wesentlich stabiler auf die globale Finanzkrise 2007/2008 reagiert als beispielsweise die USA oder ein großer Teil der europäischen Staaten. Die Begründung liegt meiner Ansicht nach in dem Umstand begraben, dass einige südamerikanische Staaten im Grunde die erste „Spielwiese“ des Neoliberalismus darstellten. Es wurden bald Stimmen innerhalb der Bevölkerung laut, die eine zunehmende Demokratisierung vorantrieben und geradezu eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsdenken forderten (vgl. Wylde 2012: 16ff).

„Im scharfen Kontrast zum Katastrophen-Kapitalismus-Komplex im Irak, in Afghanistan und am Golf von Mexiko wird in Lateinamerika der Wiederaufbau von jenen getragen, die selbst am meisten unter der Katastrophe litten. Und so überrascht nicht, dass ihre spontan gefundenen Lösungen große Ähnlichkeit mit dem realen Dritten Weg aufweisen, den die Chicagoer Schule auf ihrem Kreuzzug rund um die Welt so gründlich kaputt geschockt hatte: Demokratie im Alltag“ (Klein 2007: 642).

Einen Wendepunkt markiert dabei mit Sicherheit die Präsidentschaft von Hugo Chavez in Venezuela, die im Jahr 1998 begonnen hatte und eine wesentliche Wende bedeutete in Bezug auf die Rolle des Staates in sämtlichen Bereichen, allen voran aber in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung. Venezuela brachte damit den Stein aber erst ins Rollen. Nach und nach folgten weitere Staaten, wie etwa Bolivien unter Evo Morales, die auf eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftssystem und –denken abzielten. Neoliberalismus hat in Bezug auf den lateinamerikanischen Kontinent laut Wylde sowohl die wirtschaftliche als auch die gesellschaftliche Entwicklung „verfehlt“ und führte schließlich zur Formierung der so genannten „pink tide“ Bewegung (vgl. Wylde 2012: 187ff). Wylde verweist auch auf den Umstand, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, wie Entwicklung gestaltet bzw. angegangen werden kann:

„The paths that countries tread on the road to development are different. Indeed, countries should not necessarily follow one path, as development is not a universal end point to be achieved via a linear model as envisioned by the modernisation school. Rather, development is an historical change process, and studies into its dynamics should be mapped around this understanding“ (Wylde 2012: 212).

Abschließend möchte ich die in diesem Abschnitt gewonnenen Erkenntnisse nochmals kurz zusammenfassen. Die Schwächen des Finanzkapitalismus wurden meiner Ansicht nach gerade in der jüngeren Vergangenheit immer wieder offenbart und es können selbst VertreterInnen der neoliberalen Wirtschaftstheorien nicht mehr leugnen, dass es eines Paradigmenwechsels bedarf, hin zu mehr „Demokratie und Solidarität im Alltag“. Wenn man den Blick nach Lateinamerika richtet scheint gerade darin eine Möglichkeit zu bestehen, wie Krisen entgegenzutreten und in deren Verlauf auch damit umzugehen ist. So scheint der Begriff „solidarische Ökonomie“ bereits Teil der lateinamerikanischen Kultur geworden zu sein. In Brasilien gibt es beispielsweise bereits seit 2003 ein „Nationales Sekretariat für Solidarische Ökonomie“ sowie einen „Nationalen Rat für Solidarische Ökonomie“, der sich aus VertreterInnen von Regierung, Unternehmen und NGO's zusammen setzt, mit dem Ziel, Solidarische Ökonomie und die Rechte auf eine menschenwürdige Arbeit zu fördern. Nach und nach hat es das Konzept der solidarischen Ökonomie, auf Welches zu einem späteren Zeitpunkt näher eingegangen werden soll, auch bis nach Europa geschafft, was diverse Kongresse, 2006 in Berlin, 2009 in Wien, belegen (vgl. Schallhas 2008: 1). Auf der anderen Seite ist in Europa, wie bereits weiter oben erwähnt (Kapitel 2.1.2.), gerade in Bezug auf zwischenstaatliche Solidarität, dadurch, dass die Politik im Schlepptau der Finanzmärkte ist, kein Platz. Ein Blick auf den Umgang mit MigrantInnen innerhalb der „EU-ropäischen“ Staaten legt die Vermutung nahe, dass es auch mit der zwischenmenschlichen Solidarität nicht sonderlich gut bestellt ist. So häufen sich fremdenfeindliche Übergriffe in sämtlichen europäischen Staaten und Teile der Bevölkerung erklären MigrantInnen zu Sündenböcken für die derzeitige Wirtschaftsmisere. Diese Diskriminierung der MigrantInnen von Teilen der Zivilbevölkerung geht einher mit einer restriktiven Migrationspolitik von Seiten der europäischen Staaten(vgl. Schmelz 2010: 27ff), und ist meines Erachtens nach, zumindest teilweise, auch durch diese begründet.

Auch wenn es mit der zwischenstaatlichen, wie gesamtgesellschaftlichen Solidarität in Europa längst nicht mehr so gut bestellt ist, wie vielleicht zu Zeiten des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg, wird sich Politik wie Gesellschaft wieder vermehrt mit derartigen Entwicklungen, hin zu einem solidarischen Miteinander, auseinandersetzen müssen, sofern es das Ziel ist, gestärkt aus dieser krisenhaften Situation hervorzutreten.

2.2.Migrationstheorien:

Wie in Kapitel 1.4.1., dieser Arbeit, zu den Versuchen einer Begriffsdefinition in Bezug auf Migration erörtert wurde, handelt es sich um ein sehr komplexes Feld, anstatt einer Definition existieren viele verschiedene Definitionen. Wie auch bereits erwähnt wurde, scheint es unumgänglich sich mit den von Frank Düvell beschriebenen, verschiedenen Dimensionen in Bezug auf Migration auseinanderzusetzen (vgl. Düvell 2006: 6ff). Für diese Diplomarbeit werden vor allem Theorien zu internationaler Migration von größerer Bedeutung sein, allen voran möchte ich mich hier auf die Theorie zu transnationaler Migration fokussieren, und darüber hinaus auch illegale bzw. irreguläre Migration thematisieren. Des Weiteren erscheint es notwendig die Europäische Migrationspolitik in den Blick zu nehmen, welche geprägt ist durch die Debatte um die Souveränität der Staaten in Fragen der Zuwanderung, wobei aber auch immer wieder die Forderung nach einem einheitlichen Vorgehen der „EU-Staaten“ zu vernehmen ist.

2.2.1. Historischer Rückblick:

Bevor ich nun näher auf einzelne theoretische Aspekte eingehe, möchte ich einen kurzen, historischen Rückblick in Bezug auf das Phänomen „Migration“ vornehmen. Migrationen hat es gewissermaßen seit Beginn der Menschheitsgeschichte immer schon gegeben und wird es auch, aller Voraussicht bis zum Ende geben, sie können also auch als Teil der „Conditio Humana“ bezeichnet werden, quasi eine anthropologische Konstante. Formen, Verlauf, Ursachen und Strukturen von Migration zeichnen sich durch eine enorme räumliche und historische Variation aus und sind geprägt, durch die jeweiligen Kontexte in denen Migration stattfindet. Im Hinblick auf unsere globalisierte Welt gilt es vor allem die Vielfalt von Beziehungen aufzuzeigen, die bestehen zwischen Lokalem, Regionalem und Globalen, welche eben genau durch das Phänomen der Migration verdeutlicht wird (Kraler 2007: 10f). Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich die weltweite, jährliche Zunahme von MigrantInnen, seit etwa den 1980ern am weltweiten Bevölkerungswachstum orientiert, also die jährliche Zunahme liegt sowohl bei der Weltbevölkerung, als auch bei der zugewanderten Bevölkerung bei 2-3%. Historisch betrachtet kommt es immer wieder zu Verlagerungen der sogenannten „Hot Spots“, war Europa lange Zeit eher ein Auswanderungskontinent, vor allem in den Jahrzehnten vor dem zweiten Weltkrieg kam es immer wieder zu enormen Auswanderungswellen. Aber gerade in

den vergangenen Jahren und Jahrzehnten kam es zu einer gesteigerten Zuwanderung nach West- und Mitteleuropa, erklärbar durch den Fall des Eisernen Vorhangs und ethno-politische Konflikte, die immer wieder große Flüchtlingsströme nach sich ziehen (vgl. Münz 2007: 60).

2.2.2. Transnationale Konzepte:

Seit den 1990ern kommt es vermehrt zur Untersuchung, transnationaler Phänomene, die eine zunehmende Kritik an der nationalen Begrenzung von Forschungsfragen bewirkte. In weiterer Folge bewirkte dies eine wesentliche Neuorientierung in Bezug auf Migrationsforschung. Postnationale politische Gemeinschaften wurden angedacht und vielschichtige Zugehörigkeiten mit ihren Folgen für staatsbürgerliche Rechten, Pflichten und Identitäten wurden diskutiert, wobei unterschieden werden muss zwischen postkolonialen, kosmopolitischen Ansätzen eines Transnationalismus als moralisches Prinzip von „Oben“ und den VertreterInnen der so genannten „transnational studies“, die das Konzept des Transnationalismus im Grunde als ein analytisches Werkzeug sehen. Vor allem VertreterInnen des postkolonialen und kosmopolitischen Transnationalismus sehen sich mit zunehmender Kritik konfrontiert, sie würden Transformation von „Oben“ einführen und somit neue Eliten eher absichern. Auf der anderen Seite waren oder sind bei VertreterInnen der „transnational studies“ die einfachen Menschen im Mittelpunkt des Interesses und es gilt Fragen zu Identitätsbildung, ökonomischen sowie politischen Aktivitäten, über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu erörtern (vgl. Strasser 2012: 43f). Grewal geht sogar so weit zu sagen, Migration ist für die Sozialwissenschaften, das Schlüsselphänomen schlecht hin, um transnationale Analysen durchzuführen, fokussiert auf den Verbindungen der MigrantInnen werden „Brücken“ geschlagen zwischen dem Herkunftsland und dem Ankunftsland, es werden transnationale Räume und Identitäten erschaffen (vgl. Grewal 2008: 189). Grewal thematisiert die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen und „gender“ im Zuge transnationaler Prozesse und zunehmender Globalisierung (vgl. Grewal 2008: 192ff).

„While the analytical focus on transnational feminist practices was intended to move away from the „international“ approach that naturalized the boundaries of modern nation-states, it can be very useful both as a descriptor for empirically examining networks that produce connections and conflicts, as well as providing an approach that enables us to critique several aspects of the comparative and /or „area studies“

approach in favour of one that critically examines how entities are produced as separable and comparable. Thus, for instance, a transnational approach interrogates the naturalization of nation-state boundaries and questions the universalizing assumptions behind concepts that are assumed to be „global“ (Grewal 2008: 193).

Konzepte zu transnationaler Migration versuchen also neue Perspektiven zu Migration abzuleiten, da traditionelle Konzepte MigrantInnen immer wieder mit Bruch und Entwurzelung in Zusammenhang bringen und so zu abwertenden Opferkonstruktionen führen. MigrantInnen streben aber tatsächlich weder ausschließlich nach Assimilation noch nach sozialer und kultureller Grenzziehung, sondern leben soziale Beziehungen über nationale Grenzen hinweg. Transnationale Studien zeigen überdies, dass es sich beim Phänomen Migration um kein „One-Way-Ticket“ handelt, sondern die Zugewanderten nützen ihre Beziehungen zu den Herkunftskontexten sehr vielfältig. Unterstützt von modernen Kommunikations- und Transportsystemen stehen die MigrantInnen in einem regen Austausch mit den Orten ihrer Herkunft (vgl. Strasser 2012: 45). KritikerInnen transnationaler Ansätze sind der Überzeugung, kulturelle Identifikation von Minderheiten führe zu einer transnationalen Orientierung und zu einer Diaspora-Identität, unter denen Minderheiten trotz Arbeit verarmen, möglicherweise auch durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse, oder überhaupt arbeitslos sind. Im Zusammenhang mit diesen verwobenen Prozessen wird auch von „hybridization“ und „indigenization“ gesprochen und es werden Gegensätze erzeugt, zwischen einer transnationalen, kosmopolitischen Elite, die ihre grenzüberschreitende Vernetzung zu ihren Vorteilen ausnutzen können und auch lokale Diversitäten als Potentiale begreifen. Auf der anderen Seite gibt es Gruppen, die versuchen ihre Identitäten über politisch und kulturell abgegrenzte Räume abzuleiten, weshalb von diesen Gruppen, Globalisierung und Migration eher als Bedrohung wahrgenommen werden. Es existieren also gewissermaßen auch Macht- und Verteilungskonstellationen, die durch transnationale, grenzüberschreitende Verbundenheit hervorgebracht werden und so auch Einfluss auf das politische Leben nehmen. Dieser Ansatz hilft wohl auch dabei, zu optimistische Erwartungen an die kreativen und innovativen Wirkungen des Transnationalismus zu stellen. Es scheint jedoch notwendig nationale Begrenzungen von sozialwissenschaftlichen Herangehensweisen zu überwinden, um eine kritische Reflexion zu ermöglichen (vgl. Strasser 2012: 48).

2.2.3. Migrationskontrolle in Europa:

Genau um die Bedeutung nationaler Begrenzungen geht es in der Debatte um illegale bzw. irreguläre Migration. Es handelt sich gewissermaßen um eine politisch-rechtliche Auseinandersetzung zwischen Nationalstaaten und MigrantInnen um die Anerkennung bzw. Rechtmäßigkeit von Aufenthaltstiteln, aber auch um Beschäftigungsverhältnisse. Wobei dem rechtlichen Status von MigrantInnen eine enorme Bedeutung zugeschrieben werden kann, in Bezug auf Integration sowie Entwicklung in sämtlichen Bereichen:

„Der rechtliche Status von MigrantInnen bei der Einreise bildet den Rahmen für Möglichkeiten der Partizipation in politischen, ökonomischen und sozialen Bereichen und spielt eine wichtige Rolle für Formen politischer Inklusion und Exklusion“ (Ataç 2012: 270).

Es gibt zwar unterschiedliche Ausprägungen illegaler oder irregulärer Migration (siehe Kapitel 1.4.1.), im Grunde geht es aber vor allem auch um die Bedeutung von Einwanderungspolitiken. Denn, mit diesen gehen Konsequenzen für den zukünftige rechtlichen, politischen und sozialen Status von Einwanderern einher und überdies determinieren sie Erwartungshorizonte innerhalb der Gesellschaft, da sie signalisieren wer Teil und wer nicht Teil dieser Gesellschaft ist (vgl. Ataç 2012: 270). Außerdem beeinflussen restriktive Einwanderungspolitiken MigrantInnen hinsichtlich der Wahl des Ziellandes, wobei vor allem für irreguläre MigrantInnen, die auf Menschenhändler und Schlepperbanden angewiesen sind ein erheblicher Faktor der Ungewissheit besteht, da sie häufig zufällig in bestimmten Ländern landen, da entweder der Zugang einfacher ist, die Schlepper gewisse Kontakte und Netzwerke haben oder aber weil sie bereits vorher aufgegriffen werden und in der Folge an der Weiterreise gehindert werden (vgl. Kraler; Parnreiter 2005: 13). Historisch gesehen hat sich Europa von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungskontinent verwandelt, wobei Migration aber (noch) nicht zu einem konstitutiven Element der Gesellschaft geworden ist, ganz im Gegenteil zu den USA und Kanada. Was Europa auch noch fehlt, wäre eine einheitliche Migrations- und Integrationspolitik, bedingt durch einen nach wie vor starken nationalstaatlichen Einfluss im Bereich der Einwanderungs- und Integrationspolitik (vgl. Fassmann 2007: 52). Im Hinblick auf die Vorgehensweise der europäischen Staaten lassen sich im Grunde zwei Tendenzen hervorheben. Zum einen die Steuerung legaler Migrationsströme, um vor allem

illegale Beschäftigung einzudämmen, Beispiele wären hier die Ausstellung von Green Cards für hoch qualifizierte Arbeitskräfte sowie die Vergabe von Arbeitsgenehmigungen für gering qualifizierte Arbeitskräfte. Vor allem die südeuropäischen Länder, wie beispielsweise auch Spanien, haben in den Jahren vor der Krise verstärkt darauf gesetzt bilaterale Abkommen zu schließen mit den Herkunftsländern illegaler Migration und so legale Arbeitsmöglichkeiten, vor allem im Agrarbereich, in der Baubranche, dem Gast- und Tourismusgewerbe zu ermöglichen. Es bleibt aber die Frage, ob mittels der Einführung von Mechanismen zur Steuerung legaler Migrationsströme tatsächlich ein wirksames Mittel zur Eindämmung illegaler Migration gefunden wurde (vgl. Jahn; Maurer; Oetzmann; Riesch 2006: 19f). Die zweite Tendenz, wäre die Regularisierung von illegalen MigrantInnen, wobei vor allem Spanien eine langjährige Erfahrung in der Regularisierung illegaler Einwanderung hat. Im Grunde wechseln sich dabei Legalisierungsmaßnahmen und Regularisierungsprogramme mit einer zeitlich jeweils nachfolgenden Verschärfung der Bekämpfung illegaler Einwanderung ab. Bevor es beispielsweise, in Spanien, im Jahr 2000 zu einer Verschärfung des 1999 verabschiedeten Ausländergesetzes kam, wurden noch über 130 000 MigrantInnen mit einem legalen Aufenthaltstitel versehen. Derartige Regularisierungsmaßnahmen wurden vor allem seit den 1990er Jahren in sämtlichen „EU-ro-päischen“ Staaten durchgeführt, überwiegend aber in den südeuropäischen Ländern. Solche Legalisierungsprogramme ermöglichen auf der einen Seite einen Bevölkerungsüberblick und liefern Informationen bezüglich einer besseren Steuerung der Bevölkerungsentwicklung, auf der anderen Seite muss aber davon ausgegangen werden, dass damit auch ein Anreiz für illegale Migration geschaffen wird. Ein weiterer Aspekt wäre wohl, wie auch bei der Tendenz zur Steuerung legaler Migrationsströme, dass vormals illegale MigrantInnen dem regulären Arbeitsmarkt zugeführt werden, es bleibt aber zu bezweifeln, ob damit Schwarzarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse tatsächlich eingedämmt werden können, da die Vermutung nahe liegt, dass der Bedarf nach Schwarzarbeit wohl auch weiterhin bestehen bleibt (vgl. Jahn; Maurer; Oetzmann; Riesch 2006: 20f). Es kam auch in den vergangenen Jahren zu einer zunehmenden Europäisierung der Migrationspolitik, welche darauf abzielt Beschlüsse auf einer suprastaatlichen Ebene zu verabschieden, was wiederum im Sinne einer Machtpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten verstanden werden kann (vgl. Karakayali 2008: 186). Darüber hinaus kam es in den vergangenen Jahren auch zu einer zunehmenden

Konstitution der „Festung Europa“ und zu einer immer stärkeren Abschottung nach außen. So werden beispielsweise Patrouillenboote, der „Europäischen Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“, kurz „Frontex“, in afrikanische Hoheitsgewässer entsandt, ohne jegliche rechtliche Handhabe, um Boote mit MigrantInnen an Board zur Umkehr zu „überreden“ (vgl. Karakayali 2008: 196). Dass es sich hierbei um einen Konflikt mit ungleichen Kräfteverhältnissen handelt dürfte auf der Hand liegen, wenn „Kriegsschiffe“ mit neuester Technologie an Board auf MigrantInnen in Schlauchbooten angesetzt werden. Die Mittel, die dabei Anwendung finden, um die MigrantInnen zur Umkehr zu „überreden“, scheinen weder reglementiert noch limitiert, allerdings meines Erachtens nach klar menschenverachtend und eigentlich einer Europäischen Union, die Frieden und Freiheit propagiert, nicht würdig. Im nachfolgenden Kapitel wird es nun darum gehen, übergreifende Zusammenhänge, die bis hierhin erörterten Wirtschafts- und Migrationstheorien herzustellen. Es gilt dabei vor allem auf ökonomische Aspekte der Migration einzugehen, aber auch darum, welche Auswirkungen sich durch die Wirtschaftskrise(n) der vergangenen Jahre ergeben, hinsichtlich neuer Kooperationsformen bzw. der Verfestigung migrationspolitischer Schutzmechanismen.

2.3. Übergreifende Zusammenhänge:

In diesem Teil der Arbeit wird es nun darum gehen übergreifende Zusammenhänge zwischen, den Aspekten der Wirtschafts- und Migrationstheorien herzustellen, welche in den vorangegangenen Kapitel erörtert wurde. Es wird aber auch um die Frage gehen, inwiefern die Wirtschaftskrise(n) der vergangenen Jahre Chancen bieten dafür neue Kooperationsformen innerhalb der europäischen Union, aber auch zwischen sogenannten Industrie- und Entwicklungsländern zu etablieren? Eine der entscheidenden Fragen in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Migrations- und Wirtschaftstheorien wird dabei sein, inwiefern die Krise als Katalysator für Schutzmechanismen und migrationspolitische Steuerungsinstrumente angesehen werden kann?

2.3.1. Verbindungen zwischen Wirtschafts- und Migrationstheorien:

Die Orientierung der MigrationstheoretikerInnen folgte lange Zeit, vor allem während der 1970er und 1980er Jahre, strukturalistischen und behavioristischen ökonomischen Erklärungsmodellen. In den 1990ern kamen schließlich alternative überwiegend soziologische und politikwissenschaftliche Erklärungsmodelle hinzu. Die Konzentration auf ökonomische Aspekte wird vor allem deutlich bei einem Blick auf die sogenannten „neo-klassischen“ Theorien, welche im Gegensatz zu den klassischen Migrationstheorien nicht strukturalistisch, sondern „akteurszentriert“ sind und betrachtet die ökonomischen und rational handelnden Personen als wesentliche Akteure im Migrationsprozess (vgl. Düvell 2006: 81). Bei der so genannten „neo-klassischen Theorie der Migration“ geht es im Grunde um die sogenannte „Lohndifferentialhypothese“ zwischen ländlichen und urbanen Einkommen, die laut dem so genannten „Todaro-Modell“ ausschlaggebend ist, ob Individuen migrieren oder bleiben. Bei der Theorie dualer bzw. segmentierter Arbeitsmärkte handelt es sich um einen makroanalytisch-strukturalistischen Ansatz, der darauf begründet ist, dass Migration durch die Strukturen des Marktes bestimmt wird. Vor allem in den dualen Arbeitsmärkten der „Industrienationen“ herrschen Bedingungen vor, die die Nachfrage nach manueller, niedrig- bzw. unterqualifizierter Arbeit kontinuierlich steigen lassen. Diese Prozesse sind aber nicht nur dem Steuerungsmechanismen des Marktes unterworfen, sondern auch politisch gesteuert und geradezu gewollt. Folglich kann bei einer fortschreitenden Segmentierung des Arbeitsmarktes das

Phänomen auftreten, dass es zu einer Gleichzeitigkeit kommt, von Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftenachfrage (vgl. Düvell 2006: 82f).

Bei der sogenannten „Humankapitaltheorie“ handelt es sich um eine mikroökonomische Theorie, bei welcher das Individuum ins Zentrum rückt. Migration wird als Investition in sogenanntes „Humankapital“ verstanden, wobei es immer darum geht Fertigkeiten, seien es nun kulturelle, sprachliche oder handwerkliche Kompetenzen, zu erwerben, im Gegensatz zu den vorangegangenen Ansätzen, handelt es sich nicht um eine kurzfristige Optimierung des Einkommens, sondern vielmehr um eine „Lebensperspektive“ von MigrantInnen (vgl. Düvell 2006: 83f). Es gibt darüber hinaus auch noch weitere Migrationstheorien, die ökonomische Aspekte ins Zentrum der Analyse rücken, wie beispielsweise die Theorie der „neuen Ökonomie der Arbeitsmigration“, bei der die Familie als entscheidendes Element angesehen wird oder aber die Theorie des Marktversagens, die darauf abzielt, wie Individuen oder Gruppen auf fehlende bzw. fehlerhafte Ausprägungen des Marktes reagieren (vgl. Düvell 2006: 84ff).

Die Aufzählung könnte wohl noch weiter geführt werden, allerdings würde dies den Rahmen dieser Diplomarbeit übersteigen. Die wichtigsten Ansätze der klassischen und neo-klassischen Migrationstheorien wurden erörtert. Zwischen den so genannten „neuen Migrationstheorien“, die sich, wie schon erwähnt vor allem an soziologischen und politikwissenschaftlichen Erklärungsmodellen orientieren und den klassischen Migrationstheorien ist in den letzten Jahren eine Diskussion in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Kapitalströmen und Migrationsbewegungen entstanden. Bei den klassischen Migrationstheorien dämpfen Investitionen und Entwicklungshilfen so genannte „Push-Faktoren“ und führen demnach zu einer Abnahme von Migration. Die relativ neue Migrationssystemtheorie impliziert, dass es zu einer Reziprozität zwischen Auslandsdirektinvestitionen und Migrationsbewegungen kommt, während also Investitionen in die eine Richtung fließen, migrieren Menschen in die entgegengesetzte Richtung (vgl. Düvell 2006: 97f). Diese Reziprozität stellt auch die Annahme der klassischen Migrationstheorien in Frage, wonach Migration je nach Belieben reguliert werden kann. Diese Annahme scheint vor allem auch bei den gegenwärtigen Migrationspolitiken maßgeblich und beruht auf dem ökonomischen Grundgedanken, die Maximierung des individuellen Nutzens, welcher sich stark am Einkommen orientiert, wäre der entscheidende

Faktor für Migration, ändert sich aber die Kosten-Nutzen-Relation würden die MigrantInnen wieder zurück wandern. Ataç plädiert dafür Migration als sozialen Prozess zu verstehen, mit entsprechenden eigenen Dynamiken und nicht nur einen ökonomischen Zugang, wonach Migration allein durch Marktkräfte hervorgerufen wird und durch bürokratische Techniken steuerbar ist (vgl. Ataç 2012: 266f). Es geht vor allem darum, MigrantInnen nicht als isolierte Individuen zu betrachten, die nur auf Marktanreize und bürokratische Regeln reagieren. Es gibt darüber hinaus auch unterschiedliche strukturelle Faktoren, die in Bezug auf Migration zum Tragen kommen, vor allem hinsichtlich der strukturellen Abhängigkeit zwischen Migration und Aus- oder Einwanderungsland. Für Auswanderungsländer kann beispielsweise ein Export von Arbeitskräften dazu beitragen, Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Für Einwanderungsländer kann es zu gegenteiligen Effekten kommen, oder aber wie schon weiter oben, in Bezug auf die Theorie dualer Arbeitsmärkte, angeschnitten, kann es auch vorkommen, dass die Einwanderungsländer trotz Arbeitslosigkeit der einheimischen Bevölkerung nicht auf die Arbeitskräfte von MigrantInnen verzichten können, da diese in Bereichen arbeiten wo das die einheimische Bevölkerung entweder nicht kann oder nicht will (vgl. Castles 2005: 15).

2.3.2. Krise als Chance:

Im nachfolgenden Teil der Diplomarbeit wird es darum gehen, inwiefern sich durch die gegenwärtige(n) Wirtschaftskrise(n) Chancen ergeben, innerhalb Europas eine alternative Art des Wirtschaftens zu etablieren und neuartige Kooperationsformen in Gang zu setzen.

Unter den Wirtschaftskrisen der jüngeren Vergangenheit hat vor allem die Marktgläubigkeit, die bislang die wirtschaftspolitische Landschaft nahezu umfassend bestimmt hat, gelitten. Während kaum mehr jemand davon redet, die uneingeschränkte Freiheit der Märkte wäre das beste System, scheint das neue Modewort Finanzmarktregulierung zu lauten (Thielemann 2010: 55). Thielemann meint in Bezug auf die Bedingungen eines verantwortungsvollen und legitimen Wirtschaftens, dass zunächst Ökonomismus und Separatismus überwunden werden müssen, da erst die integrative Wirtschaftsethik die Marktlogik unter ausdrücklich ethischen Gesichtspunkten thematisiert. Darüber hinaus gilt es zu überprüfen ob und wie ökonomische Rationalität und ethische Vernunft miteinander verknüpft werden können. Da Marktlogik und Moralprinzip eher selten miteinander vereinbart werden

können, gilt es Grundsätze der „Lebensdienlichkeit“ und Fairness auf die Agenda zu setzen (vgl. Thielemann 2010: 60f). Die „europäische Chance“ besteht laut Kopeinig und Petritsch darin, den Kleinmut der europäischen politischen Klasse sowie die vorherrschende Visionslosigkeit zu überwinden. Darüber hinaus gilt es die Gefahr einer zunehmenden Nationalisierung Europas zu erkennen und gegenzusteuern, wobei erschwerend hinzukommt, dass Vorstellungen über die eigenen Möglichkeiten auf das jeweils Nationale beschränkt sind. Mehr denn je gilt es gerade jetzt einen Weg zu einem gemeinsamen Europa zu finden. Indizien dafür, dass dies möglich ist und gerade die gegenwärtigen Krisen als Chance angesehen werden können, sehen die Autoren darin, dass es durch eine von Europa ausgehende Koordinierung unter französischem EU-Vorsitz bereits gelungen ist, das Schlimmste abzuwenden (Kopeinig/ Petritsch 2010: 158ff).

Rainer Hank verweist in seinem Werk, „Der amerikanische Virus“, auf den Umstand, dass ein Trend hin zu einer „neuen Einfachheit“ zu erkennen ist, wenn es darum geht sich mit Finanzprodukten auseinander zu setzen. Im Mittelpunkt steht dabei vor allem Übersicht und Verständnis, wobei aber zweifelhaft scheint, ob dadurch der nächste Crash tatsächlich abgewandt werden kann.

„Denn einiges spricht dafür, dass die Vorschläge der Etatisten, Sozialisten, Moralisten und neuen Büßer zwar nicht den nächsten Crash verhindern, dafür aber schlimmere Dinge anrichten: Sie verhindern Wachstum und drosseln den Wohlstand. Deshalb sollte man sie mit größter Vorsicht genießen, erst recht wenn sie von Politikern kommen“ (Hank 2009: 190).

Anstatt zu versuchen zukünftige Krisen vorzeitig abzuwehren, was laut der Meinung Hanks auch unmöglich ist, da Krisen zur Geschichte der Menschheit dazugehören und nur eine Frage der Zeit sind, gilt es vielmehr sich auf kommende Krisen besser vorzubereiten. Es scheint darüber hinaus auch schwer Rückschlüsse aus vergangenen Krisen zu ziehen, da es stets ungewiss ist, wo bzw. wann die nächste Krise ansetzt und auch wie sich die beteiligten AkteurInnen verhalten werden. Laut Hank führen alle Anstrengungen die nächste Krise zu verhindern im besten Fall dazu bereits bekannte Krisenmuster zu vermeiden, dies jedoch auf Kosten der Verlagerung krisenhafter Ausprägungen in einen anderen Bereich (vgl. Hank 2009: 192). Die Krise an sich kann also gar nicht aufgehalten werden, was aber auch nicht bedeuten soll, dass alles so bleiben soll wie es ist. Mittlerweile stellen nicht nur

Antikapitalisten, sondern auch namhafte Ökonomen, wie beispielsweise Paul Volcker, seines Zeichens ehemaliger US-Notenbankchef sowie ökonomischer Chefberater von Barack Obama, fest, dass es eine Veränderung des Finanzsystems bedarf und dieses den Markttest nicht bestanden hat. Dass es nicht nur von ideologischen Gegnern des gegenwärtigen Finanzsystems angesprochen wird, sondern auch von deren Befürwortern ist ein wahrlich vernichtendes Zeugnis. Eines der Hauptargumente ist dabei, dass das neue Finanzsystem, in welchem die Gewinne der Finanzindustrie in Summe 40 Prozent aller Unternehmensgewinne ausmachen, keinerlei Vorteile für die Wirtschaft als Ganzes mit sich bringen (Hank 2009: 196). Paul Volcker stellt nach Ansicht von Rainer Hank auch die zentrale Frage dieser Krise. *„Gerade wenn wir hinnehmen müssen, dass zyklische Finanzkrisen im Kapitalismus unausweichlich sind und immer wiederkehren, ist es von entscheidender Bedeutung, ob die historische Wiederkehr des Gleichen einen Sinn hat oder aber blindes Schicksal bleibt“* (Hank 2009: 197).

Nicht nur in Bezug auf die Europäische Union scheint ein geeintes Vorgehen unumgänglich, aber gerade für die EU scheint momentan das Verlangen nach einem auf globaler Bühne handlungsfähigen Europa das Gebot der Stunde zu sein. Die ökonomische Abhängigkeit einzelner Länder von einem koordinierten Vorgehen der EU wurde im „dramatischen Herbst 2008“ augenscheinlich, als einige osteuropäische Staaten dringend europäische Finanzhilfe benötigten. Diesen Abhängigkeiten können auch positive Aspekte abgewonnen werden, wenn man Stärken erkennt, die sich aus neuen Kooperationsformen ergeben (vgl. Kopeinig/Petritsch 2010: 170f), welche wohl auch unumgänglich erscheinen. Allgemein kann auch gerade in Bezug auf Migration festgehalten werden, dass die Chancen der Krise, welche da wären, mittel- und langfristig positive Auswirkungen auf zukünftige Entwicklungsperspektiven von MigrantInnen zu entfalten, in den bisherigen Analysen noch kaum berücksichtigt wurden (vgl. Schmelz 2010: 4).

2.3.3. Die Auswirkungen der Krise(n) auf migrationspolitische Steuerungsinstrumente:

Die Krise bietet aber nicht nur Chancen dafür neue Kooperationsformen zu etablieren, sondern wird auch als Anlass genommen, um verstärkt auf staatliche Schutzmaßnahmen und migrationspolitische Steuerungsinstrumente zu setzen. Eine historische Vergleichsperspektive zu vergangenen Krisen kann zwar das Verständnis

für Folgen vergangener Rezessionen auf Migration und MigrantInnen erklären, die Erkenntnisse können aber nicht zur Gänze auf die gegenwärtige Krise(n) übertragen werden, da es, wie weiter oben schon erwähnt wurde, so gut wie gar nicht möglich ist, Rückschlüsse von einer Krise zu einer anderen zu ziehen. Die eben erwähnte historische Vergleichsperspektive zielt darauf ab, dass bei einer rückblickenden Betrachtung vergangener, großer Krisen, zumindest kurzfristig, immer zu einem Rückgang von Migration gekommen ist. So kam es beispielsweise in den 1930ern zu einer Verstärkung, der bereits vor der Krise einsetzenden, migrationspolitischen Restriktionen seitens der USA und Europa. Auch auf die Ölkrise der 1973er Jahre folgten wiederum Rezessionen, so kam es in Europa zum so genannten Anwerbestopp von GastarbeiterInnen. Auch bei der eher regional beschränkten Golfkrise kam es zu tiefgreifenden Auswirkungen, für Staaten welche Arbeitskräfte exportieren. Der grundlegende Unterschied zwischen den gegenwärtigen und den vorangegangenen Krisen ist der globale Charakter der Krise, weltweit also so gut wie keine Volkswirtschaft verschont bleibt, weshalb ExpertInnen vermuten, dass die Auswirkungen für MigrantInnen dadurch noch wesentlich stärker ausfallen, da es auch keine alternativen Zielländer für MigrantInnen gibt. Durch die historische Vergleichsperspektive wird auch deutlich, dass krisenbedingte politische Restriktionen zur Abwehr von Migration, den langfristigen, strukturellen Bedarf an Migration nicht merklich beeinflussen, sondern teilweise auch neue Migrationsdynamiken hervorbringen können. Schmelz verweist auch auf den Umstand, dass in der gegenwärtigen Krise die eben angeführten Beispiele als Lernchance begriffen werden sollten, um vorausschauende politische Handlungsoptionen zu entwickeln und nicht durch kurzfristige, protektionistische Maßnahmen die ohnehin schwierige sozioökonomische Lage von MigrantInnen und ihren Familien noch zusätzlich zu erschweren. Es gibt aber auch optimistische Einschätzungen, welche davon ausgehen, dass sich bei längerer andauernder Weltwirtschaftskrise Chancen ergeben, für neue Kooperationsformen zwischen Entwicklungs- und Industrieländer. Die gegenwärtige Krise könnte die Entwicklung langfristiger Schutzmechanismen sowie migrationspolitischer Steuerungsinstrumente begünstigen, was für MigrantInnen mehr Transparenz und Stabilität zur Folge haben könnte (vgl. Schmelz 2010: 20ff).

2.4. Differenzierte Betrachtungsweisen:

Im nun folgenden Abschnitt der Arbeit wird es darum gehen sich mit einer differenzierten Betrachtungsweise in Bezug auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf MigrantInnen auseinanderzusetzen. Es wird dabei vor allem darum gehen, dass die Auswirkungen je nach Land, Region oder Beschäftigungssektor unterschiedlich ausfallen. Es gilt auch die unterschiedlichen Migrationstypen, den Aufenthaltsstatus, das Qualifikationsprofil und vor allem das Geschlecht der MigrantInnen zu berücksichtigen.

2.4.1. Migration und Gender:

Dem Bild des Mannes als „Familienernährer“ war es lange Zeit geschuldet, dass Frauen in Bezug auf Migration aber auch im ökonomischen Bereich eine eher passivere Rolle, als „Anhängsel“ wandernder Männer, zugeschoben wurde und Geschlechterverhältnisse so gut wie gar nicht thematisiert wurden. Erst seit Mitte der 1950er Jahre, als es in Europa zu einem Arbeitskräftemangel kam, wurde darüber nachgedacht, auch weibliche ArbeitsmigrantInnen zu rekrutieren und zudem auch die so genannte „stille Reserve“ zu mobilisieren, also nicht erwerbstätige Frauen und Mütter in den Arbeitsmarkt miteinzubinden. Frauen sollten dabei vor allem in Teilzeitarbeitsmodellen einen „ökonomischen Beitrag“ leisten. Durch den Einkommensbezug der Versicherungsleistungen setzten sich aber, in den europäischen Wohlfahrtsstaaten, soziale Ungleichheiten weiterhin im System der sozialen Sicherung fort. Diese Unsicherheiten führten zu einer Marginalisierung von Frauen, vor allem von alleinerziehenden Müttern (vgl. Weckwert 2008: 149ff).

„Die Geschlechter-, Migrations-, und Wohlfahrtsregime der 1950er und 60er Jahre waren in vielfältiger Weise miteinander verschränkt. Obgleich der Ausbau sozialer Leistungen nach den Prinzipien des konservativ-korporatistischen Wohlfahrtssystems erfolgte und dabei einkommensbezogene Stratifizierungen und einen eher hohen Kommodifizierungszwang etablierte, erfolgte der Einbezug von (Vollzeit-) Erwerbstätigen in das Sozialversicherungssystem auf einem vergleichsweise hohem Leistungsniveau. Damit konnte das Ernährermodell, das für Frauen einen Ausschluss von zentralen Rechten und Partizipationschancen bedeutete, unter den Bedingungen steigender Reallöhne auch ökonomisch abgesichert werden“ (Weckwert 2008: 155f).

Da vor allem zu Beginn der „Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt“ die Lohnunterschiede zwischen migrantischen und inländischen Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland bei den Frauen sehr viel geringer ausfiel als bei den Männern kamen immer wieder WissenschaftlerInnen zu dem Schluss, dass Migrantinnen, anders als männliche Arbeitsmigranten weniger aufgrund eines ethnischen Kriteriums, als auf Grund ihres Geschlechts benachteiligt waren (vgl. Mattes 2005 zitiert in Weckwert 2008: 156).

Von den traditionellen Ansätzen wurde also die Kategorie Gender stets vernachlässigt. Wichtig war aus dieser Perspektive also die Einsicht, dass es sich bei Migration nicht um ein geschlechtsneutrales bzw. ausschließlich männliches Phänomen handelt. Der männliche Überschuss an ArbeitsmigrantInnen der Nachkriegszeit, des 2. Weltkriegs, kann als historische Spezifität angesehen werden, sowie als eine Folge der Anwerbemechanismen und zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auch als Konsequenz der Nichtbeachtung von Geschlechterfragen in der Migrationsforschung. Der zentrale Ansatzpunkt der Migrationsforschung seit den 1970ern ist die Einsicht, dass geschlechtsspezifische Asymmetrien auf ökonomischer, soziokultureller und politischer Ebene Bedingungen und Möglichkeiten weiblicher Mobilität schaffen, diese einschränken oder zu unterschiedlichen Auswirkungen von Migration auf Männer und Frauen führen können, wobei eine der wesentlichsten Auswirkungen möglicherweise das Aufbrechen traditioneller Geschlechterverhältnisse bedeuten kann. Diesen Ansätzen ist auch die Feststellung zu verdanken, dass ein Trend zu einer zunehmenden „Feminisierung“ von Migration erkennbar scheint, also ein wachsender Anteil von MigrantInnen am Migrationsgeschehen. Die strukturellen Umstände weiblicher Migration können dabei möglicherweise in Prozessen wirtschaftlicher Entwicklung sowie den daraus resultierenden Möglichkeiten und Zwängen für Frauen in Herkunfts- und Zielregionen liegen. Eine weitere wesentliche Rolle können zudem soziokulturelle Institutionen wie etwa Geschlechterrollen oder Familienbilder spielen, sowie die geschlechtsspezifische Gestaltung von Einwanderungspolitiken. Ohne geschlechtsspezifische Asymmetrien zu untersuchen kann es laut Kraler/Parnreiter keine Klarheit darüber geben, ob und warum Frauen auf andere Push- und Pullfaktoren reagieren als Männer.

Seit den 1980er Jahren ist zudem auch der Beitrag gestiegen, den andere Disziplinen wie die Geschichtswissenschaften, die Anthropologie aber auch die Politikwissenschaften für die Entwicklung neuer Forschungsperspektiven leisten (Kraler/Parnreiter 2005: 4).

Seit Mitte der 1990er beschäftigen sich WissenschaftlerInnen vermehrt mit dem Thema Gender und Migration, wobei die theoretischen Innovationen der 1990er im Wesentlichen eine Erweiterung der Ansätze darstellt, welche bereits in den 1980ern entwickelt wurden. Einer der wesentlichsten Beiträge dabei war meines Erachtens, zu verdeutlichen, dass es immer mehr Frauen gibt, die versuchen aus marginalisierten und unterdrückenden Verhältnissen auszubrechen, wobei die Entscheidung zu migrieren auch stark von Strukturen und Institutionen in den Herkunftsländern abhängt. Darüber hinaus spielen aber auch die Verhältnisse am Arbeitsmarkt der Zielländer eine wesentliche Rolle (vgl. Wright 2012: 16). Unter den vielschichtigen Veränderungsprozessen der Globalisierung ist ein Wandel der Arbeitsbereiche zu erkennen, wobei in den so genannten Industrienationen traditionelle Arbeitsbereiche weggefallen und andere Bereiche, vor allem im Dienstleistungsbereich neu entstanden sind. Es liegt zudem nahe, dass sich die Prozesse der Globalisierung genauso wie die Umstände der gegenwärtigen Wirtschaftskrisen sehr unterschiedlich auf Frauen und Männer auswirken. Die neuen Möglichkeiten der Mobilität, des Informations-, Produkt- und Kapitalaustausches gehen einher mit einem weltweiten Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung. Gestiegen sind in diesem Zusammenhang auch die Chancen für Frauen auf Bildungsbeteiligung. Viele Frauen arbeiten allerdings in flexibilisierten, ungesicherten Jobs mit Niedriglöhnen und fragwürdigen Arbeitsbedingungen (vgl. Roß 2008: 75ff).

„Innerhalb der sozialen, geschlechtlichen und ethnisierenden Stufung von Ausbeutung, Privilegien und Verletzbarkeit lässt sich erkennen, dass Frauen und bei Frauen besonders verarmte und/oder migrierte bzw. Farbige Frauen die schlechtesten Chancen, die geringste Sicherheit und die meisten Risiken haben, weiter zu verarmen, an heilbaren Krankheiten vorzeitig zu sterben, über geringe Bildungschancen zu verfügen und von Gewalt, inkl. Vertreibung betroffen zu sein. Soziale Herkunft, Ethnizität und Geschlecht verdeutlichen zusammen den sozialen Ort von Personen in einem komplexen Gefüge sozialer Ein- und Ausschlüsse“ (Roß 2008: 76).

Aus einem „Policy Brief“ der „International Organization for Migration“ kurz IOM, aus dem Jahr 2009, geht hervor, dass sich die gegenwärtige(n) Krise(n) auf männliche und weibliche Arbeitskräfte verschieden auswirken wird, auf Grund der unterschiedlichen Verteilung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Männliche Arbeitsmigranten sind zu einem großen Teil im Bau- und Produktionssektor tätig. Dieser Sektor ist bislang sehr stark von der Wirtschaftskrise betroffen, was dazu führt, dass immer mehr Menschen, die in diesem Sektor tätig sind, ihren Job verlieren. Darüber hinaus gilt es zu befürchten, dass Frauen krisenbedingt verstärkt unter sich verschlechternden Arbeitsbedingungen zu leiden haben und Opfer von Missbrauch und Ausbeutung werden könnten, eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer scheint zudem für Frauen den Verlust wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu bedeuten. Darüber hinaus erscheint auch ein Rückfall in alte, traditionelle Geschlechterrollen als mögliches Problem (vgl. IOM Policy Brief 2009 zitiert in Schmelz 2010: 24).

Diese möglichen, geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Auswirkungen gilt es zu einem späteren Zeitpunkt, im empirischen Teil der Arbeit, näher zu präzisieren und zu hinterfragen. Darüber hinaus gilt es auch die Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Hinblick auf Rücküberweisungen zu erörtern.

2.4.2. Sektor- und Typenspezifische Auswirkungen:

„Arbeitsplatzverluste während der ökonomischen Krise 2008-2009 konzentrieren sich vor allem auf die folgenden Sektoren: Bau, Finanzdienstleistungen, industrielle Fertigung, Tourismus und Handel. Migranten sind in allen diesen Sektoren tätig, aber die Art ihrer Beschäftigung ist je nach Sektor unterschiedlich. Migranten in den Bereichen Bau, Tourismus und Handel übern zumeist un- oder angelernte Beschäftigungen aus, im Finanzsektor haben sie häufig auch hochqualifizierte Stellen inne. In Boom-Gebieten wie Dubai beispielsweise ist grundsätzlich davon auszugehen, dass Migranten sowohl qualifizierte als auch unqualifizierte Jobs einnehmen (Martin 2009 zitiert in Schmelz 2010: 25).

Der Anteil von ArbeitsmigrantInnen im Bausektor ist vor allem in den südeuropäischen Ländern besonders hoch. In Griechenland beispielsweise beträgt der Beschäftigungsanteil von ArbeitsmigrantInnen im Bausektor 32 Prozent, in Spanien sind es immerhin 21 Prozent, in Portugal 15 und in Italien 14 Prozent. Bei einem Blick auf Bereiche wie Gesundheit oder Haushalt wird deutlich, dass sich

sektorenspezifische Auswirkungen auch mit den im vorangegangenen Kapitel beschriebenen, geschlechtsspezifischen Unterschieden überlagern. In den meisten nordeuropäischen Ländern sind beispielsweise etwa ein Fünftel der Menschen, die im Gesundheits- und Pflegebereich tätig sind, MigrantInnen. Im Gegensatz zum krisenbedingten Arbeitsplatzabbau im Baubereich, ist ein Verlust von Arbeitsplätzen im Bereich Gesundheit und Pflege eher unwahrscheinlich. Gesundheitsbereiche leiden weltweit unter chronischem Arbeitskräftemangel und in den reicheren Ländern ist zudem von einer steigenden Nachfrage nach Pflegekräften auszugehen (vgl. Taran 2009 zitiert in Schmelz 2010: 25). Ein weiteres Phänomen, welches durch die Wirtschaftskrise(n) der vorangegangenen Jahre verstärkt zu Tage tritt und auch vor typisch migrantischen Beschäftigungssektoren keinen Halt macht, ist das so genannte „Working Poor“, jenes soziale Phänomen, bei dem selbst Vollzeitbeschäftigung nicht mehr zum Leben reicht. Da sich nach der Verlagerung der traditionellen, produktiven Jobs nun der Dienstleistungssektor nicht beliebig ausweiten lässt, könnte es zu einem Engpass an Arbeitsplätzen kommen. Laut Kopeinig und Petritsch ist dieser Engpass an Arbeitsplätzen, ein mögliches Erklärungsmodell für das Ende der Vollbeschäftigung und folglich auch ein Erklärungsansatz für die stark gestiegene Jugendarbeitslosigkeit der vergangenen Jahre. Im Jahr 2009 lag die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in allen EU-Staaten bei knapp 20 Prozent, wobei die gesamte Arbeitslosigkeit bei ca. 8 Prozent lag, in diesem Zusammenhang kann also von einer überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit gesprochen werden, wobei die südeuropäischen Länder, wie auch Spanien, in einem höheren Ausmaß von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind, als die Mittel- und Nordeuropäischen EU-Staaten (vgl. Kopeinig/Petritsch 2010: 170f).

Im Hinblick auf die Absicht bzw. Überlegung zur Remigration scheinen je nach Migrationstyp unterschiedliche Aspekte ausschlaggebend. Bei MigrantInnen ohne, dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung scheint eine Rückkehr am wahrscheinlichsten. Wenn familiäre oder humanitäre Gründe für die Entscheidung zur Migration ausschlaggebend sind, wird sich die Absicht zur Rückkehr auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten eher in Grenzen halten. MigrantInnen mit einem rechtlich gesicherten, legalen Aufenthaltstitel werden auch bei einem Verlust der Beschäftigung das Land wahrscheinlich nicht verlassen, sondern nach Alternativen Ausschau halten. Strategien die Krise zu überbrücken wären, beispielsweise, dies über den Bezug von

Sozialleistungen zu bewerkstelligen oder aber eine Beschäftigung im informellen Bereich anzunehmen. Auch irreguläre MigrantInnen werden eher nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren, da eine erneute Einreise mit enormen Kosten und Aufwand verbunden ist und darüber hinaus oftmals bereits enorme Investitionen getätigt wurden, um zu migrieren. Die weltweit großen Grenzregime, wie etwa jenes der EU, aber auch jenes der USA zur mexikanischen Grenze und zu den Karibikstaaten, erschweren die Einreise irregulärer MigrantInnen zunehmend und senken zudem die Erfolgsaussichten auf eine erfolgreiche Migration. Hochqualifizierte MigrantInnen werden im Fall einer eintretenden Arbeitslosigkeit neuen Möglichkeiten suchen und diese nicht nur in Europa, sondern wohl weltweit vorfinden, Remigration ins Herkunftsland ist, wenn überhaupt, nur bei entsprechenden Berufsaussichten relevant (vgl. Schmelz 2010: 24).

2.5. Rücküberweisungen:

In diesem Kapitel der Diplomarbeit gilt es die Bedeutung von Rücküberweisungen genauer zu durchleuchten. Es gilt dabei die Bedeutung von Rücküberweisungen oder „Remittances“ in Bezug auf die Bedeutung für die Herkunftsländer der MigrantInnen, als wesentlicher Faktor von Entwicklung zu verstehen, aber auch die Bedeutung von Rücküberweisungen für die MigrantInnen selbst darf nicht außer Acht gelassen werden. Darüber hinaus gilt es auch zu erörtern, inwiefern hier geschlechterspezifische Unterschiede zum Tragen kommen.

2.5.1. Die Bedeutung von Rücküberweisungen für die Herkunftsländer:

Die überwiegende Mehrheit der MigrantInnen bricht ihre Beziehungen zu den Herkunftsländern nicht ab, sondern versucht durch Geldsendungen die Familien in den Heimatländern zu unterstützen. Da das Volumen der Remittances beträchtlich höher ist, als das Volumen an offizieller Entwicklungshilfe, stellen die Rücküberweisungen gerade für so genannte Entwicklungsländer eine enorm wichtige Einnahmequelle dar, sie rangieren gleich nach ausländischen Direktinvestitionen an der zweiten Stelle, oder übertreffen diese teilweise sogar. Waren es im Jahr 2006, nach Schätzungen der Weltbank, über 200 Milliarden US-Dollar, die in die Herkunftsländer überwiesen wurden, so waren es im Jahr 2012, laut Weltbankangaben über 400 Milliarden US-Dollar, Tendenz weiter steigend (vgl. World Bank 2006; 2012). Eindeutige Schätzungen zur tatsächlichen Höhe der Rücküberweisungen sind im Grunde nicht möglich, da Geld auf formellen wie informellen Wegen gleichermaßen transferiert wird. Ein möglicher Erklärungsansatz hierfür wäre, dass formelle Remittances-Dienstleistungen zu teuer sind. Es geht also nicht nur darum wie viel Geld versendet wird, sondern vielmehr darum, wie viel Geld auch tatsächlich in den Zielländern ankommt. Geringere Gebühren würden logischerweise dafür sorgen, dass auch mehr Geld in den Herkunftsländern der MigrantInnen ankommt. Einer der größten Hemmfaktoren für die Nutzung formeller Remittancesdienste sind dabei die schon erwähnten hohen Gebühren, die Finanzdienstleistungen und Geldüberweisungen vor allem ins „nicht europäische Ausland“ verlangen. Zusätzlich ist es äußerst schwierig, genaue Informationen über Transferkonditionen zu erhalten. Remittances werden in den so genannten Entwicklungsländern oftmals dazu verwendet, den Lebensunterhalt bestreiten zu können und so die absolute Armut zu mindern. Sie dienen aber auch als

Notfallreserve oder ermöglichen es den Familien mehr Geld in Bildung und Gesundheit zu investieren. Da sich Remittances oft antizyklisch zum Wirtschaftswachstum verhalten können sie auch als eine Art Rückversicherung angesehen werden. Insbesondere in Krisenzeiten oder im Fall von Naturkatastrophen kann die Bedeutung von Rücküberweisungen noch einmal zunehmen (vgl. Holmes; Menzel; Schlink 2007: 7ff). Bisherige Krisenanalysen haben auch noch einmal bestätigt, dass sich Rücküberweisungen in Krisenzeiten resistenter Verhalten, als Entwicklungshilfegelder oder private Investitionen aus dem Ausland. Wie allerdings bereits erwähnt wurde, unterscheidet sich die aktuelle Wirtschaftskrise von den vorangegangenen Krisen durch ihren globalen Charakter, wodurch für MigrantInnen im Grunde keine alternativen Zielländer existieren, da die Wirtschaftskrise mehr oder weniger alle Zielregionen von Migration betrifft und so vermutlich in weiterer Folge weniger Arbeitskräfte nachgefragt werden, was durch den Umstand belegt wird, dass einige Regierungen bereits einen Anwerbestopp ausgerufen haben (vgl. Schmelz 2010: 35). Es scheint zudem innerhalb der Forschung Uneinigkeit in Bezug auf Remittances zu herrschen. Es wird immer wieder diskutiert, ob Rücküberweisungen Armut nachhaltig und langfristig auffangen können, oder aber ob die Empfänger in neue Abhängigkeiten gestürzt werden. Die Skeptiker erwähnen immer wieder, dass durch Gewohnheit häufig auch Eigeninitiative verloren geht und so in weiterer Folge ökonomische Aktivitäten eingeschränkt werden. Problematisch scheint zudem ein übermäßiger Konsum von Importwaren, da er einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung entgegen wirkt. Sinnvoller scheinen in dieser Hinsicht Investitionen im lokalen Kontext, wie Hausbau oder Landerwerb, da so in weiterer Folge „Multiplikatoreffekte“ erzielt werden können (vgl. Schmelz 2010: 36f).

Darüber hinaus gibt es auch so genannte „social remittances“, was sich darauf bezieht, dass auch nicht materielle Ressourcen einen Beitrag zu Entwicklung leisten können und gewissermaßen über nationale Grenzen hinweg ausgetauscht werden, wobei vermutlich moderne Kommunikationstechnologien einen entscheidenden Beitrag leisten können.

„Social remittances (SR) have been defined as a ‘local level migration driven form of cultural diffusion... ideas, behaviours and social capital that flow from receiving to sending country communities’ (Levitt zitiert in Wright 2012: 24).

Im Vergleich zur Forschung zu „financial remittances“ handelt es sich bei der Forschung zu „social remittances“ um ein relativ junges und bis hierhin auch wenig erforschtes Themengebiet. Ein weiterer Aspekt, der meiner Meinung nach hier zu tragen kommt und auch von erheblicher Bedeutung für die Herkunftsländer sein könnte stellt der Umstand dar, dass gerade jetzt zu Zeiten der Krise vermehrt Anreize gesetzt werden, damit MigrantInnen in ihre Herkunftsländer zurückkehren. So entsteht meiner Meinung nach die Möglichkeit, dass auch qualifizierte Arbeitskräfte in ihre Herkunftsländer zurück kehren, da die Nutzen durch Migration vermindert werden, ja die Chancen auf Arbeit wahrscheinlich sogar geringer sein könnten, als das in den Herkunftsländern der Fall wäre, vor allem für qualifizierte Arbeitskräfte. Die Wirtschaftskrise hat vor allem die südeuropäischen Länder, die auch geographisch bedingt beliebte Einwanderungsländer sind, schwer getroffen. Die Arbeitslosenzahlen stiegen seit Beginn der Krise sowohl in Griechenland als auch in Spanien ununterbrochen an. Vor allem in Spanien hat das auch zu einer drastischen Verringerung von MigrantInnen außerhalb Europas geführt. Waren es 2007 noch über 750 000 Menschen die sich in Spanien niedergelassen haben, so waren es 2008 etwa 330 000 „Neuankömmlinge“, also weniger als die Hälfte (vgl. Insausti 2009: 93).

2.5.2. Geschlechtsspezifische Unterschiede:

In diesem Absatz möchte ich noch kurz auf geschlechtsspezifische Unterschiede zu Remittances eingehen. Sowohl für Frauen als auch für Männer kann die Entscheidung zu migrieren und im Fall einer erfolgreichen Eingliederung in den Arbeitsmarkt des Ziellandes eine Verbesserung der sozialen und ökonomischen Position auch im Herkunftsland nach sich ziehen. Das Ansehen wird dadurch gesteigert, dass durch Rücküberweisungen die Familie in den Herkunftsländern unterstützt wird und in weiterer Folge möglicherweise von der Unterschicht in die Mittelschicht aufsteigen kann, auch wenn die MigrantInnen in den Zielländern eher nicht zur Mittelschicht zählen und möglicherweise eine doppelte Schichtzugehörigkeit erfahren. In Bezug auf genderspezifische Unterschiede bei Rücküberweisungen gilt festzuhalten, dass wie weiter oben schon erwähnt wurde, die Zahl der migrierenden Frauen in den vergangenen Jahrzehnten stetig angestiegen ist und global gesehen etwa genauso viele Frauen wie Männer migrieren. Frauen kommen dabei am Arbeitsmarkt oftmals in Sektoren unter, welche gekennzeichnet sind, durch einen hohen Zeitaufwand und mit tendenziell schlechterer Bezahlung als dies bei Männern

der Fall ist. Statistisch gesehen senden Frauen einen höheren Anteil ihres Einkommens zurück, durch die Einkommensunterschiede senden Männer jedoch absolut gesehen höhere Beträge als Frauen (vgl. UNDP 2009:74). In Bezug auf die Verwertung von Rücküberweisungen lassen sich auch genderspezifische Unterschiede hervorheben. Während Frauen Remittances vermehrt in Bildung und Gesundheit investieren, um so das Wohl der Familie zu erhalten, investieren Männer tendenziell Rücküberweisungen in ökonomische Bereiche wie Kleinunternehmen oder aber materielle Ressourcen wie Hausbau oder Landerwerb. Zudem kann es auch eine Rolle spielen ob der so genannte „Remitter“ männlich oder weiblich ist. Laut Pfeiffer wird von den Familien mit einem weiblichen „Remitter“, kontrovers, weniger Geld in den Bereich Gesundheit und Bildung investiert, als bei Familien mit einem männlichen „Remitter“ (vgl. Pfeiffer 2008 in Göbel 2013).

2.6. Politische Antworten auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise:

Im nun abschließenden Kapitel zum theoretischen Teil dieser Diplomarbeit wird es nun darum gehen politische Antworten auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise näher zu beleuchten. Es wird also darum gehen, die Reaktionen von offizieller politischer Seite, sowie von Seiten der Zivilbevölkerung zu berücksichtigen.

2.6.1. Autoritäre Wende in Europa?

Waren es also gerade zu Beginn der Krisenjahre, die Staaten und somit sämtliche namhafte PolitikerInnen im Staatsdienst, die sich als so genannte „Big Player“ etablieren konnten, wenn es darum ging, Auswege aus der wirtschaftlichen Krise zu finden, so stellte sich spätestens seit Beginn der Staatsschuldenkrise Ende 2011, Anfang 2012 Ernüchterung ein. Die wirtschaftlichen Krisenjahre haben letztendlich auch zu einer Krise der Demokratie geführt:

„Plötzlich war nicht mehr entscheidend, was die Regierungen von Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien zu tun gedachten, sondern die Entscheidungen fielen woanders. Wo aber? Zu Beginn versuchte man noch zu glauben, die Troika von EU-Rat, EZB und IWF wäre eigentlich tonangebend, denn sie ließ ihnen ausrichten, was sie zu tun hätten. Schnell aber kamen Zweifel auf, ob diese auch tatsächlich die wahren Mächtigen seien. Denn plötzlich beriefen sich auch diese bei ihren Entscheidungen auf die so genannten „Märkte“ mit ihren Hermesboten, den Ratingagenturen“ (Wall-Strasser 2012: 75).

Laut Wall-Strasser besteht eines der momentanen Hauptprobleme darin, dass niemand die Verantwortung für die Krise übernehmen will, sondern man allerorts damit beschäftigt ist, Schuldige zu suchen. Sündenböcke sind auch schnell gefunden, seien es nun Griechenland, der ausufernde Sozialstaat oder das „über die Verhältnisse Leben“. Freilich sind diese Antworten der Krisenerklärung nicht wirklich haltbar geschweige denn zutreffend. Laut Wall-Strasser ist eine mögliche Erklärung darin zu suchen, dass bedingt durch das Konzept der De-Regulierung, welches die Realpolitik während der letzten 30 Jahre verfolgte, die Vorgänge in der Wirtschaft außer Kontrolle der Politik geraten sind. Dieses außer Kontrolle geraten scheint aber wenig verwunderlich, da ja das Programm der neoliberalen Denker von Anfang an davon geprägt war, die Wirtschaft außer Kontrolle der Politik und damit außer

Kontrolle der Gemeinschaft zu bringen. Dies resultiert letztendlich darin, dass nun „Märkte“ walten, welche zwar durch viele Akteure anonym beeinflusst werden, allerdings nicht mehr greifbar, geschweige denn kontrollierbar sind. Laut Wall-Strasser führt die Unfähigkeit der etablierten Politik, auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Ereignisse angemessen zu reagieren dazu, dass vermehrt nationalistische Auflösungserscheinungen der Europäischen Union aufkommen werden und es scheint derzeit auch eher wahrscheinlich, dass sich diese gegen fundamentaldemokratische Erneuerungsbestrebungen durchsetzen könnten. Auf Grund der angesprochenen Unfähigkeit der etablierten Politik scheint es auch naheliegend, dass rechte und rechtsextreme Parteien Zulauf bekommen und in weiterer Folge den Ton in den Regierungen angeben könnten (vgl. Wall-Strasser 2012: 75f).

2.6.2. Reaktionen der Zivilbevölkerung:

Weltweit kam es in den vergangenen Monaten und Jahren, seit Beginn der globalen Wirtschaftskrise(n) zu Unmutsäußerungen von breiten Teilen der Zivilbevölkerung. Mit der weltweiten Schuldenkrise geht auch in weiten Teilen eine Krise der politischen Institutionen einher. Loretta Napoleoni weist in ihrem Werk: „Der Flächenbrand der Empörung“ darauf hin, dass dieser Flächenbrand bereits die arabischen Diktaturen erfasst hat und auch vor den kränkelnden Demokratien in Europa nicht Halt machen wird, wenn ihm kein Einhalt geboten wird (vgl. Napoleoni 2012: 19).

„Während im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends die Wirtschaft immer mehr in die Fänge des Finanzkapitalismus gerät, schafft der Funke den Sprung über den Atlantik. Periodisch wiederkehrende Krisen lassen das Feuer immer wieder aufflackern. Da ist zum Beispiel der immense Anstieg der Lebensmittelpreise seit 2007. Oder die von der Politik offen betriebene Diskriminierung und Kriminalisierung der Einwanderung. Gegen Ende 2010 wälzt das Feuer sich auf das Mittelmeergebiet zu und setzt alle Anrainerstaaten in Brand“ (Napoleoni 2012: 20).

Im Zusammenhang mit der von Napoleoni angesprochenen Diskriminierung und Kriminalisierung der Einwanderung gilt es meines Erachtens auch die Millionen Arbeitslosen und in prekären Verhältnissen, Beschäftigte zu berücksichtigen, die unser Wirtschaftssystem hervor gebracht hat und nach wie vor hervor bringt (vgl.

Napoleoni 2012: 140). Meines Erachtens handelt es sich hier, ohne Zweifel, um einen, von den politischen Institutionen und wirtschaftlichen Konzernen, beabsichtigten Mechanismus, MigrantInnen mit illegalen und unsicheren Aufenthaltstiteln zu versehen, um sie als sogenannte „wirtschaftliche Reservearmee“ in der Hinterhand zu halten, die bei Bedarf jederzeit vom jeweiligen Arbeitsmarkt rekrutiert werden kann. Wobei die MigrantInnen auf Grund des existentiellen Drucks beinahe jede Arbeit zu beinahe jeder Bedingung annehmen. Wobei hier das von Kopeinig/Petritsch vorgestellte Konzept der „working Poor“ (Kapitel 2.4.2.) zu tragen kommt. Das Ende der Vollbeschäftigung bedeutet aber auch für die europäischen Wohlfahrtsstaaten die Gefahr einer Drittelgesellschaft: Ein Drittel normale Beschäftigte, ein Drittel Unterbeschäftigte und schließlich ein letztes Drittel Arbeitslose. Besonders stark davon betroffen ist vor allem in den letzten Jahren, augenscheinlich die Jugendarbeitslosigkeit, die in sämtlichen EU-ropäischen Ländern noch um einige Prozentpunkte über der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit liegt (vgl. Kopeinig/Petritsch 2010: 170f). Wobei hier die PolitikerInnen in Brüssel genauso rat- und planlos wirken, wie die PolitikerInnen in den nationalen Parlamenten.

2.6.3. Politische Antworten in Spanien:

Vor allem in Bezug auf Spanien wäre anzumerken, dass gerade die so genannten Ausländer einen maßgeblichen Beitrag zum „spanischen Wirtschaftswunder“ zwischen 1994 und 2007 geleistet haben und es ohne sie gar nicht denkbar gewesen wäre. Die wenigsten kamen mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche, sondern sie suchten sich Arbeit als sie schon im Land waren. Solange es um die spanische Wirtschaft gut bestellt war, waren die Ausländer auch herzlich willkommen, egal ob sie reguläre Aufenthaltstitel besaßen oder nicht. Wer es erst einmal ins Land geschafft hatte konnte sich dem eigenen Wohlergehen zuwenden, ohne von den Behörden belästigt zu werden. Es gab sogar immer wieder Legalisierungsverfahren, um illegal beschäftigten Ausländern Papiere zu verschaffen, die letzte Legalisierungswelle fand 2005 statt, als 600 000 MigrantInnen mit legalen Aufenthalts- und Arbeitstiteln versehen wurden. Auch Unternehmen, die MigrantInnen ohne Papiere, so genannte „sin papeles“ beschäftigt hatten, mussten so gut wie gar nicht mit Konsequenzen rechnen, da der spanische Staat beide Augen zudrückte. Auf der anderen Seite war es den Zugewanderten erlaubt, sich bei den

Gemeindeverwaltungen ihrer Heimatorte anzumelden, selbst MigrantInnen, die sich ohne legalen Aufenthaltstitel im Land aufhielten. Mit dieser Anmeldung war das Recht auf eine kostenlose medizinische Behandlung im staatlichen Gesundheitssystem verbunden. Einhergehend mit dem Niedergang des spanischen Wirtschaftswunders kippte aber nach und nach die Stimmung, wobei ausgehend von der politischen Rechten vor allem die massenhafte Ankunft von so genannten „BootsmigrantInnen“ genutzt wurde um Stimmung gegen Ausländer zu machen, was sich letztlich auch auf den Umgang des spanischen Staates mit MigrantInnen auswirkte. Nach und nach wurde der Umgang des spanischen Staates mit den Zugewanderten unfreundlicher. So wurde beispielsweise im Jahr 2009 die sogenannte Abschiebehaft verschärft, die Familienzusammenführung wurde erschwert, die Anwerbung von Arbeitern im Ausland wurde massiv reduziert und auch der Weg übers Meer wurde versperrt. Waren es im Jahr 2006 noch über 32 000 „BootsmigrantInnen“, die auf den kanarischen Inseln an Land gingen, so waren es im Jahr 2009 gerade einmal 2200. Grund dafür dürfte vor allem die schärfere Abschiebepolitik Spaniens sein. Außerdem setzte die spanische Regierung unter Zapatero ihre diplomatischen Apparate in Bewegung, eröffnete neue Botschaften in Afrika, versprach und gewährte Entwicklungshilfe und konnte so die ersehnten Rücknahmeabkommen mit den afrikanischen Staaten unterzeichnen. Darüber hinaus wurden auch finanzielle Anreize für MigrantInnen, die sich seit Jahren legal im Land aufgehalten hatten, gesetzt, um in ihre Heimatländer zurück zu kehren (vgl. Dahms 2011: 164ff). Dieser Umgang mit MigrantInnen geht durchaus auch einher mit der verschreckten Migrationspolitik der Europäischen Union und hat sich wohl auch schon auf zahlreiche Mitgliedsstaaten ausgeweitet, wobei die Bezeichnung der „Festung Europa“ einmal mehr deutlicher wird denn je.

2.7. Vorläufiges Fazit & Ausblick:

Bevor ich nun näher auf die weitere Vorgehensweise im dritten, empirischen Teil der Arbeit eingehen möchte, gilt es nochmals die wichtigsten Punkte des theoretischen Teils in einem vorläufigen Fazit festzuhalten.

Nachdem in den sogenannten „neuen Migrationstheorien“ soziologische und politikwissenschaftliche Erklärungsmodelle in den Vordergrund getreten sind, gilt es meines Erachtens nach auf Grund der weltwirtschaftlichen Entwicklung auch wieder vermehrt wirtschaftliche Aspekte in den Blick zu nehmen, da mit großer Wahrscheinlichkeit Migration und Remigration eine wesentliche Rolle spielen im Umgang mit der aktuellen Weltwirtschaftskrise und den sich ändernden Rahmenbedingungen. Damit wäre auch schon der nächste Punkt angeschnitten, der mir als wesentliche Erkenntnis des theoretischen Teils dieser Arbeit erscheint, der da wäre, die Krise als Chance wahrzunehmen und das daraus resultierende Veränderungspotential zu erkennen. Sowohl von wirtschaftlicher und politischer Seite, als auch von individueller Seite im Blick auf eine offenerere und tolerantere Gesellschaft können hier auch neue Möglichkeiten der Ausgestaltung in sämtlichen Bereichen ausgemacht werden. Wie bereits erwähnt gilt es hier Fragen nachzugehen die darauf abzielen, Marktlogik und Moralprinzip unter einen Nenner zu bringen um letztendlich darauf abzielen, verantwortungsvolles und legitimes Wirtschaften nicht nur auf regionaler sondern auch auf globaler Ebene zu etablieren. Die erwähnte „Europäische Chance“ zielt darauf ab Visionslosigkeit zu überwinden und den Weg zu einem gemeinsamen Europa zu finden worauf es schlussendlich darauf ankommen wird nationalistischen Tendenzen entgegenzusteuern und schlussendlich die zwischenstaatliche Solidarität wieder hochleben zu lassen. Ein persönliches Anliegen wäre es, auch wenn die Krise als Anlass genommen wird, verstärkt auf staatliche Schutzmaßnahmen und migrationspolitische Steuerungsinstrumente zu setzen, darauf hinzuweisen, dass dies bestimmt nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann und es vielmehr darum gehen sollte den Beitrag zu erkennen, den MigrantInnen in sämtlichen Staaten Europas leisten, von denen in vielen Fällen nicht nur die aufnehmenden Staaten sondern auch die Entsendestaaten profitieren. Aus migrationspolitischer Perspektive ergeben sich Chancen dadurch, vorausschauende politische Handlungsoptionen zu entwickeln und nicht durch kurzfristige, protektionistische Maßnahmen die ohnehin schwierige und teilweise angespannte

sozioökonomische Lage von MigrantInnen und ihren Familien zusätzlich zu erschweren. Um hier noch eine Phrase zu dreschen: Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken!

Im Blick auf eine differenzierte Betrachtungsweise gilt es nochmals hervorzuheben, dass sich genderbedingt unterschiedliche Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise, vor allem auch in Bezug auf Rücküberweisungen, ergeben können. Diese Auswirkungen sind natürlich auch eng mit den sektor- und typenspezifischen veränderten Rahmenbedingungen verbunden, da im Gegensatz zum krisenbedingten Arbeitsplatzabbau im Baubereich, ein Verlust von Arbeitsplätzen im Bereich Gesundheit und Pflege eher unwahrscheinlich ist. Zudem gilt es das Phänomen der „working poor“ sowie ein mögliches Ende der Vollbeschäftigung hervorzuheben, um nochmals auf Migration und Remigration als gängige Antikrisenmaßnahme zu verweisen.

Es gilt zudem auch darauf Bezug zu nehmen, dass es unumgänglich erscheint wirtschaftliche Steuerungsinstrumente im Sinne der „Lebensfreundlichkeit“ zu etablieren und die Wirtschaft wieder unter die Kontrolle der Gemeinschaft zu bringen.

Im dritten empirischen Teil der Arbeit wird es nun darum gehen näher auf das Länderfallbeispiel Spanien einzugehen. Zunächst möchte ich anhand demographischer Daten und an passenden Stellen mit historischen Rückblicken eine Spezifizierung des Themas vornehmen, um dann spezifische Push- und Pullfaktoren herauszuarbeiten, die in Bezug auf Spanien zum Tragen kommen. Des Weiteren gilt es Antikrisenmaßnahmen der spanischen Regierung näher unter die Lupe, sowie Bewältigungsstrategien in den Blick zu nehmen und konkrete Lösungsansätze zu diskutieren. Darüber hinaus möchte ich mich mit Fragen zu sozialer Stabilität beschäftigen, vor allem hinsichtlich öffentlicher und privater Integrationsstrategien sowie aufkommender sozialer Spannungen und zunehmender rassistischer Tendenzen im Zuge der Weltwirtschaftskrise, um abschließend einen Blick zu werfen, auf zukünftige Entwicklungen und zukunftsorientierte Ansätze hinsichtlich wirtschaftlicher, politischer sowie gesellschaftlicher Gestaltung.

3. Empirischer Teil:

Im abschließenden, dritten Teil der Diplomarbeit wird es nun darum gehen, die vorangegangenen Ausführungen zum theoretischen Teil, anhand des Länderfallbeispiels Spanien, auf deren empirischen Bestand zu prüfen und mit Hilfe dieses Exempels auch zu konkretisieren. Abschließend soll wie schon erwähnt darum gehen weiterführende Hypothesen zu formulieren.

3.1. Hinführung zum Länderfallbeispiel Spanien:

Zunächst wird es darum gehen, einführend, mittels statistischer Zahlen und Daten und selbstverständlich unter Berücksichtigung für das Thema relevanter Faktoren, einen groben Überblick über Land und Leute zu geben. Es soll aber auch darum gehen, einen historischen Überblick über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu geben, um so auch übergreifende Zusammenhänge besser erkennen zu können. In weiterer Folge wird es darum gehen näher auf den demographischen Wandel einzugehen, der sich während der letzten Jahre und Jahrzehnte vollzogen hat.

3.1.1. Statistische Zahlen und demographische Daten zu Spanien:

Spanien ist mit knapp 46 Millionen EinwohnerInnen immerhin auf Rang fünf der Bevölkerungsreichsten Staaten der EU-27-Staaten (vgl. Eurostat 2011). Allerdings hat sich das Bevölkerungswachstum im Vergleich zu den Jahren vor der Krise doch deutlich verlangsamt und ist seit 2011 sogar leicht rückläufig. Betrug das Bevölkerungswachstum in den Jahren von 2003 bis 2008, laut Erhebungen des IMF, jährlich zwischen 0,6 und 0,8 Millionen EinwohnerInnen, so bremste diese Entwicklung eigentlich mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise rapide ab und im Jahr 2013 gab es sogar ein negatives Wachstum von etwa 0,06 Millionen EinwohnerInnen, von 46,16 Millionen im Jahr 2012, auf 46,10 Millionen im Jahr 2013 (vgl. IMF zitiert in Statista 2013).

Nun möchte ich auf den Anteil von MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung eingehen. Laut „Eurostat“ betrug der Anteil von MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung Spaniens etwa 12,3%, also ca. 5,6 Millionen Menschen, wobei etwa 5,0%, also ca. 2,3 Millionen Menschen, Staatsangehörige anderer EU-Staaten sind und etwa 7,2%, also ca. 3,3 Millionen Menschen, Drittstaatsangehörige. In

absoluten Zahlen lebten in Spanien am 1. Jänner des Jahres 2011, mit etwa 5,6 Millionen Menschen, nach Deutschland mit ca. 7,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund die zweitmeisten, noch vor Italien und England mit ca. 4,5 Millionen. Unter den genannten Staaten hat allerdings Spanien die mit Abstand wenigsten EinwohnerInnen, was also bedeutet, dass Spanien unter den „großen EU-Staaten“ den größten Anteil an „Nichtstaatsangehörige“ aufweist. Wobei laut Eurostat grundsätzlich festgehalten werden kann, dass die Zusammensetzung der in der EU lebenden ausländischen Bevölkerung nach ihrer Staatsangehörigkeit in den einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich ist und durch Faktoren wie Arbeitsmigration, historische Beziehungen zwischen Herkunfts- und Zielländern sowie entstehende und sich verfestigende Netzwerke in den Zielländern beeinflusst wird (vgl. Eurostat 2012). Zu einem späteren Zeitpunkt werde ich näher auf, für Spanien spezifische Push- und Pullfaktoren eingehen, die für Migration wesentlich erscheinen. Nach Herkunftsregionen aufgeschlüsselt lassen sich im Grunde drei größere Gruppen in Bezug auf Spanien ausmachen, wobei sich die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in Spanien während der letzten zwei Jahrzehnte erheblich verändert hat. Mittlerweile stellen wieder Europäer die größte Gruppe dar, vor allem durch Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa, allen voran Rumänien. Zwischenzeitlich hatten auch Lateinamerikaner die führende Position eingenommen. Eine weitere bedeutsame Einwanderungsgruppe stellen Afrikaner dar, wobei über zwei Drittel aller nach Spanien eingewanderter Afrikaner aus Marokko kommen. Beim größten Teil der MigrantInnen, die nach Spanien kommen handelt es sich um Menschen die der Armut im eignen Land entfliehen, mit der Hoffnung auf ein besseres Leben, sofern sie Arbeit finden, überwiegend in den Bereichen unqualifizierter Arbeit, in der Industrie, im Bausektor und vor allem in der Landwirtschaft. Darüber, wie viele Menschen als illegal beschäftigte in der häuslichen Arbeit sowie der Pflegearbeit beschäftigt sind, kann nur spekuliert werden. Bei den MigrantInnen aus Mittel- und Nordeuropa lassen sich im Grunde zwei Gruppen ausmachen, zum einen UnternehmerInnen, qualifizierte Angestellte und Führungskräfte internationaler Unternehmen, die andere Gruppe bilden PensionistInnen, die ihren Altersruhestand in angenehmen, mediterranen Klima verbringen wollen. Auch wenn diese beiden Gruppen die Minderheit der MigrantInnen in Spanien ausmachen, wäre doch noch zu erwähnen, dass Spanien gerade bei der so genannten internationalen Ruhesitzwanderung oder „freizeitorientierten

Altersmigration“ im europäischen Vergleich das Land mit dem höchsten Anteil ist (vgl. Kreienbrink 2008: 4f).

3.1.2. Demographischer Wandel:

In Spanien hat sich in den letzten Jahren der bedeutsamste Wandel der spanischen (Migrations-) Geschichte vollzogen. Die Anzahl der MigrantInnen hat sich alleine im letzten Jahrzehnt versiebenfacht(!). Spanien wurde in den letzten 20 Jahren von einem traditionellen Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland. Spanien war seit jeher ein Auswanderungsland, wobei die Migrationsströme traditionell nach Lateinamerika gerichtet waren und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihren absoluten Höhepunkt erreicht haben. Mitte der 1980er Jahre begann schließlich die Zahl der Einwanderungen langsam zu steigen, Mitte der 1990er Jahre überstieg schließlich die Zahl der Einwanderungen, jene der Auswanderungen (vgl. Kreienbrink 2008: 1f). Dieser demographische Wandel ist eng verbunden mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen Jahre, gepaart mit einer, zumindest bis zum Ausbruch der Krise, nachgiebigen Einwanderungsgesetzgebung. Im Jahr 2010 beispielsweise bildeten ausländische Arbeitskräfte 15,8% der erwerbsfähigen Bevölkerung, wobei alleine der Anteil an Ausländern, der zwischen 2005 und Mitte 2010 gestiegenen, erwerbsfähigen, Bevölkerung 60% beträgt (vgl. Lincke 2010).

„Die Ursachen für den Wandel Spaniens von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland sind vielfältig und liegen sowohl in Spanien selbst als auch in sozioökonomischen und politischen Entwicklungen außerhalb begründet (Kreienbrink 2008: 2).“

Die politisch-rechtliche Entwicklung der spanischen Migrationspolitik ist geprägt durch die über die Jahre und Jahrzehnte heranreifende Erkenntnis, von einem traditionellen Auswanderungs- zu einem beliebten Einwanderungsland geworden zu sein. Mit den bestehenden Verhältnissen änderten sich immer wieder auch die politischen und rechtlichen Regelungen, wobei im Vordergrund stets Kontrollaspekte standen. Fragen der Integration und Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft wurden erst nach und nach auf die Agenda gesetzt. Nach einer ersten Phase der Wahrnehmung, formulierte die Regierung im Jahr 1990, Leitlinien für die Einwanderungspolitik. Es folgte eine Phase der Differenzierung, Konkretisierung und Konsolidierung, wobei Regelungen erlassen wurden, die darauf abzielten sämtliche

Bereiche der Migrationspolitik umfassend abzudecken, wie beispielsweise Einreise- und Visapolitik, Grenzsicherung, dauerhafte Arbeitsgenehmigungen, Quotenregelungen, Asyl- und Integrationspolitik sowie Regelungen zur Familienzusammenführung. Im Jahr 2000 wurde schließlich ein neues „Gesetz über die Rechte und Freiheiten der Ausländer und ihre soziale Integration“ verabschiedet (vgl. Kreienbrink 2008: 3).

„Es handelte sich um ein modernes, flexibles Gesetz, das seinen Schwerpunkt auf Bestimmungen legte, die unter Beibehaltung aller Kontrollen eine legale Einwanderung und die soziale Integration ermöglichen sollten. Die Anerkennung von Einwanderung als strukturelle Konstante bedeutete die Ankunft in der „Normalität“ eines echten Einwanderungslandes. Von einem vernachlässigten Aspekt war Einwanderung zu einer politischen Schlüsselfrage geworden. Damit geriet das Thema aber auch in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung und diente zunehmend in populistischer Manier der politischen Mobilisierung (Kreienbrink 2008: 3).

Unter der konservativen Regierung der spanischen Volkspartei, „Partido Popular“ kam es zu einer erheblichen Verschärfung des Gesetzes, so wurden verschiedene Rechte beschnitten, die auch MigrantInnen genossen, welche sich irregulär im Land befanden. Nach einem neuerlichen politischen Machtwechsel im Jahr 2004, setzte wieder eine Phase der Entschärfung und Stabilisierung ein, in der wieder die Frage nach Integration der migrantischen Bevölkerung an Bedeutung zunahm und die Frage nach Sicherheit und Kontrolle etwas in den Hintergrund trat. Dieser Paradigmenwechsel wurde auch ersichtlich durch die Verlagerung der Zuständigkeit vom Innenministerium zum Arbeits- und Sozialministerium, ein Integrationsfonds wurde von der Zentralregierung ins Leben gerufen und später auch in den „Strategischen Plan für Bürgerschaft und Integration“ übernommen wurde (Plan Estratégico de Ciudadanía e Integración 2007-2010). Dieser Plan wurde in umfangreichen Konsultations- und Abstimmungsprozessen mit den beteiligten, gesellschaftlichen Akteuren erarbeitet, umfasst ca. 2 Milliarden Euro und soll als Grundlage die Maßnahmen zu Integration und Aufnahme von MigrantInnen koordinieren (vgl. Kreienbrink 2008: 2ff).

3.1.3. Steigende Arbeitslosenquoten:

Zu den größten Hemmnissen einer gelungenen Integration gehört unumgänglich die vorhandene bzw. steigende Arbeitslosigkeit. Vor allem im regionalen Vergleich der EU-27-Regionen wird deutlich, dass sämtliche Regionen Spaniens, an der Spitze, dieses Rankings, liegen. Auf Platz eins liegt die Region Ceuta mit 38,5%, gefolgt von Andalucía mit 34,6% sowie Extremadura und Canarias mit jeweils 33%. Erst auf Rang fünf folgt mit Dyitiki aus Mazedonien und einer Arbeitslosenquote von 29,9% eine Region außerhalb Spaniens. Auch bei der Frauen- und Männererwerbslosenquote liegen mit Ceuta (49,4%) und Andalucía (33,6%) spanische Regionen an der Spitze. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zwar in Dyitiki, Mazedonien, mit 72,5% am Höchsten, auf Rang zwei und drei folgen allerdings mit Ceuta (70,6%) und Canarias (62,6%) schon wieder spanische Regionen. Die erwähnten spanischen Regionen gehören somit auch zu den ca. 75% aller EU-27-Regionen, bei denen die Jugenderwerbslosenquote ca. das Doppelte der Gesamterwerbslosenquote ausmacht. Die Erwerbslosenquote für ganz Spanien ist zudem von 21,6% im Jahr 2011 auf 25,0% im Jahr 2012 angestiegen. Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Spanien mit 53,2% knapp hinter Griechenland mit 55,3% auf dem zweiten Platz im EU-27-Vergleich. Die Annahme, dass die gestiegene Erwerbslosenquote in Spanien, zu einem großen Teil auf die Wirtschafts- und Finanzkrisen der jüngeren Vergangenheit zurückzuführen ist, wird durch den Umstand untermauert, dass Spanien bei der Langzeiterwerbslosenquote mit 44,5%, Langzeitarbeitslosen unter den Gesamtarbeitslosen, im europäischen Mittelfeld, hinter Deutschland, aufgelistet ist (Eurostat 2013: 1ff).

Die Arbeitslosigkeit bei MigrantInnen ist ähnlich dem OECD-Durchschnitt 1,5 mal höher, als die der im Inland geborenen Bevölkerung, so lag die Arbeitslosigkeit bei MigrantInnen in Spanien, im Zeitraum 2009 bis 2010 bei 28%, wobei davon auszugehen ist, dass in den vergangenen Jahren ein weiterer Anstieg auf weit über 30% erfolgt ist. In Spanien scheint zudem laut OECD die Inzidenz der Arbeitslosigkeit bei zugewanderten Männern höher zu sein, als bei zugewanderten Frauen. In diesem Zusammenhang bedeutet das eine höhere Wahrscheinlichkeit bei zugewanderten Männern von Arbeitslosigkeit, entweder aktuell oder zukünftig, betroffen zu sein. Die Arbeitslosigkeit liegt sowohl bei einheimischen als auch bei zugewanderten Jugendlichen, mit etwa 50%, signifikant über dem nationalen

Durchschnitt. Tendenziell ist die Arbeitslosigkeit in sämtlichen erwähnten Bereichen bei Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau höher als bei Menschen mit höherem Bildungsniveau. Laut OECD lassen sich in Spanien seit Beginn der Krise bei der Arbeitslosigkeit zweistellige Zuwächse verzeichnen, wobei die Arbeitslosenquote der MigrantInnen stärker gestiegen ist, als bei Menschen ohne Migrationshintergrund(OECD 2012: 100ff).

Der Umstand, dass die Inzidenz der Arbeitslosigkeit bei zugewanderten Männern größer ist, lässt sich auch darauf zurückführen, dass die Häufigkeit befristeter Beschäftigung unter zugewanderten Männern höher ist, als bei zugewanderten Frauen. 2010 waren fast 40% aller beschäftigter MigrantInnen in befristeten Arbeitsverhältnissen, vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise war diese Quote, im Jahr 2004, mit 47,6% sogar noch weitaus höher (OECD 2012: 114ff).

Ein weiterer Aspekt bezieht sich auf den Umstand, dass Menschen mit Migrationshintergrund eher eine geringqualifizierte Beschäftigung annehmen, als im Inland geborene. In sämtlichen OECD-Ländern sind MigrantInnen in der geringqualifizierten Beschäftigung überrepräsentiert. Vor allem in den südeuropäischen Ländern Spanien, Italien und Griechenland, wo viele Zuwanderer in jüngerer Vergangenheit als ArbeitsmigrantInnen einreisten und Beschäftigungsverhältnisse mit geringer Kompetenzerfordernis antraten, ist die Häufigkeit der Überqualifizierung bei MigrantInnen besonders hoch und der Unterschied zur einheimischen Bevölkerung besonders groß, im OECD Vergleich ist Spanien in Bezug auf den Unterschied zwischen einheimischer und zugewandelter Bevölkerung sogar führend. Erwähnt sollte auch noch werden, dass in Bezug auf Überqualifizierung die zeitliche Komponente eine wesentliche Rolle spielt, so nimmt Überqualifizierung mit Dauer des Aufenthalts, dem Erlernen der Sprache, Kultur und der nationalen Gegebenheiten, tendenziell ab. In Spanien sind beispielsweise zwei Drittel der beschäftigten „Neuankömmlinge“ in Bereichen tätig, für die sie formal überqualifiziert sind (OECD 2012: 120ff).

3.2. Migrationsprofil und institutionelle Strukturen:

Im nachfolgenden Kapitel wird es darum gehen, das Konzept der Push- und Pullfaktoren näher zu beleuchten. Push- und Pullfaktoren wirken ähnlich wie ein Katalysator und können Entscheidungen zur Migration beeinflussen und beschleunigen. Bei diesem Konzept handelt es sich um den Versuch Ursachen für Migration sowohl im Herkunfts- als auch im Zielland der MigrantInnen zu erforschen. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass sich die Diskussion pro oder contra Migration an rationalen und ökonomischen Gesichtspunkten orientiert, wobei auch soziale und politische Faktoren ausschlaggebend sein können. Wobei man in Bezug auf die Herkunftsländer von Pushfaktoren spricht, die Menschen also gewissermaßen aus einem Land „rausgedrückt“ werden, in Bezug auf Zielländer spricht man von Pullfaktoren, die Menschen also gewissermaßen angezogen werden. In Spanien lässt sich gegenwärtig das Phänomen beobachten, dass weitere MigrantInnen ins Land strömen auf Grund spezifischer Pullfaktoren, auf der anderen Seite verlassen aber viele SpanierInnen, vornehmlich Jugendliche auf Grund schlechter Jobaussichten und Zukunftsperspektiven, selbst das Land. Im Jahr 2010 stehen ca. 465 000 Ein-, knapp 400 000 AuswanderInnen gegenüber (vgl. Eurostat 2012). Spezifische Pullfaktoren, die in Bezug auf „Neuankömmlinge“ zum Tragen kommen, wären etwa der mittlerweile zurückgehende bzw. zurückgegangene Bedarf an (illegalen) ArbeitsmigrantInnen, flexible Einwanderungsgesetze, mit relativ guten Erfolgsaussichten auch Anerkennung zu finden, ein relativ guter Zugang zu gewissen Grundrechten auch für illegale MigrantInnen, wie etwa Zugänge zu Bildungs- und Gesundheitssystem, sowie die geographische Lage. Auch wenn es in erster Linie darum gehen wird, für Spanien spezifische Push- und Pullfaktoren herauszuarbeiten und in den Blick zu nehmen, möchte ich hier kurz erwähnen, was mögliche Pushfaktoren sein können, um MigrantInnen dazu zu bewegen, aus ihren Herkunftsländern abzuwandern. Mögliche Pushfaktoren wären etwa wirtschaftliche Verhältnisse (Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung, geringe Aufstiegschancen), Verfolgung auf Grund ethnischer, religiöser Zugehörigkeit, Kriegszustände, korrupte staatliche oder ungenügende Strukturen.

3.2.1. Spaniens Bedarf an (illegalen) ArbeitsmigrantInnen:

„Die Ursachen für den Wandel Spaniens von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland sind vielfältig und liegen sowohl in Spanien selbst als auch in sozioökonomischen und politischen Entwicklungen außerhalb begründet. Spanien bot mit seiner Mitgliedschaft in der EG/EU und einem relativ kontinuierlichen Wirtschaftswachstum ein attraktives Ziel. Der spanische Arbeitsmarkt hatte Bedarf an Arbeitskräften, zum einen, weil mit der Steigerung des Lebensstandards für gewisse Arbeiten (zum Beispiel in der Landwirtschaft) keine spanischen Arbeitskräfte mehr zu gewinnen waren, zum anderen, weil durch das Nachlassen der Stadt- Land-Wanderung kein Nachschub an ungelernten Kräften in den Städten (zum Beispiel bei Hausangestellten) vorhanden war. Die Ausdehnung der informellen Wirtschaft schuf weitere Arbeitsmöglichkeiten für Einwanderer“ (Kreienbrink 2008: 2).

Zudem hatte Spanien bis Mitte der 1980er Jahre kaum definierte Grenz- und Einwanderungspolitiken (vgl. Kreienbrinck 2008: 2). Das spanische Wirtschaftswunder seit Mitte der 1990er Jahre bis zum Ausbruch der gegenwärtigen Krise(n) ist also auch eng verbunden mit dem beschriebenen demographischen Wandel der sich in Spanien in den vergangenen 20 Jahren vollzogen hat und wäre wohl ohne die Millionen MigrantInnen, die seit Mitte der 1980er Jahre nach Spanien einwanderten, auch in dieser Form gar nicht möglich gewesen.

„Das kontinuierliche Wirtschaftswachstum führte zu einem steigenden Bedarf an ausländischen Arbeitskräften, v.a. in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Hotel- und Gastronomiewesen und im häuslichen Bereich. Dieser Umstand, aber auch die lange Zeit noch vergleichsweise liberalen spanischen Einreisebestimmungen, die besonderen Beziehungen des Landes zu den ehemaligen Kolonien und seine geographische Lage als südliche Außengrenze der Europäischen Union machten es zu einem attraktiven Zielland für Lateinamerikaner und Nord-Afrikaner. Innerhalb kürzester Zeit erreichte Spanien die höchste jährliche Einwanderungsrate innerhalb der EU. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stiegen zudem die Zahlen der Einwanderer aus Osteuropa, hauptsächlich aus Rumänien und der Ukraine und in den letzten Jahren der Flüchtlinge aus den Ländern südlich der Sahara“ (Kleiner-Liebau 2008: 13).

Während dieser Zeit wurde von Seiten der Politik immer wieder betont, wie wichtig es wäre, Einwanderung nach Spanien zuzulassen, ja geradezu zu forcieren. Es wurde auch immer wieder betont, welchen Beitrag die MigrantInnen hinsichtlich des wirtschaftlichen Aufstiegs und des demographischen Wandels leisteten.

Wie schon angesprochen besteht im aktuellen politischen Diskurs in Spanien eine enge Verknüpfung zwischen den beiden Themenbereichen Migration und Entwicklung. Manche bilaterale Abkommen sind nicht mehr eindeutig der Entwicklungspolitik oder der Migrationspolitik zuzuordnen. Es gilt auch das Konzept des „Codesarrollo“ zu erwähnen, gewissermaßen die Schnittstelle zwischen beiden Politikfeldern. Die spanische Regierung dürfte zudem auch erkannt haben, dass das Konzept des „Codesarrollo“ geeignet ist, sowohl migrationspolitischen Interessen zu verfolgen, als auch internationale entwicklungspolitische Anforderungen gerecht zu werden. Aufgrund der stagnierenden Wirtschaft und geringen und teilweise rückläufigen Wachstumszahlen, scheint der Enthusiasmus der letzten Jahre einen deutlichen Dämpfer erhalten zu haben und es zeichnet sich seit Beginn der Krise ein Wandel der Migrationspolitik hin zu restriktiven Maßnahmen ab (vgl. Kleiner-Liebau 2008: 19f). Bevor ich auf die restriktiven Maßnahmen der spanischen Regierung in Bezug auf Migration näher eingehen werde, möchte ich im nachfolgenden Abschnitt die flexible Einwanderungsgesetzgebung in den Blick nehmen, die Einwanderung zunächst begünstigt hat und ihr auch sehr positiv gegenüberstanden ist, mit guten Möglichkeiten für MigrantInnen Anschluss zu finden und sich schließlich auch zu integrieren.

3.2.2. Flexible Einwanderungsgesetzgebung

„Die Entwicklung der spanischen Migrationspolitik ist gekennzeichnet von der langsam heranreifenden Erkenntnis, ein Einwanderungsland zu werden bzw. zu sein. Entsprechend wurden die Regelungen immer wieder an die bestehenden Verhältnisse angepasst. Im Vordergrund standen stets Kontrollaspekte, während neuen Herausforderungen wie den Fragen der Integration erst allmählich mehr Raum gegeben wurde“ (Kreienbrink 2008:3).

Bis Mitte der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre gab es in Spanien ein sehr restriktives und polizeiorientiertes Ausländergesetz. Das Gesetz entstand allerdings zu einer Zeit, als es in Spanien noch keine nennenswerte Einwanderung gab. Darüber hinaus

spielten Fragen der Migration in den parlamentarischen Debatten kaum eine Rolle. Erst als sich allmählich herauskristallisierte, dass die gesetzlichen Regelungen erhebliche Anwendungsprobleme mit sich brachten, wurde allseits, also sowohl von Seiten der Politik, als auch von Seiten der Gesellschaft, in Form von NGO's begonnen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Phase Mitte der 1990er Jahre war geprägt von der zunehmenden Konstitution einer europäischen Migrationspolitik, wobei besonders die Verpflichtungen zum Tragen kamen, die sich aus dem Beitritt Spaniens zum Schengen-Vertrag 1991 ergaben. Im Jahr 2000 trat schließlich das neue „Gesetz über Rechte und Freiheiten der Ausländer und ihre soziale Integration“ (Ley Orgánica 4/2000), in Kraft. Migration war spätestens jetzt zu einer politischen Schlüsselfrage geworden und das Thema geriet immer mehr in den Mittelpunkt der politischen sowie gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Nachdem die spanische Volkspartei (Partido Popular, kurz PP) bei den Wahlen im Jahr 2000 die absolute Mehrheit erreicht hatte, verschärfte die konservative Regierung wenige Monate später das Gesetz. So wurde beispielsweise der Genuss verschiedener Rechte, die zunächst auch Menschen zugestanden worden waren, die sich irregulär im Land aufgehalten hatten, wieder an den legalen Aufenthalt gebunden. Es kam im Zuge der restriktiven Migrationspolitik der PP zu Verschärfungen bei Ausweisungen und Internierungen sowie zu strengeren Auflagen bei der Familienzusammenführung. Mit dem Regierungswechsel nach den Wahlen im März 2004, setzte schließlich eine neue Phase der rechtlichen Stabilität ein, wobei die Frage nach Integration der ausländischen Bevölkerung deutlich die Frage nach Sicherheit und Kontrolle überlagerte. Es wurde versucht eine liberalere und konsensorientierte Herangehensweise zu etablieren. Es fand beispielsweise Anfang 2005 eine große Regularisierungsaktion statt, für Menschen die sich irregulär im Land aufgehalten hatten, statt. Es kam auch zur Auflage eines Integrationsfonds, auf den die autonomen Gemeinschaften und Kommunen für Maßnahmen zu Integration, zurückgreifen können (vgl. Kreienbrink 2008: 3f). Im Jahr 2007 stellte die neue Regierung schließlich einen Integrationsrahmenplan vor. Neben integrations- und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen blieb aber auch die Bekämpfung illegaler Migration ein wichtiger Punkt auf der migrationspolitischen Agenda und ein großes Anliegen der sozialistischen Regierung PSOE. Die Regierung hatte bereits während die Regularisierungsaktion noch gelaufen ist, angekündigt, verstärkt Kontrollen gegen illegale MigrantInnen durchzuführen und das Vorgehen weiter zu verschärfen.

Es wurde auch ein so genannter „Plan África“ eingerichtet, der auf verstärkte Kooperation mit den afrikanischen Herkunftsländern im Bereich der illegalen Migration setzt, im Gegenzug für die Zusammenarbeit wurde den westafrikanischen Staaten, Möglichkeiten legaler Einwanderung und entwicklungspolitische Unterstützung in Aussicht gestellt (vgl. Kleiner-Liebau 2008: 16f).

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass Eigendynamiken Verschärfungen in der Gesetzgebung sowie Restriktionen zur Kontrolle der Zuwanderung entgegenwirken. Sich bildende Migrationsnetzwerke, bestehende Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen sowie Möglichkeiten der Familienzusammenführung orientieren sich nicht immer an den Versuchen der Migrationsbegrenzungen der Regierungen und wirken diesen entgegen (vgl. Kreienbrink 2008: 2).

3.2.3. Geographische Lage:

Im nachfolgenden Kapitel soll es darum gehen, welche Bedeutung die geographische Lage Spaniens in Bezug auf Migration spielt. Spanien ist ohne Zweifel das europäische Land, welches das größte Nahverhältnis zum afrikanischen Kontinent aufweist, so befinden sich nicht nur die spanischen Enklaven „Ceuta“ und „Melilla“ direkt auf dem afrikanischen Kontinent, weitere beliebte Migrationsrouten gehen von Marokko oder dem Senegal direkt, auf die, dem afrikanischen Kontinent vorgelagerten, kanarischen Inseln. Ohne Zweifel wird es in diesem Abschnitt um die Bedeutung der illegalen Migration gehen, und in diesem Sinne soll auch auf das spanische Asylsystem eingegangen werden, sowie auf den Umgang mit Flüchtlingen. Die MigrantInnen reagieren auch immer wieder auf die zunehmende Abschottung der „Festung Europa“ und so werden immer wieder neue Migrationsrouten gefunden. Auch wenn die Wegstrecken, die über das Mittelmeer und den Atlantik zurückgelegt werden müssen immer länger werden, lassen sich die „Bootsflüchtlinge“ nicht von ihren Vorhaben abbringen. Alleine im ersten Halbjahr 2006 sind auf den kanarischen Inseln mehr als 20.000 illegale MigrantInnen gelandet, Tendenz steigend (vgl. Mattes 2006: 3).

„Die anhaltende desolante wirtschaftliche Lage und die düsteren Zukunftsperspektiven der betroffenen Haushalte in Afrika sind ein wesentlicher push-Faktor für die Migration nach Europa“ (Kohnert 2006: 4).

Auf Grund der geographischen Lage sind die südeuropäischen Länder, allen voran Spanien und Italien die häufigsten Anlaufstellen, für MigrantInnen, die versuchen die gefährlichen und beschwerlichen Seewege zu überwinden und europäischen Boden zu erreichen. Neben der geographischen Lage gibt es aber laut Mattes auch noch andere spezifische pull-Faktoren, wie beispielsweise, dass Spanien und Italien immer wieder dem illegalen Aufenthalt von MigrantInnen, die eine bestimmte Zeit im Land leben, einen legalen Status einräumen. Solche so genannten Legalisierungswellen gehen aber nicht ganz uneigennützig vonstatten, so erlangten beispielsweise in Spanien in den Jahren 2004/05 ca. 700.000 illegale MigrantInnen in Spanien eine legale Aufenthaltsgenehmigung, inklusive Niederlassungsbewilligung, da aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich dem damaligen Boom im Bausektor, Arbeitskräfte dringend benötigt wurden (vgl. Mattes 2006: 2).

Noch bevor es zu dem angesprochenen Boom im spanischen Bausektor kam, begann der Boom in der Landwirtschaft eine wesentliche Rolle in Bezug auf Wanderungsbewegungen und Migrationsdynamiken zu spielen, häufige Destination der MigrantInnen war dabei Almería, wo nach und nach flächendeckend Gewächshaus an Gewächshaus errichtet wurde. Für die spanischen Bauern bedeutete das oftmals das Ende ihrer traditionellen, im Vergleich relativ kleinen Betriebe. Neben den Lohnkosten, die hier eine wesentliche Rolle spielen, geht es vor allem auch um die Notwendigkeit einer kurzfristigen Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Zu diesem Zweck wurde eine Reihe bilateraler Abkommen geschlossen, die es in Form von zirkulärer Migration, beispielsweise ermöglichen, dass MigrantInnen aus Drittstaaten für einen vorgegebenen Zeitraum in einem bestimmten Betrieb in der EU arbeiten dürfen, um dann in ihr Heimatland zurückzukehren und nach Ablauf eines wiederum vorgegebenen Zeitraums wieder in die EU zum Arbeiten kommen dürfen (vgl. Gröner 2011: 13ff).

„Hintergrund dieses Systems ist nicht zuletzt die Migrationspolitik der EU, welche offiziell unter dem Zeichen der Abschottung und Abwehr vor allem illegaler Migration steht. Doch die Abwehrmechanismen bewirken keineswegs eine Reduktion der Migration, sondern vielmehr eine Zunahme illegalisierter Migrant(inn)en. Die Unterscheidung in den politischen Diskursen und durch die Behörden zwischen „Unionsbürger(inne)n“ und „Arbeiter(inne)n aus Drittstaaten“, welche wiederum

auseinanderdividiert werden durch die Definition legal und illegal, führt zu einer zusätzlichen Segregation des Arbeitsmarktes“ (Gröner 2011: 117).

Die politischen Diskurse innerhalb der EU kennen zwar die Notwendigkeit von Immigration aufgrund der demographischen Entwicklung an, auf der anderen Seite wird aber auch immer wieder deutlich, zu Krisenzeiten noch ein bisschen stärker, dass MigrantInnen abgesehen von ihrer Funktion als notwendige Arbeitskraft, nicht wirklich erwünscht sind. Die Segregation des Arbeitsmarktes trägt laut Gröner dazu bei, eine Nationalisierung der Konflikte voranzutreiben und zu begünstigen sowie bietet sie Nährboden für rassistische Tendenzen. Gröner erwähnt in diesem Zusammenhang den „guerra del tomate“, den so genannten Tomatenkrieg zwischen Marokko und Spanien, bei dem der Konflikt an sich in den Vordergrund tritt, während ökonomische Aspekte des Konfliktes, wie beispielsweise der Konflikt der Landwirte mit den Großhändlern und Konservenfabriken, in den Hintergrund treten (vgl. Gröner 2011: 117). Wobei noch erwähnt werden sollte, dass sich sowohl die Landwirte als auch die Großhändler und Konservenfabriken die Existenz scheinbar rechtsloser Personen zu ihrem Nutzen machen (vgl. Gröner 2011: 123).

3.2.4. Spanische Migrations- und Flüchtlingspolitik:

Seit Beginn der Krise, im Jahr 2008, arbeitet die spanische Regierung mit Hochdruck an einem neuen Asylgesetz, sowie an Verschärfungen im Ausländerrecht. Die spanische Regierung beruft sich dabei darauf, dass sich das Recht auf Asyl neuen Herausforderungen gegenüber sieht und Notwendigkeit herrscht, die spanischen Gesetze an den 1999 begonnenen Harmonisierungsprozess in Europa, in Bezug auf Asylangelegenheiten anzupassen. Im Wesentlichen betreffen die geplanten Änderungen fünf Punkte, zum einen die Einführung des Konzepts der „sicheren Drittstaaten“, was eine automatische Ablehnung des Asylantrags ermöglicht. Ein zweiter wesentlicher und meines Erachtens höchst zweifelhafter Punkt, wäre die Abwertung der Rolle von UNHCR und anderen sozialen Organisationen, die weniger häufig in Asylverfahren miteingebunden werden sollen. Die bislang auch schon praktizierte „Nicht-Zulassung“ zum Asylverfahren bleibt bestehen und es wird auch ein Asylschnellverfahren eingeführt. Es wird auch die Möglichkeit zur Klage auf aufschiebende Wirkung zur Aussetzung der Abschiebung im Gesetzesentwurf nicht erwähnt, des Weiteren fällt auch die Möglichkeit weg, einen Asylantrag bei

spanischen Auslandsvertretungen, wie beispielsweise Botschaften, zu stellen(vgl. Böffgen 2008: 1).

„Während in 2007 noch 200.000 Nicht-EU-BürgerInnen als ArbeiterInnen nach Spanien gekommen waren, hat Arbeitsminister Corbacho im September 2008 angekündigt, die Zahl der „Arbeitsvisa“ im Jahr 2009 „auf null runterzufahren“. Dies geschehe im Hinblick auf die 2,5 Mio. Arbeitslosen im Land. Lediglich einige „Hochqualifizierte bzw. Spezialisierte“, die der eigene Arbeitsmarkt nicht hergebe, könnten noch Visa zur Arbeitsaufnahme erhalten. Denjenigen ausländischen Arbeitern, die ihre Jobs durch die Krise bereits verloren haben, wird von der Regierung die Ausreise nahegelegt und angeboten, die bislang eingezahlten Sozialversicherungsbeiträge als „Abschiedsprämie“ mitzunehmen“ (Böffgen 2008:2).

Diese restriktiven Maßnahmen und Verschärfungen des „Ley de Estranjería“ führen in der Tat zu einem Rückgang von Migration, allerdings nur von Migration über offizielle Wege, viele Menschen, die früher ein Arbeitsvisum beantragt hätten, sehen sich nun gezwungen illegal nach Spanien einzureisen, es kommt also zu einer Verlagerung von offizieller, zu illegaler Migration. Das restriktive Vorgehen der spanischen Regierung, seit Beginn der Krise wird auch durch einen Blick auf die Anerkennungszahlen im Asylverfahren deutlich. Alleine die Anzahl der Asylanträge ging im ersten Halbjahr 2008, gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007, um über 40 Prozent zurück, wobei über 50 Prozent der Anträge gar nicht erst zum Asylverfahren zugelassen wurden und zum Teil auch gar nicht eingehend geprüft, daher verwundert es wenig, dass über 97Prozent der Anträge von der Asylbehörde abgelehnt wurden. In Summe erhielten im ersten Halbjahr 2008 insgesamt 67 Menschen Asyl und 56 weitere Personen komplementären Schutz (vgl. Böffgen 2008: 3f).

3.3. Auswirkungen der Krise(n) auf Spanien und Reaktionen der Regierung:

Im nun folgenden Kapitel möchte ich näher auf die schwerwiegendsten Auswirkungen der Krise(n) in Spanien eingehen, sowie Reaktionen der spanischen Regierung hinsichtlich der Ergreifung von Antikrisenmaßnahmen erörtern.

3.3.1. Die spanische Immobilienblase:

Bis Spanien von der ersten Krisenwelle, der Finanzkrise erfasst wurde, erlebte das Land einen wahren Höhenflug und zählte noch 2007 zu den bedeutendsten Wirtschaften der Welt und war so auch ein Teil der „europäischen Erfolgsgeschichte“ (vgl. Grätius 2013: 1). Bis 2007 war Spanien zur viertgrößten Wirtschaft der Eurozone aufgestiegen (vgl. Wieland 2012). Seit dem Ende des Baubooms im selben Jahr verlor Spanien nicht nur sukzessive Plätze im Ranking des Internationalen Währungsfonds sondern auch die Arbeitslosigkeit erreichte einen europäischen Rekordwert von über 27 Prozent. Die Staatsverschuldung hat sich seit Beginn der Krise verdoppelt (vgl. Grätius 2013: 1). Bevor ich die Antikrisenmaßnahmen der spanischen Regierung einer genaueren Betrachtung unterziehe, möchte ich noch kurz auf die „spanische Immobilienblase“ eingehen und was ein Platzen eben Dieser für Folgewirkungen mit sich brachte.

„Dass sich an der Fieberkurve der Bautätigkeit der Zustand eines ganzen Landes ablesen lässt, ist sicherlich nicht gesund, von Nachhaltigkeit oder ökologischen Erwägungen ganz zu schweigen. Aber so ist es: Spanien – ein flüchtiger Blick auf die Statistiken genügt – liegt auf dem Bauch. Die Wirtschaft schrumpft, die Schlange der Arbeitssuchenden wächst, die Betonmischer stehen still“ (Ingendaay 2012).

Die Überschuldung der Privathaushalte ist eng mit der Immobilienblase verbunden, so machen Immobilien beispielsweise, laut einer Studie der spanischen Staatsbank, zwei Drittel des privaten Gesamtvermögens aus und bürgten überdies für ein Drittel aller Kredite (vgl. Ingendaay 2012). Spekulationen mit einer Unzahl an leerstehenden Häusern, Wohnungen und ganzen Geisterstädten, geschätzt wird zirka eine Million leerstehende Häuser, haben dazu geführt, dass nicht nur immer mehr gebaut wurde, sondern auch dazu, dass der Preis stetig in die Höhe gegangen ist und sich folglich Investitionen am Immobilienmarkt von selber verdoppelt und verdreifacht haben. Auf dem Höhepunkt der Blase, kurz vor dem ersten Crash, waren rund 13 Prozent aller

Arbeitskräfte in der Baubranche beschäftigt, mittlerweile ist diese Zahl um rund die Hälfte zurückgegangen. Was schließlich zu Massenarbeitslosigkeit geführt hat und die paradoxe Situation mit sich brachte, dass sich viele Menschen die Kredite für ihre Häuser nicht mehr leisten konnten und schließlich auf der Straße stehen. Die Wohnungslosigkeit steigt, während über eine Million Wohnungen und Häuser leer stehen. Das Platzen der Immobilienblase weitete sich schließlich hauptsächlich über die Vergabe an privaten Krediten auch auf den spanischen Bankensektor aus. Ende 2011 hatten die spanischen Banken Rücklagen für ihre Immobilienkredite in der Höhe von 110 Milliarden Euro gebildet, während 1,9 Billionen Euro an Krediten vergeben wurden, davon über 60 Prozent für Immobilien. Im Jahr 2012 erhöhten die Banken auf Druck der Regierung Rajoy ihre Rücklagen um 80 Milliarden Euro, auf 190 Milliarden. Das geht an die Substanz der Banken und führt den Umstand herbei, dass die Risikovorsorge die Gewinne bei weitem überstiegen. Da der Vorsorgebedarf allerdings noch wesentlich höher ist, als die beschriebenen 190 Milliarden Euro war es schlussendlich unumgänglich, dass Spanien im Jahr 2011 unter den „EU-IWF Rettungsschirm“ schlüpfen musste und auch Finanzminister Montoro forderte europäisches Geld für die spanischen Banken. Die Einschätzungen darüber wieviel Geld benötigt wird gehen doch sehr weit auseinander und es schweben Zahlen von 40 Milliarden bis 100 Milliarden Euro, was immerhin 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bedeuten würde, durch den Raum. Im schlimmsten, momentan erstellten Szenario würden die spanischen Banken einen Vorsorgebedarf von mindestens 260 Milliarden Euro aufbringen müssen, wobei das momentan eher schlechte wirtschaftliche Umfeld Spaniens, mit Rekordarbeitslosenzahlen seinen Teil dazu beiträgt, dass hier eher vom schlimmsten Szenario ausgegangen werden muss, da auch frisches Geld fehlt (vgl. Plickert; Frühauf 2012).

3.3.2. Die Antikrisenmaßnahmen der spanischen Regierung:

Seit Beginn der Krise wurden in Spanien unzählige Pläne und Programme ins Leben gerufen, die darauf abzielen in sämtlichen wirtschaftlichen Bereichen das Wachstum anzukurbeln. Auf den wohl bekanntesten Plan, den „Plan Español para el Estímulo de la Economía y el Empleo“, kurz „Plan Español“ oder „Plan E“ möchte ich nun genauer eingehen.

2007 wurde als eine der ersten Maßnahmen 8 Milliarden Euro im Rahmen dieses Plans für kommunale Investitionen in Bezug auf den stark eingebrochenen Bausektor

genehmigt und in kürzester Zeit von 8 000 Kommunen beantragt und für ca. 31 000 Projekte, wie Straßenbau, Sanierungsarbeiten an Schulen, Sporteinrichtungen und öffentlichen Gebäuden verwendet. 2008 folgten schließlich weitere 3 Milliarden Euro, vor allem für Abwrackprämien, Umweltprogramme und Entwicklung. Für 2010 wurden weitere 5 Milliarden genehmigt, vor allem mit dem Ziel Beschäftigung abzusichern. Zur Bekämpfung der Effekte der globalen Finanzkrise auf den spanischen Bankensektor hat die sozialistische Regierung der PSOE im Herbst 2008 in Absprachen mit der EU-Kommission eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit des Finanzsektors und der Spareinlagen zu gewährleisten und die Liquidität aufrechtzuerhalten. Der spanische Bankensektor hat sich während der Jahre des Immobilienbooms und wirtschaftlichen Aufschwungs überdurchschnittlich ausgeweitet, was nun mit Beginn der Krise eine Umstrukturierung unumgänglich erscheinen lässt. Die spanische Zentralbank hat eine Restrukturierung des Bankensektors angeordnet. Die Regierung stellt für diese Umstrukturierung neben dem „Plan E“ weitere 9 Milliarden Euro in einem bestimmten Sonderfond, dem FROB „Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria“, zur Verfügung. Dieser Fond zielt neben der Umstrukturierung auch auf Einlagensicherung ab. Aufgrund der sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage verhandelte die damals noch sozialistische Regierung der PSOE, mit der Opposition, der PP, einen Antikrisenplan, den „Plan Anticrisis“, aus. Der spanische Ministerrat beschloss dann wenig später im April 2010 ein Maßnahmenpaket, welches der Stimulierung der Wirtschaft dienen soll. Es geht vor allem um Unterstützungsmaßnahmen bei Sanierungsarbeiten an privaten und öffentlichen Gebäuden, sowie Senkung von Mehrwertsteuer für diese Baumaßnahmen. Im öffentlichen Bereich sollen an zirka 2 000 Gebäuden Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt werden und so in weiterer Folge eine Verringerung von Energiekosten erreicht werden, die bis zu 3 Milliarden Euro betragen soll und dabei gleichzeitig zirka 350 000 neue Beschäftigungsverhältnisse im Bausektor entstehen lassen. Darüber hinaus soll es für Klein- und Mittelunternehmen einen schnelleren Kreditzugang bis 200 000 Euro geben, um die Investitionsbasis zu verbessern und Liquidität zu gewährleisten. Zudem wurde eine Mehrwertsteuerherabsetzung für Pflegeleistungen unternommen. Im Mai 2010 gab die spanische Regierung im Zuge einer Evaluierung des „Plan E“ bekannt, dass durch den Plan im Jahresverlauf rund 50 Milliarden Euro in die Volkswirtschaft geflossen sind. Laut Regierungsangaben handelt es sich bei diesem Betrag, um eine

der größten Summen, die von einem EU-Land, beziehungsweise im internationalen Vergleich von einem Industrieland während dieses Zeitraums zur Verfügung gestellt worden sind. Diese Unterstützungen richten sich laut Regierung an Unternehmen, Selbstständige, private Haushalte, Arbeitslose und Finanzinstitute. Es deuten viele Anzeichen darauf hin, dass es Bestrebungen dafür gibt, einen Wechsel des bisher gültigen Wachstumsmodells herbeizuführen. Weder die Immobilienblase noch die private Konsumgüternachfrage, die kurzfristig für einen enormen Boom gesorgt haben, können dem Land nachhaltige Entwicklung gewährleisten. Zukünftig sollen die Impulse von Forschung und Entwicklung kommen, um das neu anvisierte Wachstumsmodell einer Wissensgesellschaft mit hoher Produktivität und einer langfristigen Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen (vgl. Oster 2010: k.A.).

3.3.3. Politischer Wandel in Spanien:

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben in Spanien einen Wandel des politischen Systems herbeigeführt. Dieser Wandel ist nach wie vor geprägt vom Übergang Spaniens hin zur Demokratie, allerdings scheint ein Ende des Zweiparteiensystems unumgänglich. Die wirtschaftliche Misere bietet Chancen für interne Reformen und politische Erneuerungen, sie birgt aber auch das Risiko einer politischen Radikalisierung von Kräften, die außerhalb des Parteienspektrums liegen. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2011 übernahm die Partido Popular(PP) unter Ministerpräsident Mariano Rajoy die politische Macht von der sozialistischen Partei und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Zapatero. Die nunmehr konservativ ausgerichtete Regierung unter Rajoy sieht sich als Teil einer sich formierenden EU-Südachse und fordert eine Wirtschaftspolitik, die stärker auf Wachstum ausgerichtet ist, als bisher. Spanien befindet sich allerdings nach wie vor unter dem EU-Rettungsschirm, was mit erheblichen Sparauflagen verbunden ist, die die Rezession weiter verschärfen könnten. Die Legitimation der Regierung Rajoy leidet zudem unter immer wiederkehrenden Korruptionsskandalen und hat seit ihrem Amtsantritt vor gut zwei Jahren laut Umfragen bereits die Hälfte ihrer Wähler verloren (vgl. Gratius 2013:1f).

„Die desolate Wirtschaftslage geht einher mit einer Krise des politischen Systems, das noch immer im Zeichen der langen spanischen Transition zur Demokratie steht und dringend der Reform bedarf“ (Gratius 2013:2).

Die immer wieder aufkommenden Korruptionsskandale, in die führende wie ehemalige PolitikerInnen gleichermaßen verstrickt zu sein scheinen, hat zu einer Vertrauenskrise der Bevölkerung in politische Institutionen und der als politisiert geltenden Justiz, die in Bezug auf Korruptionsfälle bislang wenig bis keine Erfolge erzielen konnte, gleichermaßen geführt. Die angesprochene Vertrauenskrise hat schlussendlich zu einem steigenden Reformdruck auf die gegenwärtige Regierung geführt, wobei auch das Königshaus schon längst nicht mehr unumstritten ist. So wird gegenwärtig ein Gesetz diskutiert, welches Förderung von Transparenz, Informationszugang und guter Regierungsführung vorsieht. Dieses Gesetz soll nicht nur für Regierung, Justiz und Parteien gelten, sondern auch für das Königshaus. Als Reaktion auf die immer wiederkehrenden Korruptionsvorwürfe ist zudem eine Reform der Parteienfinanzierung geplant. Darüber hinaus steht auch das unitarische Staatsmodell zur Debatte, ausgelöst durch anhaltende Separatismusdrohungen Kataloniens. Die gegenwärtige Vertrauenskrise der spanischen Bevölkerung gegenüber dem politischen Apparat scheint zudem das Ende des Zweiparteiensystems eingeläutet zu haben. Laut Umfragen vom April 2013 verfügen die Partido Popular und die sozialdemokratische PSOE zusammen nur mehr über knapp 50 Prozent der Wählerstimmen. Bei den Wahlen 2011 erreichte die PP alleine knapp 45 Prozent aller Wählerstimmen, mittlerweile scheint sich dieser Wert halbiert zu haben. Den Korruptionsvorwürfen und der anhaltenden Vertrauenskrise zum Trotz hat noch keine der beiden großen Parteien politische Konsequenzen gezogen. Kein Minister des gegenwärtigen Kabinetts ist bislang zurück getreten und auch auf Seiten der Opposition gab es bislang so gut wie keine personellen Konsequenzen. Die internen Entwicklungen haben dazu geführt, dass eine außerparlamentarische Opposition (APO) entstanden ist, welche allerdings noch nicht zentral organisiert ist, sondern vielmehr von einzelnen Interessensgruppen getragen wird. Es kommt täglich zu Protesten, entweder von MitarbeiterInnen des öffentlichen Nahverkehrs, LehrerInnen, ÄrztInnen, StudentInnen oder PensionistInnen, die sich gegen eine zunehmende Privatisierung des Gesundheits- und Bildungssystems, sowie gegen den allmählichen Abbau des Sozialstaates sowie gegen die bislang über 30 000 angeordneten Zwangsräumungen von Wohnungen und Häusern zur Wehr setzen (vgl. Gratius 2013:2).

Nach dem Machtwechsel im Jahr 2012 veranlasste die neue spanische Regierung der PP zwei, gravierende Änderungen des Ausländerrechtes (Ley de Extranjera). Mit

einer ersten Abänderung wurden für MigrantInnen die Voraussetzungen erschwert, sich für ein Einwohnermelderegister anzumelden. Diese Meldung ist aber eine Voraussetzung für die Zuweisung einer Krankenkassenkarte. Als Sparmaßnahme getarnt wurde so der Zugang von illegalen MigrantInnen zum öffentlichen Gesundheitswesen limitiert. Mit einer zweiten Abänderung des Gesetzes wurde illegalen MigrantInnen die Möglichkeit aberkannt, sich auf ihre soziale Verwurzelung (*arraigo social*) zu berufen, um einen legalen Aufenthaltsstatus zu beantragen (vgl. Gónzalez-Martín 2013: k.A.).

Mit dem Blick auf die Wahlen 2015 zeichnet sich erstmals die Möglichkeit einer Koalitionsregierung ab, wobei auch ein Pakt der beiden großen Parteien nicht mehr ausgeschlossen wird, dazu müssten allerdings erst die Differenzen der beiden Großparteien in nahezu allen politischen Fragen ausgeräumt werden. Es gilt also Schritte zu setzen, hin zu einer Überwindung, der traditionellen politischen Polarisierung und die Chance zu nutzen, den politischen Dauerstreit zu überwinden und eine nationale Krisenstrategie zu entwickeln. Wird diese Chance vertan scheint ein Szenario wahrscheinlich, welches, politische Alternativen außerhalb des gegenwärtigen Parteiensystems entstehen lässt. Erste Anzeichen dafür wären die in Umfragen steigende Zustimmung zur linken Partei *Izquierda Unida* (IU) und der *Union Fortschritt und Demokratie* (UP y D), aber auch die steigende Zustimmung für nationalistische Parteien in den autonomen Gemeinschaften (vgl. Gratius 2013: 2ff).

3.4. Remigration und Remittances:

Im nachfolgenden Kapitel wird es nun um die Bedeutung von Remigration, als mögliche Antwort auf die Krise gehen, sowie um die jüngere Entwicklung zu Remittances und einen möglichen Einfluss durch die aktuelle(n) Krise(n).

3.4.1. Remigration als Antwort auf die Krise:

Ich werde mich in diesem Unterkapitel vor allem auf die Studie von Carolin Schurr und Miriam Stolz zu „Geographien der Remigration“ beziehen, in dieser Studie wird das Verhältnis zwischen Spanien und Ekuador thematisiert. Spanien stellte für ekuadorianische MigrantInnen während der sogenannten „ekuadorianischen Wirtschaftskrise“, zwischen 1998 und 2000 noch vor den USA(!) das beliebteste Zielland dar, der „American dream“ wurde zum „Spanish dream“. Zwischen 1996 und 2001 wanderten 47 Prozent der Emigrierenden nach Spanien, 33 Prozent in die USA und 9 Prozent nach Italien. 2009 lebten etwa 400.000 ekuadorianische Staatsbürger mit legaler Aufenthaltsgenehmigung in Spanien, rechnet man jene ohne legale Aufenthaltspapiere dazu beträgt die Zahl Schätzungen zufolge mehr als 700.000 Menschen. Neben zunehmend restriktiven Visum-Bestimmungen und schärferen Grenzkontrollen der USA, waren vor allem Aspekte wie die gemeinsame Sprache, Arbeitsplätze in einer wachsenden Wirtschaft vor allem im Bau- und Pflegesektor, ausschlaggebend, warum mehr und mehr MigrantInnen, Spanien als Zielland auswählten. Remigration spielte bis zum Beginn der globalen Wirtschaftskrise auch kaum eine Rolle und die Zahl der RemigrantInnen war sehr gering, eher im Gegenteil, mehr und mehr Menschen wollten in das ehemalige koloniale „Mutterland“ ausreisen. Die spanische Regierung reagierte schließlich im Jahr 2007 auf die stark steigende Anzahl der Anträge auf Familienzusammenführung ekuadorianischer MigrantInnen indem sie mit der ekuadorianischen Regierung ein Abkommen über eine gemeinsame Rückkehrpolitik abschloss. Die ekuadorianische Regierung nahm dieses Abkommen zum Anlass einen Plan für eine „freiwillige, würdevolle und nachhaltige Rückkehr“ ins Leben zu rufen. Dieser Plan trat schließlich im Jänner 2008 in Kraft. Dieser Plan setzt sich zusammen aus verschiedenen Maßnahmen, Projekten und Fonds, die darauf abzielen Entscheidungsprozesse zu Remigration positiv zu beeinflussen und tatsächliche Remigration zu beeinflussen. Seit November ist auch ein Rückkehrplan der spanischen Regierung in Kraft, der Plan „de Retorno Voluntario“ (freiwillige Rückkehr). Die spanische Regierung sieht meines Erachtens

ganz klar in Remigration eine Antwort auf die Krise und erwartet sich dadurch Entschärfungen in den angespannten Zuständen des Arbeitsmarktes sowie des Sozialsystems. Dieser Umstand wird dadurch begründet, dass sich der eben angesprochene Plan der spanischen Regierung an MigrantInnen aus 20 Nicht-EU-Ländern richtet. Der Plan „de Retorno Voluntario“ sieht vor, den MigrantInnen mit legaler Arbeitserlaubnis, die in die spanische Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben die Möglichkeit ihre Beiträge sozusagen als Abfindung mitzugeben, wenn sie sich entscheiden in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Wer sich dazu entscheidet am Plan teilzunehmen darf während der nächsten drei Jahre nicht zu beruflichen Zwecken nach Spanien zurückkehren. Die MigrantInnen dürften zunächst aber in Remigration weit weniger einen Ausweg aus der Krise sehen, als die spanische Regierung und so bewarben sich auch wesentlich weniger MigrantInnen um eine Teilnahme, als von der spanischen Regierung erwartet. Von etwa 100.000 MigrantInnen, die für eine Teilnahme in Frage kommen bewarben sich im Jahr 2009 lediglich 6.000, allerdings hat sich die Zahl der Personen, die sich zumindest über eine Teilnahme informieren, innerhalb kürzester Zeit vervielfacht (vgl. Schurr/Stolz 2011: 90ff).

3.4.2. Remigration und Geschlecht:

Schurr und Stolz beziehen sich auch sehr ausführlich auf den Umstand, dass weibliche Migration spezifische Dynamiken und Charakteristika aufweist und sich von männlicher Migration unterscheidet, sowohl innerhalb der gesellschaftlichen Bewertung von Migration, sowie den tatsächlichen Folgen des Migrationsprozesses. Eine besondere Rolle spielen hierbei ein geschlechtsspezifischer Arbeitsmarkt, das Konzept der transnationalen Mutterschaft sowie die Aushandlung von Geschlechterrollen. In Bezug auf die ökonomische Situation ekuadorianischer Migrantinnen in Spanien kann der informelle Sektor der privaten Haushalte als der größte Arbeitsmarkt angesehen werden. Die Arbeit in Privathaushalten hat sowohl Vor- als auch Nachteile:

„Die Arbeit von MigrantInnen in Privathaushalten hat viele Vorteile für MigrantInnen, da sie oft mit den Familien leben und daher keine Ausgaben für Miete und Lebensmittel anfallen. Auf diese Weise können sie einen größeren Teil ihres Lohnes sparen. Die Kehrseite bei den oft illegalen Arbeitsstellen ist, dass Migrantinnen nicht versichert sind. Privater Raum kann daher sowohl als sicherer Raum für illegale

Migrantinnen konzeptualisiert werden, als auch als ein rechtloser Raum, in dem die Frauen ungeschützt und von ihren Arbeitgebern abhängig sind“ (Schurr/Stolz 2011: 94).

Das Konzept der transnationalen Mutterschaft spricht eine neue Form der Mutterschaft an, wenn Kinder im Herkunftsland zurück gelassen werden (müssen), während die Mutter auswandert, um das ökonomische Bestehen der Familie zu sichern, doch werden gerade diese Mühen und Anstrengungen von den Kindern und anderen Familienmitgliedern oftmals nicht anerkannt.

„Die Mutterschaft als „primäre Identität“ bestimmt [...] die Erfahrung ecuadorianischer Migrantinnen. Eine paradoxe Situation ergibt sich dadurch, dass Frauen für ihre Kinder emigrieren und gleichzeitig aufgrund ihrer langen Abwesenheit wegen ihren Kindern leiden“ (Schurr/Stolz 2011: 95).

Ein weiterer wichtiger Aspekt in Bezug auf Remigration und Geschlecht bezieht sich auf die einleitend erwähnte Ausverhandlung der Geschlechterrollen. Durch finanzielle Unabhängigkeit haben viele Migrantinnen die Möglichkeit über ein Leben ohne Männer nachzudenken. Auch wenn es dadurch nicht unmittelbar zu einer Neuverhandlung über traditionelle Geschlechterrollen kommt, so nehmen sie doch entscheidenden Einfluss auf die Entscheidungen der Migrantinnen ob eine Remigration in Angriff genommen wird.

„Bei einer potentiellen Rückkehr fürchten sie die patriarchalistischen Strukturen zu Hause in gleichem Maße wie eine Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation. Die Frage nach den emanzipatorischen Effekten von Migrationsbewegungen ist nicht leicht zu beantworten“ (Schurr/Stolz 2011: 96).

Schurr/Stolz gehen in weiterer Folge auf den so genannten Rückkehrschock ein, der aus drei Elementen gebildet wird, dem ökonomischen, dem emotionalen und dem kulturellen Schock. Mittels Interviews wurden ecuadorianische Rückkehrerinnen nach ihrer Remigration aus Europa befragt um so die größten Probleme der RemigrantInnen zu ermitteln. Der ökonomische Schock bezieht sich darauf, dass erst wieder erlernt werden muss, mit weniger Einkommen auszukommen und die Familien zu ernähren. Konnten beispielsweise von Spanien aus auf Grund der Lohnunterschiede mehrere hundert Dollar an die Familien in der Heimat überwiesen werden, so muss nach der Rückkehr wieder versucht werden, mit wesentlich weniger

auszukommen, bei Einkommen zwischen hundert und zweihundert Dollar. Der emotionale Schock bezieht sich hierbei auf die Enttäuschungen, fehlende Anerkennung und Schuldgefühle. Oftmals ist die von den RemigrantInnen lang ersehnte Begegnung mit der eigenen Familie voller Enttäuschungen und bei Weitem nicht so harmonisch wie es sich die Frauen aus der Entfernung vorstellen. Oftmals ist es für die Mütter auch schwer, die Autorität vor ihren Kindern aufrecht zu erhalten. Vor allem die Machtbeziehungen zwischen den einzelnen Familienmitgliedern müssen neu ausgehandelt und definiert werden. In weiterer Folge kann es so auch dazu kommen, dass die Motive für eine Migration nochmals hinterfragt werden und so in weiterer Folge auch die Migrationsentscheidung bereut wird. Schuldgefühle und fehlende Anerkennung können den emotionalen Schock besonders traumatisch erscheinen lassen. Der kulturelle Schock bezieht sich auf den Umstand, dass sich die RückkehrerInnen zu Hause häufig fremd fühlen. Verstärkt wird das kulturelle Trauma durch die Transformationen im Herkunftsland, aber auch mit der Idealisierung während der Abwesenheit und der persönlichen Weiterentwicklung der MigrantInnen zusammen und kann umso stärker zu Tage treten, je länger die MigrantInnen im Ausland lebten. Die AutorInnen dieser Studie geben auch an, dass es zum Wohl der betroffenen Familien wäre, Maßnahmen zu ergreifen, um die ökonomischen, emotionalen und kulturellen Traumata zu verringern. Vor allem eine Migrationspolitik, die einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft leisten möchte, sollte sich nicht nur auf wirtschaftliche Aspekte konzentrieren sondern auch auf emotionale und kulturelle Herausforderungen. So kann die Wahrscheinlichkeit erhöht werden, dass der Reintegrationsprozess auch erfolgreich ist und in weiterer Folge die RemigrantInnen auch zu AkteurInnen lokaler Entwicklung werden, so wie es sich VertreterInnen der „Migration und Entwicklung“-Strategie erhoffen (vgl. Schurr/Stolz 2011: 100ff).

3.4.3. Aktuelle Entwicklung von Remittances:

Rücküberweisungen wuchsen von 2002, als sie weltweit 80 Milliarden US-Dollar betrugen innerhalb von vier Jahren, auf das fast vierfache an. Im Jahr 2008 erreichte das Gesamtvolumen von Rücküberweisungen 338 Milliarden US-Dollar und bedeuteten nach Direktinvestitionen, noch vor staatlicher Entwicklungshilfe, den zweit größten Finanzfluss von reichen Industrie- in arme Entwicklungsländer. Zum ersten Mal in der jüngsten Vergangenheit sind Rücküberweisungen, als Folgen der

Krise auf 304 Milliarden US-Dollar zurückgegangen. Allerdings erholten sich die Rücküberweisungen bereits im Jahr darauf wieder und werden voraussichtlich auch 2011 stabil bleiben, womit sie zumindest in einem globalen Vergleich wieder einmal ihren antizyklischen Charakter unter Beweis gestellt haben. Es bleibt aber zu erwarten, dass einige Entwicklungsländer in Afrika und Lateinamerika von einem weiteren Rückgang der Rücküberweisungen betroffen sein werden, da viele ArbeitsmigrantInnen insbesondere in Spanien aber auch in anderen Südeuropäischen Ländern sowie den USA von der Krise betroffen sind (vgl. Morazán 2012: 22).

Im Jahr 2012 belief sich die Summe, die von MigrantInnen, aus einem der EU-27-Staaten, in ihre Herkunftsländer überwiesen wurden, auf 38,8 Milliarden Euro und somit um 0,2 Milliarden Euro weniger als im Jahr 2011. Ein Überblick, über die vergangenen Jahre zeigt eine Steigerung, seit 2009, um zirka eine Milliarde Euro, was einer Wachstumsrate von etwa 2,5 – 3 Prozent entspricht und das in Zeiten der Krise wohlgerne. Nach Frankreich mit 8,8 Milliarden Euro und Italien mit 6,8 Milliarden Euro belegt Spanien mit 6,6 Milliarden Euro den dritten Platz unter den Entsendestaaten von Rücküberweisungen, unter den EU-27-Staaten. Es ist zwar in Bezug auf die Rücküberweisungen, die aus Spanien kommen nicht erfasst, wieviel dieser Summe an Drittstaaten, also außerhalb der europäischen Union, geht. Vermutlich wird es sich aber ähnlich verhalten wie in Frankreich, wo 70 Prozent der Rücküberweisungen an Drittstaaten gehen, und Italien, wo 84 Prozent aller Remittances an Drittstaaten entsandt wird. Auch wenn Spanien nach wie vor Rang drei unter den Entsendestaaten von Rücküberweisungen, innerhalb der EU-27, einnimmt, muss angemerkt werden, dass in Spanien die getätigten Rücküberweisungen im Vergleich zum Jahr 2011 doch stark rückläufig sind. Waren es im Jahr 2011 noch fast 7,3 Milliarden Euro, die rücküberwiesen wurden, so sank dieser Betrag im Jahr 2012 auf die angesprochenen 6,6 Milliarden Euro, was einen Rückgang von fast 0,7 Milliarden Euro und somit etwa 10 Prozent bedeutet (vgl. Eurostat 2013).

3.4.4. Auswirkungen für die Empfängerländer von Remittances:

Bei Vergleichen der Rücküberweisungen zu ausgewählten Staaten, des ersten Quartals 2008 und des ersten Quartals 2009 lassen sich sehr unterschiedliche Auswirkungen feststellen. In einigen Ländern, wie Ekuador (-27 Prozent), Jamaika

(-15 Prozent), Uganda (-56 Prozent) sind die Rücküberweisungen deutliche zurückgegangen, während in anderen Ländern wie Mexiko, Jordanien oder den Philippinen kaum Veränderungen auszumachen waren. In wieder anderen Ländern kam es sogar zu einem deutlichen Anstieg. So stiegen die Rücküberweisungen während des Vergleichszeitraums in Ruanda, Bangladesch und Pakistan um über 20 Prozent. Dementsprechend wechseln sich Berichte ab, die einmal von einem drastischen Rückgang der Remittances sprechen und ein anderes Mal wird wieder auf den antizyklischen Charakter von Rücküberweisungen verwiesen (vgl. Balkenhol 2009: 13). Die Wahrheit dürfte allerdings in der Mitte liegen. In Hinblick auf MigrantInnen in Spanien lässt sich meiner Meinung nach davon ausgehen, dass sich die Krise sehr stark auf die Entsendestaaten von ArbeitsmigrantInnen auswirkt. Neben Ekuador kann hier auch Mali als drastisches Beispiel angeführt werden:

„Die Verschlechterung der Einkommenssituation und der sozialen Lage malischer Migranten in den Zielländern Spanien und Frankreich wirkt sich laut Ländergutachten in hohem Maße auf die Rücküberweisungen aus. Den Beobachtungen in einer zentralen Moneygram-Zahlungsstelle in Bamako zufolge sind die offiziellen Zahlungen aus dem Ausland stark rückläufig. Nach Aussagen des Geschäftsführers ist die Kundschaft krisenbedingt gegenüber dem Vorjahr um 75 Prozent zurückgegangen. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit der Migranten in Spanien und Frankreich, die zwischen 30 Prozent und 40 Prozent liegen soll, haben sich die Rücküberweisungen um 25 bis 60 Prozent reduziert oder wurden ganz eingestellt. [...] In den vorangegangenen Jahren konnten die Familien mit durchschnittlichen Geldzahlungen von 200 Euro rechnen. Heute beschränken sich die durchschnittlichen Monatszahlungen auf 50 Euro“ (GTZ-LG Mali 6/2009 zitiert in Schmelz 2010: 91).

Für Ekuador lesen sich die Zahlen ähnlich, vor allem seit 2007 sind die Rücküberweisungen aus den USA sowie Spanien sukzessive rückläufig. Auffallend erscheint dabei der Umstand, dass sich der Anteil „weiblicher Rücküberweisungen“ seit Beginn der Krise mehr und mehr erhöht hat, was eventuell Rückschlüsse darauf zu lässt, dass so genannte „weibliche Arbeitsplätze“, beispielsweise in der häuslichen Arbeit oder in Pflegeberufen weniger stark von der Krise betroffen ist, als beispielsweise die Bauwirtschaft. Mittlerweile beträgt der Anteil „weiblicher Remittances“ schon knapp 50 Prozent. Remittances aus dem so genannten

„household sector“, bei dem die weiblichen Arbeitsmigrantinnen klar in der Überzahl sind, rangieren mittlerweile bereits auf dem ersten Platz, noch vor Rücküberweisungen aus der Industrie oder der Tourismusbranche (vgl. Maldonado; Saldaña; Andrade 2010: 17ff).

3.5. Bewältigungsstrategien und Unterstützungsstrukturen:

Ich möchte mich nun mit konkreten Bewältigungsstrategien und Lösungsansätzen von MigrantInnen in Bezug auf den Umgang mit der Krise und ihren Folgen auseinandersetzen. Des Weiteren möchte ich einen Blick auf Unterstützungsstrukturen werfen.

3.5.1. Bloß nicht scheitern:

Bei den unterschiedlichen Motivlagen von MigrantInnen gibt es auch Gemeinsamkeiten, nämlich das Bestreben, die Lebensgrundlage zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist Migration mit gewissen Erwartungen verbunden, nämlich neben ökonomischem Kapital auch ein plus an Lebenserfahrung zu erlangen und soziale Kompetenzen zu entwickeln. Gerade aus afrikanischer Sicht ist eine Migration nach Europa auch damit verbunden, genügend Kapital zu akkumulieren, um nach der Rückkehr einen gewissen Wohlstand innerhalb der einheimischen Gesellschaft zu besitzen. Zur Verankerung des Bildes von erfolgreichen MigrantInnen haben natürlich auch die MigrantInnen selbst beigetragen, wenn sie bei ihren Heimatbesuchen mit Taschen voller Geschenken einen Wohlstand demonstrieren, der nicht nur in bizarrem Gegensatz zu den Lebensverhältnissen im Dorf steht, sondern auch zu den tatsächlichen Lebensverhältnissen der MigrantInnen in Spanien, Frankreich oder Italien. Dabei verschlechtert sich durch die Auswirkungen der Krise nicht nur die Lebenssituation bereits in Europa lebender MigrantInnen, es wird auch die Migration an sich erschwert und nur ein Bruchteil der MigrantInnen, die ihre Heimat verlassen, kommen auch tatsächlich am Ziel an. Wiederum nur wenige, von denen die es bis nach Europa schaffen genießen einen legalen Aufenthalt und es ist schwierig ein ausreichendes Kapital anzusparen, um die eigene Lebenserhaltung zu gewährleisten und gleichzeitig auch noch Geld nach Hause zuschicken. Die wirtschaftliche Krise in Europa hat viele MigrantInnen in schwierige Lebensverhältnisse gestürzt, doch gerade viele afrikanische MigrantInnen in Spanien trauen sich nicht zurück, weil sie ohne Erfolg ihren Familien nicht entgegen treten können oder wollen. Die Rückkehr mit leeren Händen bedeutet nicht nur Schmach und Schande für die MigrantInnen selbst sondern auch einen Ansehensverlust für die Angehörigen und Familien (vgl. Dünnwald 2013: 8f).

Die MigrantInnen müssen also gewissermaßen nicht nur mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise fertig werden sondern auch mit den eigenen Erwartungshaltungen sowie den Erwartungshaltungen der Angehörigen in den Herkunftsländern.

3.5.2. Erfahrungsberichte:

3.5.2.1. Verloren in der Stadt der Oliven:

Clotaire, ein junger Mann aus dem Senegal kam im Jahr 2009 nach El Ejido, der Stadt mit der größten Gewächshausdichte in Europa, wo eigentlich das ganze Jahr über Erntezeit ist. Ein Freund aus dem Senegal, der schon als Erntehelfer in Spanien gearbeitet hat, hatte ihm gesagt, dort gebe es immer Arbeit. El Ejido ist für einen Großteil der MigrantInnen ohne Papiere die erste Anlaufstelle. Über sechs Monate war Clotaire in El Ejido, stand Tag für Tag an einer Kreuzung und bot seine Arbeitskraft an, doch niemand wollte sie. Durch den Verkauf seiner Digitalkamera, mit der er Europa, seinen Geschwistern in der Heimat, näherbringen wollte, konnte er sich schließlich ein Ticket kaufen, um nach Huelva zu fahren und dort bei der Erdbeerernte sein Glück zu versuchen. Clotaire lebte schließlich vier Monate in Huelva auf der Straße, Erdbeeren pflückte er aber nur an zwei Tagen. Er war auch in Katalonien um sein Glück bei der Apfelernte zu versuchen, fand allerdings auch dort keinen Job. Ein Mitarbeiter des Roten Kreuzes gab ihm schließlich Geld für ein Busticket nach Úbeda, der „Olivenstadt“. Doch auch dort hat Clotaire bis heute kein Glück gefunden und sein Ziel auf ein besseres Leben, ein klein wenig Wohlstand gleitet, seitdem er in Europa angekommen ist, in immer weitere Ferne. Er hat alles aufgegeben, er hat sich verschuldet und in seiner Familie in der Heimat Hoffnungen geweckt, Hoffnungen auf ein besseres Leben, die er nicht erfüllen kann (vgl. Frenzel 2010: k.A.).

„Aus dem Handy von einem der Jungs, die am Feuer sitzen, tönt schleppend eine Melodie. Es ist ein Lied aus Afrika, „Le chemin de l'espoir“ – Weg der Hoffnung. Es geht um einen jungen Mann, der nach Europa aufbricht, um dort sein Glück zu suchen. Im Senegal hätte Clotaire dazu getanzt“ (Frenzel 2010: k.A.).

3.5.2.2. Schlecht Leben können wir auch zu Hause:

Durch die anhaltende Wirtschaftskrise wird Remigration ein immer größeres Thema, als zumindest kurzfristige, konkrete Krisenbewältigungsstrategie. Vor allem

LateinamerikanerInnen, die nach Spanien gekommen sind, um zu arbeiten, verlassen nach und nach das Land. Alleine im Jahr 2012 waren es über 365.000 Menschen, die wieder zurück in ihre Heimatländer wanderten.

Neli Sammuesa hat ihr halbes Leben in Spanien verbracht, sie hat hier geheiratet und ihre Kinder sind in Spanien auf die Welt gekommen. Im Jahr 2012 zählten die 28jährige Neli und ihre Familie zu den mehr als 350.000 RemigrantInnen, die sich aufmachten, um nach Lateinamerika zurückzukehren. Nach einiger Zeit der Arbeitslosigkeit haben sich Neli und ihr Mann José dazu entschlossen, mit ihren beiden Kindern wieder nach Ekuador zurückzukehren, zumindest vorerst. Der Traum ist ausgeträumt, die junge Familie ist in Spanien gescheitert und sah schließlich keine Perspektive mehr. Da längere Zeit keines der beiden Elternteile Arbeit fand, gab es nur noch den Weg zurück. Während der Boomjahre arbeitete José in der spanischen Baubranche und alles lief gut, bis schlussendlich die Immobilienblase platzte. Drei Jahre lang schlug er sich irgendwie durch, bis er letztlich zu dem Entschluss gekommen ist: „Schlecht leben können wir auch zu Hause!“ Neli war viele Jahre als Haushaltshelferin und Kindermädchen tätig, doch seit einigen Monaten ist auch sie ohne Beschäftigung. Auch die Chancen auf eine neue Anstellung stehen schlecht, da sich viele SpanierInnen in der Krise keine Haushaltshilfe mehr leisten können.

Vladimir Arturo Paspuel kennt Probleme wie die der Familie Sammuesa nur zu gut, er ist Vorsitzender der Migrantenorganisation Rumiñahui. Seit 2008, als die Wirtschaftskrise Spanien erfasste, hat sein Verein hunderte von Familien bei der Heimkehr unterstützt. Am Anfang war der Andrang auf die Rückkehrprämien der spanischen Regierung noch verhalten aber mittlerweile steigt die Anzahl, der Rückkehrwilligen stetig. Die Auswanderungshilfe stockt allerdings, da die öffentlichen Kassen Spaniens am Limit sind, was aber oft extreme Situationen mit sich bringt, da sich die Leute auf der Straße wiederfinden, wenn keine Stütze mehr bezahlt wird. Laut Paspuel bleibt den Menschen dann nichts anderes mehr übrig, als jeden Tag zur Armenküche zu gehen oder zu betteln und das obwohl sie hier solange gearbeitet und soviel zum wirtschaftlichen Aufschwung Spaniens beigetragen haben (vgl. Müller 2012: k.A.).

3.5.2.3. Zusammenhalt äußerst wichtig:

Ibrahim kam vor 25 Jahren, gemeinsam mit seinem Studienfreund Moussa, mit der ersten großen Immigrant*innenwelle aus Gabun, nach Spanien. Mit Hunderten anderen Einwander*innen schlieften sie die ersten beiden Jahre auf einem Fußballfeld bei Almeria und folgten dem sich damals entwickelnden Binnenmigrationszyklus: Im Frühling zum Erdbeerpflücken nach Andalusien, im Sommer auf die Gemüsefelder, im Herbst nach Nordspanien zur Apfelernte und anschließend in die Mandel- oder Olivenhaine, um zum Jahreswechsel in den Süden zu kommen und den Winter in den Plastikröhren der Gewächshäuser, den „Invernaderos“ zu verbringen. So oder so ähnlich sah der Jahreskalender unzähliger Wanderarbeiter*innen aus. Doch seit Beginn der Krise bekamen die Wanderarbeiter*innen nur noch Absagen. Ibrahim und Moussa haben Glück gehabt. Sie sind seit dem Jahr 2000 und dank einer ersten größeren Legalisierungswelle legal im Land und betreiben heute ein kleines Internetcafé in der katalanischen Stadt Balaguer und können dank ihrer offiziellen Pässe auch ihre Familien in der Heimat besuchen. Mit ihrem Internet- und Callshop kommen die beiden auch zu Zeiten der Krise einigermaßen über die Runden. Doch die Schlange arbeitsloser, vor allem afrikanisch stämmiger, Migrant*innen vor ihrem Internetcafé wird täglich länger. Viele Menschen suchen im Internet nach Jobangeboten oder telefonieren in ihre Heimat. Moussa ist sich im Klaren, dass viele seiner Freunde schwere Zeiten durchleben. Die Wohnungen von Ibrahim und Moussa sind in den letzten Jahren zu Massenlagern geworden. Sie nahmen zuerst Freunde und Verwandte bei sich auf und später auch deren Freunde und Verwandte. In Moussas Wohnung kann man spätabends keinen Schritt gehen ohne über sitzende oder liegende Menschen steigen zu müssen. Er gibt zu bedenken, dass er der Einzige ist, der auch nur einen einzigen Cent verdient. Die Netzwerke der Einwanderer fangen aktuell viele Menschen auf, denen der Absturz in die Verelendung droht. Gerade jetzt, wo viele arbeits- und völlig mittellos sind, ist der Zusammenhalt wichtiger denn je (vgl. Müller 2012: 29ff).

3.5.3. Lösungsansätze und Krisenbewältigungsstrategien:

Es gilt nun die Frage nach konkreten Herangehensweisen zu erörtern, um der Krise und ihren Auswirkungen entgegen zu treten. Vorweg sei noch festgehalten, dass die Reaktion der Migrant*innen auf die globale Wirtschaftskrise einen wichtigen Aspekt der heutigen Migrationsbewegungen hervorhebt, die sie von anderen historischen

Bewegungen unterscheidet, nämlich die enorme Flexibilität, die Fähigkeit der MigrantInnen rasch auf veränderte ökonomische, soziale und politische Gegebenheiten zu reagieren und sich an sie anzupassen. Die Reaktionen der MigrantInnen auf die Krise zeigen, dass sie keine passiven AkteurInnen sind, die sich durch objektive Dynamiken des wirtschaftlichen, kapitalistischen Systems mobilisieren lassen wie es den Mächtigen und Herrschenden beliebt. MigrantInnen sind aktive Subjekte, die ihr Schicksal selber in die Hand nehmen wollen und eine wesentliche Rolle spielen in der dauernden Umgestaltung sozialer Beziehungen (vgl. Mezzadra 2011: 121ff). Wie bereits in Kapitel 3.1.3. zur „steigenden Arbeitslosenquote“ erwähnt wurde, sind MigrantInnen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Während die Arbeitslosigkeit in Spanien im Jahr 2012 bei zirka 25 Prozent lag, ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosigkeit unter den MigrantInnen höher als ein Drittel und unter gewissen Gruppen sogar mehr als die Hälfte ist. In den Jahren vor der Krise war es für die MigrantInnen, vor allem auch für MigrantInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus oder Arbeitsgenehmigung, eine adäquate Lösungsstrategie einfach von Ernte zu Ernte zu ziehen, da man eigentlich bei jeder Kampagne einen Job gefunden hat. Seit dem Ende des Baubooms und den erheblichen Jobverlusten sind nun auch viele Einheimische zurück auf den Feldern. Die Arbeitsämter haben jeden Einzelnen angeschrieben und zur Ernte geladen (vgl. Frenzel 2010: k.A.).

„Unter den gegebenen Rahmenbedingungen entwickeln sich ambivalente Rückkehrorientierungen sowohl in den Ziel- als auch in den Herkunftsländern von Migration. Angesichts der Wirtschaftsmisere in Frankreich und Spanien steigt die Bereitschaft zur Rückkehr unter den malischen Migranten an, die sich ohne berufliche Perspektive und Ressourcen allerdings nicht realisieren lässt. Zugleich zeigt sich, dass unfreiwillige Rückkehrer in Mali ihrerseits alles daran setzen, um erneut ihr Glück im Ausland zu suchen“ (Schmelz 2010: 92).

Die MigrantInnen aus Mali beispielsweise teilen in beiden europäischen Zielländern Spanien und Frankreich ihr ohnehin schon geringes Budget untereinander auf, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Folglich sinken die Rücküberweisungen an die Familien im Herkunftsland. Zu den konkreten Bewältigungsstrategien in den Zielländern der malischen MigrantInnen zählen Sparen, Verschuldung und Solidarität (vgl. Schmelz 2010: 92).

3.5.4. Unterstützungsstrukturen:

Bis Ende der 1990er Jahre war das Feld unabhängiger, zivilgesellschaftlicher Organisationen, die zwar politisch agierten, aber nicht vom Staat unterstützt wurden nur schwach ausgeprägt. Immigrantenorganisationen wiesen nur einen geringen Grad an Autonomie auf und waren wie die spanischen Organisationen des Dritten Sektors durch finanzielle und funktionale Verknüpfungen eng mit dem Staat verbunden. Auch die Beziehungen der Immigrantenorganisationen untereinander waren durch die staatliche Verknüpfung geprägt, da praktisch eine Konkurrenzsituation um die Vergabe staatlicher Mittel herrschte.

Immigrantenorganisationen agierten weitgehend nach Nationalitäten strukturiert und der Schwerpunkt lag auf der Ausführung der vom Staat übertragenen Dienstleistungen, wie beispielsweise rechtliche Beratungen und Unterstützung bei der Arbeitssuche.

Die großen Pro-Regularisierungsbewegungen im Jahr 2001, die auf die Legalisierung, bislang illegal im Land lebender MigrantInnen abzielte, war der Nährboden für die Entstehung unabhängiger MigrantInnenorganisationen. Diese Organisationen wiesen ein anderes Selbstverständnis auf, als die aktiven, karitativen Organisationen, die vom Staat finanziell unterstützt wurden. Sie positionierten sich weitgehend auf Seiten der MigrantInnen und unterstützten sie vor allem bei der Organisation der Protestbewegungen, klärten sie über gesetzliche Sachlagen auf oder gingen sogar soweit diese offen und öffentlich anzuprangern. 1999 entstand beispielsweise die Organisation „Derechos para todos“, die jegliche Form der Einwanderungsgesetzgebung ablehnt und Zuwanderung nach Spanien als Folge globaler Ungerechtigkeiten interpretiert, oder das Netzwerk „Papeles para todos“, das Protagonist der Proteste in Barcelona war und ein informelles Netzwerk aus mehreren Organisationen bildete. Auch die weiter oben, in Kapitel 3.5.2.2. bereits erwähnte ekuadorianische Organisation Rumiñahui entstand im Zuge der Pro-Regularisierungsbewegung im Jahr 1999 und sollte die Interessensvertretung des Kollektivs ekuadorianischer MigrantInnen sicherstellen. Rumiñahui organisierte im Kollektiv mit weiteren Organisationen Besetzungen von Kirchen und betrieb eine Inszenierung von unkonventionellen Protestereignissen (vgl. Laubenthal 2006: 132ff). Heute unterstützt die Organisation hauptsächlich EkuadorianerInnen die sich dazu entschließen in die Heimat zurückzukehren. Das Feld der

zivilgesellschaftlichen, vom Staat unabhängigen, Organisation in Spanien ist also ein sehr junges und steckt sozusagen gerade in den Kinderschuhen.

In der letzten Zeit war die Entstehung neuer Organisationen vor allem geprägt durch ein steigendes Aufkommen rückkehrwilliger MigrantInnen, weshalb in Spanien aber auch in den Herkunftsländern eine große und kaum noch zu überblickende Anzahl von Rückkehrorganisationen entstanden ist. Alleine in Mali gibt es mehr als 50 Rückkehrorganisationen, die Unterstützungsstrukturen für RemigrantInnen schaffen (vgl. Schmelz 2010: 92f). Der Aufbau dieser Unterstützungsstrukturen wird auch durch die Zielländer und die EU unterstützt, so entstand beispielsweise in Bamako, der Hauptstadt von Mali, das Zentrum für Information und Steuerung der Migration, kurz CIGEM, welches von der EU finanziert wurde. Die Vorstellung des EU-Kommissar für Entwicklung wäre ursprünglich gewesen, dass das CIGEM auch Vermittlungen in den europäischen Arbeitsmarkt umfassen soll, diesem Vorhaben wurde aber rasch seitens der InnenministerInnen eine Absage erteilt. So hat das Zentrum zwar regen Zulauf, auf der einen Seite von RemigrantInnen, aber auch von an Migration interessierten Menschen, es kann ihnen jedoch nicht wirklich weiterhelfen, da es zum Einen keine legalen Auswanderungsmöglichkeiten in die EU gibt und auf der anderen Seite die Vermittlung in Beschäftigungen in Mali ein nahezu aussichtsloses Unterfangen ist. Von den 5000 interessierten Menschen, die sich bis 2010 beim CIGEM angemeldet haben konnten lediglich 40 in eine Ausbildung vermittelt werden. Das CIGEM besitzt auch keine finanziellen Mittel, um Ausbildungen zu finanzieren oder MigrantInnen bei einer Geschäftsgründung zu unterstützen. Das CIGEM übernimmt vor allem eine Beratungs- und Vermittlerfunktion. Trotz der Bereitstellung von 10 Millionen Euro durch die EU konnten bislang wenig konkrete Aktivitäten verwirklicht werden und das Netzwerk scheint eher ein Werkzeug zur Begrenzung und Steuerung von Migration zu sein (Dünnwald 2013: 12f).

Von der ILO wurden Policy-Empfehlungen zu migrationspolitischen Ansätzen herausgegeben. Diese fordern sämtliche Regierungen, in Herkunfts- und Zielländern dazu auf eine politische Kohärenz zwischen Migration, Entwicklung und Wirtschaftspolitik anzustreben, da diese als notwendige Voraussetzung angesehen wird, für eine Krisenbewältigung, um schlussendlich positive Wirkungen auf Herkunfts- und Zielländer von Migration zu erzielen (vgl. Schmelz 2010: 42).

3.6. Soziale Stabilität:

Im nun abschließenden Kapitel des empirischen Teils wird es um Fragen der sozialen Stabilität, nach fortschreitender Integration und aufkommenden nationalistischen und teilweise rassistischen Tendenzen gehen, die durch die Wirtschaftskrise begünstigt werden.

3.6.1. Die Geschichte der Integration in Spanien:

Wie bereits weiter oben erwähnt, vollzog sich in Spanien in der kürzeren Vergangenheit ein einschneidender Wandel, von einem Auswanderungs- hin zu einem Einwanderungsland. Migration und auch Integration hatten lange nicht den Stellenwert, den diese beiden Themen in jüngerer Vergangenheit, etwa seit der Jahrtausendwende innehaben. Auch wenn das Migrationsaufkommen lange Zeit sehr gering war, wurde bereits 1992 im spanischen Bericht zu internationaler Kooperation auf den Zusammenhang zwischen Unterentwicklung und Auswanderung hingewiesen und das Migrationsgeschehen der folgenden Jahre vorhergesagt. Wie der Bericht richtig schlussfolgerte, sollte sich das Migrationsaufkommen vor allem auf jene Staaten richten, die im Mittelpunkt der spanischen Entwicklungszusammenarbeit standen und auch noch heute stehen, also die nordafrikanischen und die lateinamerikanischen Staaten. Das steigende Migrationsaufkommen zog auch die Notwendigkeit nach neuen Einwanderungsbestimmungen mit sich. In der ersten Fassung des neuen Einwanderungsgesetzes von 2000 waren noch die Integration der MigrantInnen und die sozialen Rechte zentrale Punkte, nachdem die Partido Popular aber im selben Jahr die absolute Mehrheit erlangte, änderte sie das Einwanderungsgesetz nochmals ab. In der zweiten Fassung waren schließlich Migrationskontrolle und die Bekämpfung illegaler Migration die zentralen Punkte. Die PP rief schließlich auch eine Quotenregelung ins Leben, die Arbeitsmigration zwar ermöglichte, allerdings streng kontrolliert und eng an den tatsächlichen Bedarf des spanischen Arbeitsmarktes koppelte. Zudem wurden Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern und eine enge Kooperation bei verschärften Grenzkontrollmaßnahmen vereinbart. Ein weiteres Instrument zur Regulierung von Migration wurde in der Entwicklungszusammenarbeit gesehen. Es soll der wirtschaftliche Wohlstand von Entwicklungsländern gesteigert werden, um so Migration zu vermindern.

Nach einem Regierungswechsel im Jahr 2004, bei dem die PSOE als siegreiche Partei hervor ging, wurde die Frage der sozialen Integration in Spanien lebender MigrantInnen erstmals in ernstzunehmender Weise behandelt. Es wurde beispielsweise ein Fond zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen in den autonomen Gemeinschaften und den Kommunen ins Leben gerufen. Dieser Fond belief sich im Jahr 2005 auf immerhin 120 Millionen Euro, im selben Jahr kam es überdies zu einer breiten Regularisierungskampagne der spanischen Regierung, bei der über 570 000 bis hierhin irreguläre ArbeitnehmerInnen auf Antrag ihrer Arbeitgeber einen legalen Aufenthaltstitel und eine Arbeitsgenehmigung, erhalten haben. Gleichzeitig betonte die Regierung aber auch noch stärker gegen illegale Migration und illegale Beschäftigung vorzugehen und die Kontrollen sowohl in den Unternehmen, als auch an den Grenzen weiter zu verschärfen. Der vorhin angesprochene Fond zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen wurde im Jahr 2006 nochmals, auf über 180 Millionen aufgestockt. Im Jahr 2007 wurde schließlich ein ausführlicher Integrationsrahmenplan vorgestellt, der „Plan Estratégico de Ciudadanía e Integración 2006-2009“. Der Integrationsplan beschäftigt sich ausführlich mit dem Thema Co-development, als ein wichtiges Instrument der Integrationspolitik. Das Konzept des Co-development bezieht sich unter anderem auf MigrantInnen, als „Akteure von Entwicklung“, wobei eine der Grundvoraussetzung ist, dass die MigrantInnen gut in die Aufnahmegesellschaft integriert sind. Ein wesentlicher Aspekt für eine gute Integration ist die Einbeziehung von Migrantenorganisationen, wobei auch der Aufbau transnationaler Netzwerke von staatlicher Seite gefördert werden soll. Um das Potential der MigrantInnen in vollem Ausmaß nutzen zu können, soll die Bildung und Weiterbildung gefördert werden. Thematisiert wird auch, dass die Anerkennung von im Heimatland erworbenen Titeln und Qualifikationen weiter vorangetrieben werden muss. Mit Brain Drain bzw. Brain Gain lässt sich so ein weiterer Bereich, der spanischen „Codesarrollostrategie“ beschreiben. Neben den zwei großen Themen der Rücküberweisungen und der Remigration wären das die Grundzüge des spanischen Co-development-Konzeptes. Auffallend ist, dass die beiden Themen Migration und Entwicklung im politischen Diskurs sehr eng miteinander verknüpft sind bzw. waren und mit dem beschriebenen Konzept von Codesarrollo auch genau an der Schnittstelle zwischen Migration und Entwicklung angesetzt wird (vgl. Kleiner-Liebau 2008: 13ff). Wie bereits in Kapitel 3.3.3. beschrieben, änderten sich durch den politischen Machtwechsel im Jahr 2012

auch die Rahmenbedingungen einer möglichen Integration dahingehend, dass es für MigrantInnen erschwert wurde sich für ein Einwohnermelderegister anzumelden und ebenso wurde es erschwert einen legalen Aufenthaltsstatus zu beantragen, da sich MigrantInnen künftig nicht mehr auf soziale Verwurzelungen berufen können (vgl. González-Martín 2013).

3.6.2. Soziale Spannungen und zunehmende rassistische Tendenzen:

„Spanien ist weder ein rassistisches, noch fremdenfeindliches, antisemitisches oder islamfeindliches Land, aber es existieren derartige Verhaltensweisen und Vorfälle. Unsere Gesetze und Institutionen sind nicht geleitet von antidemokratischen Vorstellungen, von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber es gibt organisierte Verhaltensweisen und Formen der Intoleranz, die besonders gefährlich sind in Zeiten der wirtschaftlichen Krise. Gegenüber Vorstellungen einer offenen, kosmopolitischen Gesellschaft, von Weltbürgerschaft sowie einer Globalisierung, die den Werten der Demokratie und der Universalität der Menschenrechte verpflichtet ist, setzen sich zunehmende Positionen durch, die sich an Protektionismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit orientieren“ (Ibarra 2011: 106).

Die wirtschaftliche Krisensituation begünstigt das Aufkommen rassistischer Tendenzen und die Zunahme fremdenfeindlicher Vorurteile. So verschärft sich der Druck auf MigrantInnen weiter, in offiziellen Umfragen zeigt sich eine wachsende Ablehnung der spanischen Bevölkerung im Hinblick auf einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Gesundheitswesen und Bildungswesen, ebenso wie zu jeder anderen Form der sozialen Fürsorge. Die extreme Rechte tritt auf den Straßen und im Internet immer häufiger mit Slogans auf wie, „Spanier zuerst“ oder „Stoppt die Invasion“. Die Gruppen der MigrantInnen werden vom rechten Lager auch als Auslöser wirtschaftlicher und sozialer Krisen präsentiert. Es geht sogar soweit, dass MigrantInnen im Zusammenhang mit Kriminalität und Risiko für die öffentliche Sicherheit präsentiert werden. Darüber hinaus werden Probleme der Demokratie und Korruption auf diese Gruppen zurückgeführt. Die Entwicklung und Steigerung rassistischer Tendenzen in Spanien stellt hier im europäischen Vergleich weder eine Ausnahme noch eine Vorreiterposition dar, vielmehr ist die fremdenfeindliche Offensive in ganz Europa im Zuge der Wirtschaftskrise zu einer traurigen Tatsache geworden, die Züge eines populistischen europäischen Neofaschismus aufweist. Ibarra vergleicht die rassistischen Auswüchse der vergangenen Jahre mit den

faschistischen Diskursen der 1930er Jahre, wenn auch hinsichtlich Erscheinungsform und Vorgehensweisen in leicht abgemilderter Form (vgl. Ibarra 2011: 106f). Die wachsende Intoleranz gegenüber MigrantInnen geht einher mit religiöser und kultureller Intoleranz, in Form von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Die auftretenden Formen der Intoleranz sind eng verbunden mit dem Rassismus gegen das Volk der Roma und der ständigen Diskriminierung bestimmter Gruppierungen wie Homosexueller und Menschen mit Behinderung.

Die Journalistin Hilal Szegin berichtet im Zusammenhang mit den gegenwärtig aufkommenden rassistischen Tendenzen von einer „paneuropäischen Krankheit“, wobei die Symptome jeweils einen nationalen Anstrich aufweisen. Dieser Nationalismus richtet sich allerdings nicht wie früher gegen andere europäische Nationen sondern vielmehr gegen ein gemeinsames, nichteuropäisches Außen, in Form von Muslimen, Juden und Roma und wird getragen von der Überzeugung das jeweils „Eigene“ gegen die kulturelle und ökonomische Zersetzung des „Fremden“ zu verteidigen. Szegin spricht in diesem Zusammenhang auch vom paradoxen Phänomen eines transnationalen Nationalismus (vgl. Szegin 2012).

Verschiedene Studien, auf die ich im Folgenden eingehen möchte heben den Umstand hervor, dass in Spanien auch vor allem junge Menschen anfällig für rassistische Tendenzen sind. Laut der „Staatlichen Beobachtungsstelle für schulisches Zusammenleben des Erziehungsministerium“ lehnen es zwei Drittel (!) der SchülerInnen ab, mit MarokkanerInnen oder Roma zusammenzuarbeiten und mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, eine Aufgabe nicht mit einem Juden teilen zu wollen. Die Schulumfrage des „Forschungszentrums für Migrations- und Rassismusstudien der Complutense-Universität Madrid“ (CEMIRA) hat festgestellt, dass sich die Intoleranz innerhalb des Klassenzimmers besonders gegen MarokkanerInnen und Roma richtet, gefolgt von LateinamerikanerInnen, die Gruppe deren Ablehnung im Vergleich der Jahre 2004 bis 2008 am stärksten angestiegen ist, wobei auch das Ansehen von OsteuropäerInnen, insbesondere von RumänInnen stark gesunken ist. Die Studie „Jugend und Immigration“ des „Instituts der Jugend“ (INJUVE) hat ergeben, dass Jugendliche heute vermehrt dazu tendieren eine rassistische Partei zu wählen. Die Studie wurde unter jungen Menschen von 15 bis 29 Jahren durchgeführt und weist darauf hin, dass 14 Prozent der jungen Leute im Jahr 2008 eine rassistische Partei wählen würden, drei Prozent mehr als 2002. Laut

der Studie weckt aber die Lebenswelt der Jugendlichen, die in Stadtvierteln und Schulen mit interkultureller Vielfalt aufwachsen auch Hoffnungen. So zeigen die Ergebnisse der Studie auch, dass immer mehr Jugendliche Einwanderung als normale Tatsache akzeptieren und ihr durchaus positiv gegenüber stehen (vgl. Ibarra 2011: 109f).

Es kommt aber auch immer häufiger zu gewalttätigen Übergriffen neonazistischer Gruppen. Dem „Raxen Report“ der Bewegung „Gegen die Intoleranz“ (Movimento contra la Intolerancia) liegt die Zahl der durch Hass und Intoleranz motivierten Übergriffe bei über 4.000 Vorfällen pro Jahr, Tendenz steigend. Es handelt sich zumeist um Attacken, mit dem Ziel eine Ablehnung und Nichtzugehörigkeit derjenigen, die anders sind zu vermitteln. Die Opfer sind für gewöhnlich, ImmigrantInnen, Schwarze, Obdachlose sowie Homosexuelle, gleichermaßen. Aus Angst und Misstrauen vor den staatlichen Institutionen werden diese Übergriffe auch nicht immer angezeigt, weshalb die genaue Anzahl von sogenannten „Hassverbrechen“ schwierig auszumachen ist, vermutlich aber noch höher liegt, als die genannten 4.000. Es gibt im Falle einer Anzeige auch keinen Schutz für die Opfer, was schwerwiegende Auswirkungen haben kann, wenn die Drohungen gegen die Opfer fortgesetzt werden. Darüber hinaus sind auch MitarbeiterInnen und LeiterInnen von NGOs betroffen, die versuchen die gefährdeten Gruppen zu schützen. Derartige Vorfälle sind aber nicht erst im Zuge der Wirtschaftskrise aufgetreten, vielmehr haben sie mit der steigenden Anzahl von MigrantInnen immer mehr zugenommen. Zu benennen wäre hier wohl der Vorfall von Ejido in Almeria aus dem Jahr 2000. Auslöser war ein Mord, begangen von einem marokkanischen Immigranten, woraufhin sich die Dorfbevölkerung, angefeuert von rassistischen Gruppierungen rächte und die Baracken der MigrantInnen sowie ihre Läden und Büros der NGOs zerstörten. Auffallend dabei war das unmotivierte Vorgehen staatlicher Sicherheitskräfte hinsichtlich der Aufklärung der Vorfälle, so wurde niemand wegen dieser Angriffe strafrechtlich verfolgt und im offiziellen Diskurs ordnete die Regierung die Vorfälle als Phänomen „städtischer Gangs“ ein, mit dem Ziel das Problem herunterzuspielen und zu verharmlosen (vgl. Ibarra 2011: 115f). In Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung von Migration und ImmigrantInnen spielen auch die Medien eine nicht unwesentliche Rolle. Der rasche Anstieg von Einwanderungen innerhalb kurzer Zeit ging einher mit einer steigenden Präsenz des Themas in den spanischen Medien. Überwiegend wurde Migration aber nicht als

sozialer Prozess sondern vielmehr als soziales Problem wahrgenommen. Die häufig auftretende gleichzeitige Nennung von Immigration und Terrorismus im öffentlichen Diskurs führte schließlich dazu, dass Immigration annähernd genauso problematisch und unerwünscht dargestellt wurde, wie Terrorismus. Die spanische Medienberichterstattung über Einwanderung fand dabei mehrheitlich unter negativen Vorzeichen statt, Einwanderung wurde auf vielfache Weise mit Kriminalität in Zusammenhang gebracht. Vor allem der Mediendiskurs zu illegalen ImmigrantInnen tritt problemorientiert auf und ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl negativer Zuschreibungen (vgl. Laubenthal 2006: 150f). Zu hinterfragen wäre ein Zusammenhang zwischen negativer Medienberichterstattung und ablehnender Haltung Seitens der Politik sowie staatlicher Institutionen und schlussendlich von Teilen der spanischen Bevölkerung.

Ein Problem bei der Bewertung gewalttätiger Übergriffe ist der Begriff „Hassverbrechen“ selbst, da es augenscheinlich viele verschiedene Erscheinungsformen von „Hassverbrechen“ gibt. In Spanien existiert zudem keine offizielle Statistik von „Hassverbrechen“ und Straftaten der Intoleranz, die es ermöglichen, die Ausmaße des Problems tatsächlich zu bestimmen. Darüber hinaus bekennen sich neonazistische und rassistische Gruppierungen eher selten, offen zu ihren Taten. Das wirft natürlich die Frage auf, wie viele Übergriffe und Körperverletzungen als Abrechnung dargestellt werden oder ohne jegliche Erklärung bleiben, möglicherweise als „Hassverbrechen“ zu bezeichnen wären (vgl. Ibarra 2011: 115f). Des Weiteren scheinen auch die Antworten des Staates hinsichtlich rechtlicher Maßnahmen begrenzt. Die Institutionen weisen eine gewisse Trägheit auf, wenn es darum geht „Hassverbrechen“ aufzuklären. Trotzdem war in Spanien vor allem in den vergangenen Jahren gewissermaßen eine positive Entwicklung zu erkennen, bei Staatsanwaltschaft, Justiz und Polizei. Straftaten wurden konsequenter verfolgt und in verschiedenen Fällen wurden Neonazis ohne Straferlass verurteilt, zudem wurden mehrere Verbotsverfahren gegen neonazistische Gruppen eingeleitet (vgl. Ibarra 2011: 117).

3.6.3. Präventive Maßnahmen gegen Rassismus und Intoleranz:

Ibarra sieht ein probates Mittel, um Rassismus und Intoleranz entgegen zu treten, in der „pädagogischen Förderung von Toleranz“, also gewissermaßen Bildung als wirksames Mittel um Intoleranz und Rassismus vorzubeugen. Dazu scheint es aber

notwendig systematische und rationale Lehrmethoden zu entwickeln und zu fördern, die kulturelle, soziale, wirtschaftliche, politische und religiöse Motive der Intoleranz aufarbeiten. Bildungspolitik und Lehrpläne sollten ihren Teil dazu beitragen, die Verständigung, Solidarität und Toleranz zwischen Individuen zu fördern, ungeachtet deren Zugehörigkeit zu ethnischen, sozialen, kulturellen oder religiösen Gruppen. Ziel sollte es sein junge Menschen dahingehend zu unterstützen Fähigkeiten zu unabhängiger Wertung, kritischem Denken sowie moralischer Urteilkraft zu entwickeln, mit dem Fundament der allgemeinen Menschenrechte ein Bewusstsein zu schaffen, um Vielfalt zu respektieren, zu akzeptieren und zu schätzen. Ibarra gibt aber auch zu bedenken, dass bislang nur wenige Projekte und Programme existieren, mit dem Ziel präventiv intoleranten Verhaltensweisen entgegenzuwirken (vgl. Ibarra 2011: 121).

Eine weitere Forderung Ibarras wäre zwar wünschenswert, scheint allerdings gegenwärtig wenig wahrscheinlich und zwar die Forderung nach einer „ganzheitlichen, demokratischen Reaktion“. Die Reaktion der Zivilgesellschaft ist grundsätzlich schwach ausgeprägt und konzentriert sich in erster Linie auf die Ausführung und Anwendung von Programmen, die MigrantInnen und marginalisierte Gruppen unterstützen, sind also hauptsächlich fürsorglicher Natur. Die Akteure und Organisationen zielen darauf ab, Integrationsmaßnahmen zu fördern, vorbeugende Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erweisen sich allerdings als eher wirkungslos. Ebenso mangelhaft erscheint die Beteiligung demokratischer Parteien im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz sowie die Existenz fremdenfeindlicher Mechanismen in den institutionellen Strukturen, Amtsmissbrauch und unakzeptables Verhalten der handelnden Personen. Es wäre aus dieser Perspektive wünschenswert, dass die spanische Regierung Maßnahmen ergreift um bestehende und augenscheinliche Defizite zu beseitigen (vgl. Ibarra 2011: 122ff).

3.7. Schlussfolgerung:

Abschließend möchte ich nun nochmals die gewonnenen Erkenntnisse des empirischen Teils festhalten. Ich hoffe es ist mir gelungen, einen umfassenden und ganzheitlichen Blick auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Migration innerhalb der europäischen Union sowie auf MigrantInnen in Spanien zu werfen. Es gilt auch die angesprochenen Veränderungspotentiale der wirtschaftlichen Krise in Bezug auf einen politischen und wirtschaftlichen Wandel hervorzuheben. Davon bemerken die MigrantInnen die zunehmend unter prekären Verhältnissen leben, allerdings bis dato herzlich wenig. Die MigrantInnen in Spanien müssen mit immer größeren sozialen Spannungen, angefacht durch Massenarbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und zunehmend restriktiven gesetzlichen Bestimmungen fertig werden. Zudem kommen vermehrt rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen, im Erscheinungsbild einer „gesamteuropäischen Krankheit“ zum Vorschein. Neben individuellen Lösungsansätzen, zwischen Ausweglosigkeit und dem letzten Funken Hoffnung, scheinen immer mehr MigrantInnen zur Erkenntnis zu gelangen, dass „Europa nicht das gelobte Land“ ist, in dem Milch und Honig fließen, und entscheiden sich zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer. Es scheint ein abgekartetes Spiel zu sein, das hier teilweise mit den MigrantInnen gespielt wird. Auf der einen Seite wird betont, dass ein derartiger wirtschaftlicher Aufschwung, in den Jahren vor der Krise, ohne einen Zuzug von außen, gar nicht erst möglich gewesen wäre, als der Aufschwung aber ein jähes Ende fand, wurden MigrantInnen plötzlich zum Problem, da sie ja anscheinend die Krise verursacht und verschärft haben. Auch wenn derartige Vorwürfe und Zuschreibungen natürlich nicht der Wahrheit entsprechen, kommen doch auch vermehrt nationalistische Tendenzen zum Vorschein, die die Gesellschaft wie ein Virus infiziert haben, mit dem Ziel das „Eigene“ gegen das „Fremde“ zu schützen, die „eigenen Leute“ vor die „anderen“ zu stellen. Das „Europa der Menschenrechte“ muss aufpassen, eben diese nicht mit den Füßen zu treten. Darüber hinaus scheinen auch Vergleiche mit den faschistischen Diskursen der 1930er Jahre legitim, vor allem hinsichtlich des Umgangs mit illegalen MigrantInnen.

Die Bemühungen der spanischen Regierung(en) in Bezug auf Migrationskontrolle sind abwechselnd geprägt, durch den Versuch integrative Maßnahmen zu setzen aber auch durch zunehmende Verschärfungen des Fremdenrechts und restriktiven Maßnahmen. Dabei scheint gerade Integration ein unverzichtbarer Bestandteil zu

sein, zum einen in Bezug auf ein Gelingen der Migrationsbestrebungen, in Bezug auf eine empfundene Akzeptanz seitens der Aufnahmegesellschaft sowie auf der anderen Seite auch für die Aufnahmestaaten, um die Potentiale der MigrantInnen besser nutzen zu können, sowie für die Aufnahmegesellschaft um hier Empathie zu entwickeln und die Lage der MigrantInnen besser verstehen zu können sowie Rassismus und Ausgrenzung entgegenzuwirken. MigrantInnen werden weniger leicht zu Opfern von Rassismus und Intoleranz, wenn diese nicht an den Rand der Gesellschaft gestellt werden, sondern sich mittendrin und frei bewegen können. Es gilt auch zu erwähnen, dass hier ein gesamteuropäisches Konzept sowie ein geeintes Vorgehen, schmerzlich vermisst wird und die Staaten weitgehend sich selbst überlassen sind und hier schalten und walten können, wie es ihnen beliebt.

MigrantInnen sind dabei nicht nur dem Druck seitens der Aufnahmegesellschaft ausgesetzt, sondern auch den eigenen, teilweise zu hohen Erwartungshaltungen und dem Druck, dass das Migrationsvorhaben unter keinen Umständen scheitern darf. Darüber hinaus gilt es auch den Anforderungen aus der Heimat gerecht zu werden, aber gerade dieser Mix aus den unterschiedlichen Erwartungshaltungen kann Probleme verursachen, in der Aufnahmegesellschaft nicht wirklich akzeptiert, von zu Hause entwurzelt und den eigenen Erwartungen sowie den Erwartungen der Angehörigen nicht wirklich gerecht zu werden erscheinen meines Erachtens nach am Problematischsten. Gerade hier gilt es anzusetzen und den MigrantInnen, die schier unvorstellbare Anstrengungen auf sich nehmen und bereit sind auf vieles zu verzichten, den Rücken zu stärken. Sie als „Subjekte wahrnehmen, die bereit sind ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und nicht, wie so oft als hilfeschuchende und hilfsbedürftige Objekte. Unterstützung ja, aber keine Bevormundung. Die Aufnahmegesellschaften sollten sich viel eher darum bemühen sich um ihre eigenen Probleme zu kümmern, in Bezug auf Migration, vor allem hinsichtlich einer gelingenden Integration, sowie Ängste vor dem „Fremden“ abzulegen. Diese Scheuklappenpolitik die hier den Blick auf das Wesentliche verwehrt, ist aber oftmals von offizieller Seite gewollt und findet als Mittel, vor allem von konservativen und nationalistischen Parteien gerade in Krisenzeiten häufig Anwendung.

Die Wirtschaftskrise in Europa hat über den Mechanismus der Rücküberweisungen auch teilweise drastische Auswirkungen auf die Familien der MigrantInnen in den Entsendestaaten. Wie ich im Zuge meiner Arbeit angesprochen habe, sind die

Regionen und Staaten in unterschiedlichem Ausmaß von einem Rückgang der Rücküberweisungen betroffen. Während manche Staaten starke Rückgänge zu verzeichnen haben, bleibt in anderen Staaten das Niveau der Rücküberweisungen annähernd gleich und wieder andere Staaten können sogar einen Zuwachs verzeichnen.

Wie bereits im Zuge der Ausführungen zu Remigration und Remittances, Kapitel 3.4., erwähnt wurde, sollte sich eine Migrationspolitik, die im Sinne nachhaltiger Entwicklung verstanden werden möchte, nicht nur auf wirtschaftliche Aspekte konzentrieren, sondern auch auf emotionale und kulturelle Herausforderungen Bezug nehmen. Weil der Mensch zählt!

3.7.1. Weiterführende Hypothesen:

Hypothese 1: Migration erzeugt Wohlfahrtseffekte sowohl im Aufnahme- als auch im Entsendestaat.

Erklärung: Über den, in meiner Diplomarbeit ausführlich beschriebenen Mechanismus der Rücküberweisungen tragen MigrantInnen dazu bei die Lebenssituation ihrer Angehörigen in den Herkunftsländern erheblich zu verbessern. Davon profitieren auch die Staaten, da Rücküberweisungen teilweise beträchtliche Anteile am BIP erreichen.

Es wurde zudem auch darauf hingewiesen, dass ohne die Millionen ArbeitsmigrantInnen der wirtschaftliche Aufschwung, den Spanien vor Beginn der Krise erlebt hat, erst gar nicht möglich gewesen wäre.

Hypothese 2: Je höher die Integrationsbemühungen des Aufnahmestaates/ der Aufnahmegesellschaft, desto größer fällt der Bildungserfolg von MigrantInnen aus, vor allem auch nachkommender Generationen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass MigrantInnen ihre Potentiale entfalten können und folglich auch der Nutzen für den Aufnahmestaat.

Erklärung: Auf Bildung als Basis für eine gelingende Integration wurde im Rahmen der Diplomarbeit hingewiesen, des Weiteren wurde auch darauf hingewiesen, dass Bildung auch aufkommenden rassistischen Tendenzen und Intoleranz entgegen wirken kann. In Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung von MigrantInnen gilt es zu untersuchen inwiefern hier eine Wechselwirkung besteht zwischen Medien,

politischen Parteien und schlussendlich der Aufnahmegesellschaft. Vermutet wird von meiner Seite, dass das Bild, welches in der Gesellschaft vorherrschend ist, von medialer und politischer Seite konstruiert und gesteuert ist.

Hypothese 3: Restriktive Maßnahmen im Zuge der Wirtschaftskrise haben negative Auswirkungen auf Wohlfahrtseffekte sowohl im Ziel- als auch im Herkunftsland.

Erklärung: Restriktive Maßnahmen im Zuge der Wirtschaftskrise haben in manchen Regionen zu einem Rückgang von Rücküberweisungen geführt. MigrantInnen arbeiten seit Beginn der Krise vermehrt in Bereichen, für die sie eigentlich überqualifiziert sind oder ziehen weiter, was zu einem Verlust an qualifizierten Arbeitskräften führen kann. Zudem wird vermutet, dass das Migrationsniveau annähernd gleich bleibt, also ein Rückgang offizieller Migration zu einem Anstieg an illegaler Migration führt, wodurch dem Staat weitere Leistungen, wie beispielsweise Steuern, entgehen.

Hypothese 4: MigrantInnen werden im öffentlichen politischen Diskurs in der EU/ in Spanien, eher als passive Objekte, denn als handelnde Subjekte wahrgenommen.

Erklärung: Es wird eher über MigrantInnen gesprochen, als mit ihnen oder deren Vertretungen (MigrantInnenorganisationen). Darüber hinaus wird auch bei der Gesetzgebung ihren Anliegen, Problemen und Forderungen wenig Beachtung geschenkt. Es gilt auch die Vermutung zu überprüfen, dass der rechtliche Status von MigrantInnen über den Rahmen der Partizipation sowie die gesellschaftliche Teilhabe entscheidet.

Hypothese 5: Auch bei einem wiederkehrenden wirtschaftlichen Aufschwung in der Eurozone/ in Spanien besteht wenig Aussicht auf Lockerung restriktiver Bestimmungen.

Erklärung: Die Abschottung der „Festung EUropa“ hat schon lange vor der Wirtschaftskrise eingesetzt. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Wirtschaftskrise auch dazu verwendet wird, restriktive Maßnahmen besser rechtfertigen zu können. Eine weitere Vermutung wäre, dass hier eine Art Selektion statt findet und „Europa“ vor allem daran interessiert ist, hochqualifizierte Arbeitskräfte aufzunehmen.

Literaturverzeichnis:

- Ataç, Ilker** (2012): Migrationspolitik und Inkorporation von MigrantInnen: politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Fassmann, Heinz; Dahlvik, Julia (Hg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Vienna University Press, Wien, S. 265-280.
- Altwater, Elmar** (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Balkenhol, Bernd** (2009): Auswirkungen der Krise auf die Herkunftsländer: Erhöhung des Migrationsdrucks durch Rückgang der Rücküberweisungen? In: DGB Bildungswerk e.V. (Hg.): Migration und Krise. Europäische Migrationsgespräche 2009 in Berlin. DGB Bildungswerk e.V., Düsseldorf. S.12-17.
- Böffgen, Kerstin** (2008): Update Spanische Migrations und Flüchtlingspolitik. Pro Asyl, Frankfurt/Main.
- Castels, Stephen** (2005): Warum Migrationspolitiken scheitern. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, 25, 97/98, S. 10-34, Münster.
- D´Amelio, Roberto** (2010): Studienbrief: Krise und Krisenintervention. Universitätsklinik Saarland, Homburg/Saar.
- Dahms, Martin** (2011): Spanien. Ein Länderporträt. Ch. Links Verlag, Berlin.
- Dünnwald, Stephan** (2013): Rückkehr als Risiko. Rückkehr und codéveloppement in Mali. Universität Göttingen.
- Düvell, Franck** (2006): Europäische und internationale Migration. Einführung in historische, soziologische und politische Analysen. Lit. Verlag, Hamburg.
- Eurostat** (2011): Europäische Demografie. Eurostat-Presseoffice.
- Eurostat** (2012): Statistiken zu Wanderungsströmen und Migrantenbewegungen. Eurostat, Statistics Explained.
- Eurostat** (2013): Erwerbslosigkeit in den Regionen der EU27 im Jahr 2012. Eurostat-Presseoffice 78/2013.
- Eurostat** (2013): Heimatüberweisungen von Erwerbstätigen in der EU27. Eurostat-Presseoffice 187/2013.
- Fassmann, Heinz** (2007): Europäische Migration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert. In: Kraler, Albert; Husa, Karl; Bilger, Veronika; Stacher, Irene (Hg.): Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850. Mandelbaum Verlag, Wien, S. 32-53.
- Frenzel, Veronica** (2010): Immigranten in Spanien. Verloren in der Stadt der Oliven. In: taz vom 04.01.2010.
- Göbel, Kristin** (2013): Remittances, Household Decisions and Microenterprises: Empirical Evidence from Ecuador and Peru. Universität Hamburg, Hamburg.

Gratius, Susanne (2013): Wirtschaftskrise und politischer Wandel in Spanien. SWP, Berlin.

Grewal, Inderpal (2008): The Transnational in Feminist Research: Concept and Approaches. In: Brabandt, Heike; Roß, Bettina; Zwingel, Susanne (Hg.): Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 189-200.

Gröner, Ulrike (2011): Nachbarschaftspolitik zwischen der EU und Marokko: „Freihandel“ mit Agrarprodukten und das Konzept der „zirkulären Migration“. In: Exenberger, Andreas (Hg.). Afrika-Kontinent der Extreme. S. 105-123, Innsbruck University Press, Innsbruck.

Hank, Rainer (2009): Der amerikanische Virus. Wie verhindern wir den nächsten Crash? Karl Blessing Verlag, München.

Hank, Rainer (2012): Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können. Karl Blessing Verlag, München.

Holmes, Elizabeth; Menzel, Carola; Schlink, Torsten (2007): Remittances aus Deutschland und ihre Wege in die Herkunftsländer der Migranten. Eine Studie zu fünf ausgewählten Ländern. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn.

Ibarra, Esteban (2011): Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in Spanien während der wirtschaftlichen Krise. In: Münch, Anna-Verena; Glaser, Michaela (Hg.). Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa. Erscheinungsformen, gesellschaftliche Reaktionen und pädagogische Antworten. Deutsches Jugendinstitut e.V., Leipzig.

Ingendaay, Paul (2012): Immobilien in Spanien. Der Wahn der fetten Jahre. In: FAZ vom 29.01.2012.

Insausti, Xabier (2009): Soziale Gerechtigkeit und Migrationspolitik. Reflexionen aus Spanien. In: Badura, Heinrich (Hg.): Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftssicherheit in Europa oder die Ethik der Wirtschaftskrise und ihre Folgen. EALIZ, Krems/Donau, S.89-96.

Jahn, Daniela; Maurer, Andreas; Oetzmann, Verena; Riesch, Andrea (2006): Asyl- und Migrationspolitik der EU. Ein Kräftespiel zwischen Freiheit, Recht und Sicherheit. SWP, Berlin.

Karakayali, Serhat (2008): Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland. Transcript Verlag, Bielefeld.

Karrass, Anne (2009): Die EU und der Rückzug des Staates. Eine Genealogie der Neoliberalisierung der europäischen Union. transcript-Verlag, Bielefeld.

Klein, Naomi (2007): Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.

Kleiner-Liebau, Désirée (2008): Der politische Diskurs zu Entwicklung und Migration in Spanien und Deutschland im Vergleich. COMCAD, Bielefeld.

Kohnert, Dirk (2006): Afrikanische Migranten vor der „Festung Europa“. In: Focus Afrika Nr. 12/2006.1-8.

Kopeinig, Margaretha; Petritsch, Wolfgang (2010): Die europäische Chance. Neustart nach der Krise. Verlag Kremayr & Scheriau, Wien.

Kraler, Albert (2007): Zur Einführung: Migration und Globalgeschichte. In: Kraler, Albert; Husa, Karl; Bilger, Veronika; Stacher, Irene (Hg.): Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850. Mandelbaum Verlag, Wien, S. 10-31.

Kraler, Albert; Parnreiter, Christof (2005): Migration theoretisieren. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 140, 35, S. 1-21.

Kreienbrink, Axel (2008): Länderprofil Spanien. In: Focus Migration Nr.6/2008 S. 1-11.

Laubenthal, Barbara (2006): Der Kampf um Legalisierung. Soziale Bewegungen illegaler Migranten in Frankreich, Spanien und der Schweiz. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Lincke, Karl H. (2010): Einwanderungsland Spanien. In: Business in Spanien 9/2010.

Maldonado, René; Saldaña, Melina; Andrade, Carlos (2010): Program for improving Central Bank reporting and procedures on remittances. Ecuador. MIF, Durango.

Mattes, Hanspeter (2006): Illegale Migration: Positionen und Bekämpfungsmaßnahmen der Maghrebstaaten. In: Focus Nahost Nr.9/2006 S.1-8.

Mezzadra, Sandro (2011): The Gaze of Autonomy. Capitalism, Migration and Social Struggles. In: Squire, Vicky (Hg.): The Contested Politics of Mobility: Borderzones and Irregularity. Routledge, London.

Michaelis, Oliver (2012): Die Chronik der Finanzkrise 2007-2010. Tag-genau in Fakten, Zahlen und Abbildungen. Michaelis Verlag, Köln.

Morazán, Pedro (2012): Von der Krise gleich mehrfach betroffen. Auswirkungen der Finanzmarktkrise in Entwicklungsländern. In: Forum Weltkirche 1/2012 S. 19-23.

Münz, Rainer (2007): Weltbevölkerung und weltweite Migration. In: Kolland, Franz; Gächter, August (Hg.): Einführung in die Entwicklungssoziologie. Themen, Methoden, Analysen. Mandelbaum Verlag, Wien, S. 43-64.

Müller, Ute (2012): Keine Jobs mehr – Einwanderer fliehen aus Spanien. In: Die Welt vom 21.10.2012.

Napoleoni, Loretta (2012): Der Flächenbrand der Empörung. Wie die Finanzkrise unsere Demokratie revolutioniert. München.

OECD (2012): Integration von Zuwanderern: OECD Indikatoren 2012. OECD Publishing, Paris.

Oster, Georg (2010): Spanien positioniert sich neu. Fördergelder und Wechsel des Wachstumsmodells sollen produktive Basis nachhaltig stärken. Germany Trade Invest, Köln.

Plickert, Philip; Frühauf, Markus (2012): Geplatzte Immobilienblase. Steht Spanien wir Irland vor dem Offenbarungseid? In: FAZ vom 05.06.2012.

Plumpe, Werner (2010): Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart. C.H. Beck, München.

Poier, Alf (2003): Weil der Mensch zählt. k.A.

Roß, Bettina (2008): Ethnizität und Geschlecht in der internationalen Arbeitsteilung. . In: Brabandt, Heike; Roß, Bettina; Zwingel, Susanne (Hg.): Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 69-86.

Schallhas, Marianne (2008): Solidarisch Wirtschaften für Alle. Wenn sich Wirtschaft und Solidarität verbinden.... Arbeitsgemeinschaft Gerecht Wirtschaften, Steinakirchen.

Schmelz, Andrea (2010): Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Migranten, Migration und Remittances. Übergreifende Zusammenhängen und Fallstudien. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn.

Schurr, Carolin; Stolz, Miriam (2011): Geographien der Remigration – Vom Versuch ecuadorianischer RückkehrerInnen ein neues Leben in der alten Heimat zu beginnen. In: Wardenga, Ute (Hg.). Bericht zur deutschen Landeskunde. S.89-104. Heft 1/2011; Band 85. Selbstverlag Deutsche Akademie für Landeskunde e.V. Leipzig.

Schuberth, Helene (2012): Finanzmarkteffizienz und Neoliberalismus. In: Wall-Strasser, Sepp; Füreder, Heinz; Gstöttner-Hofer, Gerhard; Breiner, Gerlinde; Hotz, Manuela (Hg.): Europa am Scheideweg. Marktkonforme Demokratie oder demokratiekonformer Markt? Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien, S. 21-23.

Schulmeister, Stephan (2009): Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft. Die neue Weltwirtschaftskrise – Ursachen, Folgen, Gegenstrategien. Arbeiter Kammer, Wien.

Schulmeister, Stephan (2010): Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa. Picus Verlag, Wien.

Statista (2013): Spanien: Gesamtbevölkerung von 2003 bis 2013 (in Millionen Einwohnern). World Economic Outlook Database April 2013. IMF.

Strasser, Sabine (2012): Über grenzen verbinden: Migrationsforschung in der Sozial- und Kulturanthropologie. In: Fassmann, Heinz; Dahlvik, Julia (Hg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Vienna University Press, Wien, S. 35-60.

Szejin, Hilal (2012): Der neue Rassismus wehrt sich gegen das nichteuropäische Fremde. Die europäische Krankheit. In: taz vom 02.05.2012.

Thielemann, Ulrich (2010): Die Krise der Marktwirtschaft als Ausgangspunkt ihrer ethischen Erneuerung. In: Badura, Heinrich (Hg.): Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftssicherheit in Europa oder die Ethik der Wirtschaftskrise und ihre Folgen. Europäische Akademie für Lebensforschung, Integration und Zivilgesellschaft, Krems an der Donau, S. 55-74.

UNDP (2009): Human Development Report 2009 –Overcoming Barriers: Human mobility and development. Palgrave Macmillan, New York.

Vockel, Joachim (2003): Kreislauf und Krise – Wirtschaftstheorien im Überblick. PapyRossa Verlag, Köln.

Wall-Strasser, Sepp (2012): Krieg gegen das Volk, Krieg gegen die Demokratie – von der autoritären Wende in Europa. In: Wall-Strasser, Sepp; Füreder, Heinz; Gstöttner-Hofer, Gerhard; Breiner, Gerlinde; Hotz, Manuela (Hg.): Europa am Scheideweg. Marktkonforme Demokratie oder demokratiekonformer Markt? Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien, 75-88.

Weckwert, Anja (2008): Gleichheit und Migration im Wohlfahrtsstaat. In: Brabandt, Heike; Roß, Bettina; Zwingel, Susanne (Hg.): Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 145-164.

Wieland, Leo (2012): Eurokrise. Die spanische Misere. In: FAZ vom 25.07.2012.

Woltron, Klaus (2009): Die Perestroika des Kapitalismus. Ein Aufruf zum Systemwechsel. Residenz Verlag, St. Pölten – Salzburg.

World Bank (2006): Global Economic Prospects. Economic Implications of Remittances and Migration. The Worldbank, Washington.

World Bank (2012): Remittance Flows in 2012: An Update. The Worldbank, Washington.

Wright, Katie (2012): International Migration, Development and Human Wellbeing. Palgrave Macmillan, Hampshire.

Wylde, Christopher (2012): Latin America After Neoliberalism. Development Regimes in Post-Crisis States. Palgrave Macmillan, Hampshire.

Lebenslauf:

Persönliche Daten

Name	Feichtinger Daniel
Geburtsdatum	05. Februar 1986
Geburtsort	Vöcklabruck
Familienstand	ledig
Staatsbürgerschaft	Österreich

Schulausbildung

1996-2004	Bundes Realgymnasium Vöcklabruck
Mai 2004	Matura im BRG Vöcklabruck

Universitäre Ausbildung

Seit Oktober 2006	Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien
-------------------	---